

Megakrise

Zeitenwechsel des Geldkapitals in der Geschichte

Heinz-Dieter Haustein

Bernau bei Berlin

Februar 2009

Inhalt

Vom Bankkapital zum Finanzkapital	3
Finanzkapital in den USA bis zur „Mutter der Krisen“	6
Regulierung mit dem New Deal	9
Deregulierung als Wundermittel gegen fallende Profitraten	14
Wehe, wenn sie losgelassen, wachsend ohne Widerstand ...	19
Finanzkapital im globalen freien Flug	22
Universelle Wechselwirkung der Krisenfaktoren statt Monokausalität	28
Menetekel der Megakrise	33
Der Finanzhimmel wird geerdet	39
Rette sich wer kann	45
Was kommt danach ?	52
Literatur	61

Prof. Dr. rer. oec. habil. Heinz-Dieter Haustein
Breitscheidstraße 29 16321 Bernau bei Berlin Tel. (03338) 5784 e-mail Heinz-D.Haustein@t-online.de

Im Leben eines Menschen gibt es zwei Zeitpunkte,
zu denen er nicht spekulieren sollte:
wenn er es sich nicht leisten kann,
und wenn er es kann.

Mark Twain 1897

Das wirtschaftliche Auf und Ab wird gern mit den Begriffen Expansion, Boom, Stagnation, Rezession, Depression, beschönigend als Konjunkturzyklus beschrieben; das Wort Krise oder Krisenzyklus war den Politikern seit langem suspekt und im Mediensprech war es daher auch nicht üblich. Das hat sich nun ab Sommer 2008 geändert. Das Wort Finanzkrise ist seither in aller Munde. Die sehr lange Geschichte des Geldes, der Banken, Finanzen und Steuern mit ihren Zickzacks lässt grüßen.

Vom Bankkapital zum Finanzkapital

Der erste „Bankenkrach“ der Weltgeschichte wurde 371 v. Chr. in Athen provoziert durch die verlorene Schlacht von Leuktra. Schlagartig hoben damals viele Athener ihre Einlagen bei den Geldwechslern am Piräus ab und verursachten damit wahrscheinlich Bankrotte oder gingen leer aus. Die Finanzspekulation geht zurück auf die Römer mit ihren Steuern, die in den Provinzen des Riesenreichs reichlich in die Taschen der publicani flossen. Diese privaten Zoll- und Steuerpächter machten gute Gewinne und Spekulationsgeschäfte mit den Statthaltern und der Geldaristokratie. Die Staatspachtgesellschaften pressten mit Wucherzinsen von 33 1/3 Prozent die Provinzen aus. Zur Zeit ihrer größten wirtschaftlichen Macht gab es förmliche Aktiengesellschaften (societas publicorum) mit Direktoren (magistri), zahlreichem Personal und Gewinnbeteiligung je nach Kapitalanlage. *Horaz* (65-8 v. Chr.) meinte, Geld könne für den Erwerber Herr oder Sklave sein, richtig bewertet sollte es nachtraben an handfestem Stricke, nicht Treiber sein. Nicht selten wird heute die Maßlosigkeit von Finanzmanagern aus der Gier, also einer moralischen Eigenschaft von Menschen abgeleitet. Da waren schon die antiken Philosophen und Dichter klüger, *Horaz* und *Juvenal* (58-130) bemerkten, dass die Geldgier mit der Geldsumme und ihrer Vermehrung wächst, also im heutigen Ausdruck objektiv systembedingt erklärt werden muss. Die geldpräferierende Ordnung schafft den Freiraum der Gier. Römische Geldleute sagten „Ibi fas, ubi proxima merces“ – Wo das meiste Geld, da ist das Recht. Noch drastischer war Kaiser *Vespasian* (69-79) mit seinem „pecunia non olet“ – Geld stinkt nicht. Kaiser *Tiberius* (14-37) verfolgte einen konsequenten Sparkurs und verfügte zuletzt über 2,7 Mrd. Sesterzen. Es kam zu einer Kaufkraftverknappung und zu Zinserhöhungen. Der römische Senat löste daher im Jahr 33 durch einen höheren gesetzlichen Zinsfuß von 12 Prozent die erste Liquiditätskrise der Wirtschaftsgeschichte aus, in deren Folge es zu einem schweren Preissturz auf dem Grundstücksmarkt kam, denn die Darlehen waren zu einem erheblichen Teil in Grundstücken angelegt. Der Rettungsfonds des Kaisers von 100 Mio. Sesterzen wurde den Wechselbanken zur Verfügung gestellt und diese wurden verpflichtet, die Gelder auf drei Jahre den verschuldeten Grundbesitzern zur Verfügung zu stellen.

Die Börse und die Börsenspekulation haben eine lange Geschichte seit der 1531 gegründeten Börse von Antwerpen und der Tulpenspekulation von 1633 in den Niederlanden. 1852 gründeten *Emile* und *Isaac Péreire* in Paris die spätere Aktienbank *Crédit Mobilier* ursprünglich als Genossenschaftsbank unter dem Patronat von *Napoleon III.* *Emile* war zunächst von *James Rothschild* (1792-1868), dem Chef des führenden Bankhauses besonders gefördert worden, wie *Heinrich Heine* berichtete. Die Brüder *Péreire* hatten die Idee der aktiven Einwirkung des Bankgeschäfts auf das Wirtschaftsleben und kreditierten den

boomenden Eisenbahnbau in Frankreich (über 6000 km Eisenbahnnetz), in Österreich-Ungarn, Spanien, Russland und der Schweiz. Später brachte die Bank Kleinaktien in Massen auf internationale Handelsplätze. Die Presse wurde bestochen und ein Werbefeldzug gestartet. Kurse wurden manipuliert, indem hohe Dividenden ausgeschüttet wurden und dadurch die Gewinnsucht des Publikums angestachelt wurde. Die hohen Dividenden stammten nicht aus Gewinnerwartungen von Unternehmen, schon gar nicht aus realen Profiten, sie wurden aus der Agiotage, dem Kursgewinn genommen. Es war fiktives Kapital par excellence. Der Kurs der Aktien wurde bis auf 1800 Prozent hochgetrieben, 1855 wurden 47 Prozent Dividende gezahlt. Die Bank gründete auch Tochterbanken im Ausland. In der Wirtschaftskrise 1866/67 und der damit verbundenen Baisse der Börsenkurse hatte sie Verluste von 8 Mio. Francs und der Kurs war von 90 000 Francs als Spitzenwert auf 140 Francs gefallen. Sie unterlag den Attacken des Hauses *Rothschild*, dem sie lange Zeit als Konkurrenten viele Schwierigkeiten bereitet hatte.

In seinem Leitartikel der New-York Daily Tribune Nr. 4828 vom 9. Oktober 1856 hatte *Karl Marx* geschrieben, dass sich die Spekulanten in den großen Handelskrisen von 1817, 1825, 1836, 1847/48 in ihrer Manie jeweils auf ihre Branche beschränkt hatten. „Hingegen ist das herrschende Prinzip des *Crédit Mobilier*, des Trägers der gegenwärtigen Manie, nicht die Spekulation auf einem gegebenen Gebiet, sondern die Spekulation an sich und die allgemeine Ausbreitung des Schwindels in dem gleichen Maße, wie ihn die Gesellschaft zentralisiert.“ (MEW 12, S. 49). Er verwies ferner darauf, dass es großenteils englisches Kapital ist, das die Schlagadern der *Crédit Mobilier* und ihrer europäischen Filialen mit dem himmlischen Nass füllt. In seinem späteren Leitartikel vom 6. Dezember 1856 heißt es, der „... Zusammenbruch ist trotz der Verzögerung gewiss; in der Tat kündigt der chronische Charakter, den die gegenwärtige Finanzkrise angenommen hat, nur einen heftigeren und unheilvolleren Ausgang dieser Krise an.“ (A. a. O., S. 80). Im weiteren Text sagte *Marx* voraus, dass die Finanzkrise in eine Weltwirtschaftskrise münden wird. Sie begann dann in den USA durch die Zahlungseinstellung der Ohio Life and Trust Company am 24. August 1857 mit dem danach eintretenden Kurssturz und Rückgang der Warenpreise. Ende Oktober folgte England, von wo die Krise dann auf den europäischen Kontinent und damit auch auf Deutschland übergriff. Bemerkenswert ist, dass es in der vorhergehenden Aufschwungzeit ab 1852 zu einem Boom der Bankengründungen in den Industrieländern kam, von denen nur die solidesten die Krise überlebten. Wie sich doch die Muster gleichen.

Ein anderes Beispiel ist die tiefgehende Krise nach dem Gründerboom 1871 von 1873 bis 1877 mit fallenden Aktienkursen in jedem Jahr und der anschließenden Großen Depression bis 1893 mit einem so gewaltigen, das System gefährdenden Preisverfall, dass zu einer neuen gesellschaftlichen Betriebsweise, zur Monopolbildung fortgeschritten werden musste. Der sogenannte freie Markt wurde immer bedrohlicher wegen der fallenden Renditen. Daher entstanden nun die marktbeherrschenden Großunternehmen Carnegie Steel Company, Standard Oil, Anaconda Copper Company und die großen Investment-Banken wie das Bankhaus *J. P. Morgan* für die Finanzierung von Fusionen, den Aufkauf kleiner Unternehmen und die Vermarktung von Effekten der Eisenbahnen. Der Kapitalismus der freien Konkurrenz wurde durch den Monopolkapitalismus abgelöst. Auch der Staat hatte eine aktive Rolle im Wirtschaftsverkehr der Bundesländer und bei der Regulierung des Finanzsystems. Es gab direkte Staatsfinanzierung zum Beispiel beim Bau der ersten Telegraphenleitung zwischen Washington und Baltimore und beim Eisenbahnbau der neugegründeten Union Pacific Railroad Company nach dem entsprechenden Gesetz von 1864. In Europa schitterten 1873 viele Banken in die Insolvenz, darunter 60 in Deutschland und Österreich.

Schon Anfang des 19. Jahrhunderts wurde das Wort Finanzen, aus dem Französischen für Zahlungen, im Deutschen für die Einnahmen und Ausgaben des Staates verwendet.

Noch jüngeren Datums ist der Terminus Finanzkapital, der im 19. Jahrhundert wohl noch nicht oder selten benutzt wurde, er ist bei *Marx* als „Geldkapital“ zu finden, das als fiktives Kapital wesentlich vom Realkapital oder Sachkapital unterschieden ist. Akkumulation des Geldkapitals ist Akkumulation von Ansprüchen des Eigentums auf die Arbeit. *Marx* unterscheidet zwei Arten des fiktiven Kapitals. Es gibt Finanzpapiere als Eigentumstitel wie Aktien, die von Börse oder Kreditwesen erzeugt werden. Sie können auch bloßer Schwindel sein. Ihr Markt lebt von der Illusion, als handle man mit wirklichem Kapital. Die zweite Sorte des Geldkapitals alias Finanzkapitals ist das rein illusorische oder imaginäre Kapital zum Beispiel der Staatspapiere. „Diese Schuldscheine, die für das ursprünglich geliehene und längst verausgabte Kapital ausgestellt sind, diese papiernen Duplikate von vernichtetem Kapital, fungieren für ihre Besitzer soweit als Kapital, als sie verkaufbare Waren sind, und daher in Kapital rückverwandelt werden können.“ (Bd. III, S. 521) Die Regierung besorgt sich Geld zum Beispiel für Rüstungs- und Kriegsausgaben und gibt dafür Anleihen mit Rückzahlungsanspruch, der später nicht realisiert werden kann. Derivate kannte man zu *Marxens* Zeiten noch nicht, er sagte jedoch voraus, dass das imaginäre Kapital „im Entwicklungsgang der kapitalistischen Produktion expandiert.“ (A. a. O.).

1909 erschien als Buch eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus von dem österreichischen Arzt, Ökonomen und späteren Politiker *Rudolf Hilferding* (1877-1941) mit dem Titel Finanzkapital. Darunter verstand er die Erscheinung, dass mit der Konzentration des industriellen und kommerziellen Kapitals in Kartellen, Trusts und Monopolen ein Konzentrationsprozess des damit verbundenen Bankkapitals stattfindet, der sich zugleich immer mehr verselbständigt. Weitsichtig schrieb er: „Das Finanzkapital bedeutet die Vereinheitlichung des Kapitals. Die früher getrennten Sphären des industriellen, kommerziellen und Bankkapitals sind jetzt unter die gemeinsame Leitung der hohen Finanz gestellt, zu der die Herren der Industrie und der Banken in inniger Personalunion vereint sind. Diese Vereinigung selbst hat zur Grundlage die Aufhebung der freien Konkurrenz des Einzelkapitalisten durch die großen monopolistischen Vereinigungen. Damit ändert sich naturgemäß auch das Verhältnis der Kapitalistenklasse zur Staatsmacht.“ (S. 445).

Geldbewegung, Kapitalmarkt, Aktienemission, Zins, Risiko, Fiskalismus sind einige der Schlüsselbegriffe. Da es sich um ein sehr komplexes Beziehungsgeflecht von Realwirtschaft, Geldwirtschaft und Staat handelt, in dem das Finanzkapital operiert, gibt es heute keine allgemein anerkannte Definition. Es lässt sich aber nicht bestreiten, dass es einen besonderen Korpus von Institutionen gibt, die Geld gegen Zins verleihen oder Geld als Zins oder Dividende einnehmen und andere Geldgeschäfte tätigen. Mehr noch, man kann auch in Zahlen ausdrücken, welche Geldsumme den Kreislauf des Realkapitals und welche Geldsumme den Kreislauf des Finanzkapitals erfasst. Warum haben die westdeutschen Professoren der Wirtschaftswissenschaften eigentlich bis 1991 den Begriff Finanzkapital nicht verwendet, wie *Artur Woll* in seinem Wirtschaftslexikon mit 120 akademischen Mitarbeitern aus dem gleichen Jahr zu diesem Stichwort schrieb. Wollten sie es als scheues Reh im Wald des Realkapitals belassen, das es schon längst nicht mehr war ?

Das Weltfinanzvermögen erfasste im Jahre 2006 167 Billionen \$ und das Weltbruttoinlandsprodukt BIP 48 Billionen \$, im Jahre 1970 war es noch ein Verhältnis von 12 zu 6,8 Billionen. Die Ansprüche des Eigentums an die Produktion schweben immer höher im Vergleich zur Realwirtschaft. Das Verhältnis der Wachstumsraten ist 7,6 zu 5,5 Prozent p.a. Man kann auch beispielsweise für die Bundesrepublik Deutschland das Wachstum des Bruttosozialprodukts BSP, die Summe der Ein- und Ausgaben in der Handels- und Dienstleistungsbilanz HDB und die Summe der statistisch erfassten finanziellen Neuanlagen und Liquidationen FNL in ihrer Entwicklung seit 1960 beobachten und wird feststellen, dass die Finanzgröße FNL erstmals 1990 das Volumen des BSP und 2002 bereits

das höhere Niveau der HDB überholte. Die Messgröße BIP ist die gesamtwirtschaftliche Produktion von Waren und Dienstleistungen abzüglich der Vorleistungen. Dazu gehört aber auch Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen. Der Anteil dieser Position ist in der BRD von 24,2 % im Jahre 1991 auf 32,6 % 2007 gestiegen, dagegen ist der Anteil des Produzierenden Gewerbes immer mehr gesunken. Mit anderen Worten, die rasant wachsende Finanzblase entwertet auch den Indikator BIP als statistische Größe der Realwirtschaft.

Finanzkapital in den USA bis zur „Mutter der Krisen“

Die Geschichte des Finanzkapitals in den USA im zwanzigsten Jahrhundert lieferte die historische Trampolin für den globalen Kapitalismus des 21. Jahrhunderts. Sie ist zugleich mit der Geschichte der modernen öffentlichen Regulierung, dem Wechselspiel von Unternehmen, Industriemonopolen, Finanzwelt und Staat verbunden. Es beginnen die finanzkapitalistischen Zeitenwechsel in der Geschichte des Kapitalismus. Bereits im Jahre 1878 hatte der österreichische Nationalökonom *Emil Sax* (1845-1927) Vorschläge für staatlich regulierte Unternehmen gemacht. In den Wirtschaftskrisen in den USA 1882, 1893 und 1903 verschärften sich Konflikte der Kapitalverwertung und ihrer sozialen Folgen, die eine institutionelle Lösung und damit eine Staatseinmischung erheischten. Das hing zusammen mit den schon benannten extremen Konzentrationsprozessen in der Wirtschaft. In den Krisenzeiten des 19. Jahrhunderts kam es zur ideologischen Hegemonie des angelsächsischen Liberalismus, der einfache Antworten auf die wachsenden ökonomischen und sozialen Unsicherheiten hatte. Seine Auswege waren Freihandel und imperiale Expansion. In den USA beherrschten Kartelle, Trusts und Holdinggesellschaften zum Ende des 19. Jahrhunderts bisweilen ganze Wirtschaftszweige wie die *Rockefellers* Standard Oil Company, *Carnegies* Steel Company und das Bankhaus *J. P. Morgan & Co.* 1907 wurde zu einem Krisenjahr in den USA, Deutschland und Japan. Während der Krise in der Amtszeit des Präsidenten *Theodore Roosevelt* organisierte *John Pierpont Morgan* (1837-1913) im Auftrag des Bundesschatzamts einen Fonds zur Unterstützung hilfsbedürftiger Unternehmen. In den Folgejahren wurde die Regulierungsproblematik von den Vertretern des industriellen Großkapitals, der Banken und des Staates heftig diskutiert, war doch früher bereits das *Sherman-Antitrust-Gesetz* wenig effektiv und die althergebrachte amerikanische Staatsaversion noch sehr mächtig. *J. P. Morgan*, Eigentümer einer der größten Privatbanken der USA, hatte 1901 die Carnegie Steel Corporation und sechs weitere Holdings mit von ihnen beherrschten Unternehmen der Stahlindustrie gekauft und mit seiner neuen US Steel Corporation 60 Prozent des Marktes dominiert. Seine engen Beziehungen zur Administration waren eine Frühdämmerung dessen, was viel später kurz und präzise staatsmonopolistischer Kapitalismus genannt wurde.

Im Jahre 1913 wurde die institutionelle Basis für die amerikanische Finanzpolitik durch ein Gesetz des Kongresses geschaffen, das vom Präsident *Thomas W. Wilson* (1856-1924) unterzeichnet wurde. Die lange diskutierte Reform war die Folge der Bankenpanik von 1907, sie musste gegen die Opposition der kommerziellen Banken durchgesetzt werden. Für den Fiskalismus, die Haushalts- und Steuerpolitik des Staates gab es das Bundesschatzamt (Treasury) und zusätzlich wurde das Federal Reserve System („die FED“) gegründet, das für die Geldpolitik zuständig ist. Die USA wurden in 12 Distrikte mit je einer Notenbank (Reserve Bank) geteilt. Das Anfangskapital der 12 Notenbanken wurde gezeichnet von den kommerziellen Mitgliedsbanken. Die Notenbanken sind automatisch Mitglieder der FED. Die Leitung der FED obliegt dem durch den USA-Präsidenten auf 14 Jahre ernannten Board of Governors mit sieben Mitgliedern mit Bestätigung durch den Senat. Zwei Mitglieder der Regierung, der Finanzminister und der Währungskommissar

waren im Board vertreten. Der Vorsitzende der FED ist zugleich Präsident der New York FED. Sechs der je neun Direktoren der Reservebanken werden von den 6000 Mitgliedsbanken des föderalen Reservesystems gewählt, die 85 Prozent des Kapitals aller kommerziellen Banken repräsentieren. Insgesamt hatten die USA 1980 15 000 Banken, drei Viertel davon haben keine Filialen.

Die Kernfragen der Geldpolitik werden im Federal Open Market Committee FOMC entschieden. Es gibt zwei Stellgrößen der FED für den Kreditstrom in der Volkswirtschaft. Die erste ist der jeweilige Diskontsatz der 12 Bundesreservebanken, bei denen die Geschäftsbanken täglich Millionen oder Milliarden Dollar pumpen. Der Vorsitzende der FED ist zugleich Vorsitzender des Offenmarktschalter-Komitees FOMC. Über den Offenmarktschalter stellt die FED als zweite Stellgröße den kommerziellen Banken die Highpowered Reserves, d. h. die Gelder zur Verfügung, die sie für die normale Gestaltung des Geldangebots benötigen. Die FED kauft und verkauft Bundesschatzbriefe mit einem täglichen Umsatz heutzutage von 500 Millionen bis zu einigen Mrd. \$. Das System arbeitet mit strenger Geheimhaltung, es braucht für seine einzelnen Operationen keine Bestätigung durch den Kongress. Es ist aber laut Gesetz als öffentliche Einrichtung grundsätzlich verantwortlich gegenüber dem Kongress. Die Dividenden der FED sind staatliche Mittel. Dabei geht es um alle Gebiete des Finanzkapitalmarkts: die Börse, das Kreditgeschäft, den Anleihen- und Pfandbriefmarkt (langfristige Anlagen von 2 bis 30 Jahren), Hypothekemarkt, Depotgeschäfte, Sparkontenführung, Halten von Staats- und Kommunalanleihen und kurzfristigen Geldmarkt. Es gibt ständige Flüsse zwischen den verschiedenen Anlagearten.

Die FED kreiert heutzutage Geld quasi am Computer. Sie kauft Schatzbriefe vom Dealer oder leiht einer Geschäftsbank Geld über das Diskontfenster. Das geschieht, indem die FED den Betrag dem Bankkonto des Dealers gutschreibt oder dem Konto der Geschäftsbank. Damit pumpt sie Geld in den Finanzmarkt, das in weitere Stellen wechseln kann. Andererseits verschwindet Geld aus dem Umlauf, wenn über den Offenmarktschalter Schatzbriefe verkauft werden oder eine Geschäftsbank ihre Diskontanleihe zurückzahlt. Mit einem einfachen Eintrag ins Hauptbuch über den Computer wird das Geld aus dem Umlauf genommen. Neues Geld kreierten seit langem auch die Geschäftsbanken. Sie machten es durch neue Darlehen, indem sie anstehende Darlehen in ihren Büchern erweiterten. Routinemäßig borgten sie Geld von einer Gruppe von Depositoren und lenkten es als Vermittler zu anderen Borgern. Aber dabei blieb es nicht, sie erweiterten auch ihren eigenen Rahmen der Kreditvergabe. Auf diese Weise entstand ein Kreditvolumen, dessen Maß zukünftige Ertragserwartungen und nicht, wie früher, bisherige Geschäftserfolge waren.

Die Banken nutzten die magische Ressource confidence (Vertrauen) in ihr Geschäft, in die FED und in die Geldstabilität. Das ist das massenpsychologische Problem des Geldes. Sein historischer Nachweis sind die tausende legendären Bankenpaniken seit dem Mittelalter. Geld hat einen Fetischcharakter. Die Geldillusion beeinflusst das Verhalten der Menschen, die sich nicht an Realgrößen, sondern an Nominalgrößen orientieren. Heute ist die Abstraktion des Geldes am höchsten getrieben mit den hochspekulativen sogenannten Finanzinnovationen. Das ganze System der FED beruhte formal auf exakten mathematischen Gleichungen. Seine soziale Funktion aber bestand darin, das Zukunftsvertrauen in das Geld zu konditionieren so wie die ägyptischen Hohepriester mit göttlicher Lizenz für das Komende, das sie als gute oder schlechte Erntejahre bestimmen konnten.

Das Volumen der Geldbewegungen zwischen der FED und den Banken damals per Telefon und Telex war manchmal bis zu 100 Mio. \$ am Tag. Der Preis für diese Operationen war die Federal Funds Rate FFR, die bei schnell wachsender Nachfrage wuchs und bei hohen Bankreserven im Vergleich zum geringen Kreditbedarf sank. Das war eine Orientie-

ungsgröße für die Tendenz des Zinses, die von der FED für ihre Aktivitäten benutzt wurde. Wenn die FED die FFR erhöhte oder verringerte, folgten die Zinsen verschiedener Geldpapiere. Weniger Erfolg hatte die FED, wenn sie an der Schraube der langfristigen Zinsen drehte. Bis 1995 orientierten sich die Geschäftsbanken an dem durch das Handeln der FED gebildeten Marktzins. Seit 1995 veröffentlichte die FED die angestrebte FFR, also den offiziellen Leitzins. Sechs Jahrzehnte nach Gründung der FED gab es in den USA bereits mehr als 400 000 Beschäftigte des Finanzwesens, Finanzangestellte der Unternehmen, spezialisierte Devisenhändler (Broker), Fondsmakler und Bankangestellte. Auch das ist eine Messgröße der Institution Finanzkapital.

Wenn man die Superfinanzkrise des neuen Jahrhunderts erlebt, ist es aufschlussreich zu rekapitulieren, wie es zum großen Börsenkrach von 1929 kam und welche Schlüsse daraus später gezogen wurden. In den zwanziger Jahren gab es in den USA eine wahre Spekulationsmanie. Man konnte Aktien zu einem Kurs erwerben, der manchmal an einem Tag um 10 Prozent stieg. Von 1925 bis 1929 stieg der Dow-Jones-Index um das 3,8 fache, also um 39,6 Prozent pro Jahr. Die schnellen Käufe stimulierten sich gegenseitig, niemand verlor. 1929 traf es alle, die professionellen und die Amateurspekulanten, den kleinen Mann, Millionäre und große Unternehmen. Die Aktie von United States Steel fiel vom Hoch 261 im Jahre 1929 bis auf das Tief von 21 im Jahr 1932. Studebaker fiel auf den Nullwert. Im Jahre 1928 leitete *Benjamin Strong* die FED, der im Oktober dieses Jahres starb. Drei Monate vor seinem Tod warnte er einen Arbeitskollegen in der Leitung der FED, dass Banken und Investoren in einer gefährlichen Welle der Börsenspekulation mit hochgetriebenen Kursen gefangen sind. Er schrieb ferner, dass man einen schlimmen Bruch im Aktiengeschäft und eine Panikwelle im Geldgeschäft verhindern muss. In dieser Zeit hielt der Schweizer Bankier *Felix Somary*, der die Situation in New York aufmerksam beobachtete, am 14. September 1928 einen Vortrag vor dem „Verein für Socialpolitik“ und damit den damals führenden Nationalökonomien Deutschlands, Österreichs und der Schweiz. Er warnte vor der kommenden Krise wegen der einmalig hohen Spannen zwischen Leihrate (Effektzins) und den Spitzenwerten des Effektenmarktes (Aktien, Obligationen, Pfandbriefe, usw.) , die weiter wuchsen. Keiner von den anwesenden Theoretikern wollte diese Prognose akzeptieren, nach Somarys Zeugnis auch nicht der britische Wirtschaftswissenschaftler *John Maynard Keynes* (1883-1946), der damals noch wenig bekannt war. Sein Hauptwerk erschien erst 1936.

In New York wuchs und wuchs die Spekulationsblase. Ab Donnerstag, den 24. Oktober 1929 fiel der Standard & Poor's 500-Index von 90 Börsentiteln von 245 auf 162. Sieben Milliarden Dollar Bankdarlehen an Investoren wurden wertlos. Der Dow Jones Aktienindex von 30 großen Industrieunternehmen verlor 508 Punkte, das entsprach einem verschwundenen Volumen von 500 Mrd. Dollar an einem Tag. Die FED reagierte passiv oder halbherzig, worüber Präsident *Herbert Hoover* seit 1929 lamentierte. Die Geldmenge reduzierte sich in der Folge von Juli 1929 bis Juli 1933 um fast ein Drittel.

Die gleiche Kritik über die Ignoranz und Ohnmacht der FED wiederholte sich sechs Jahrzehnte später nach dem Börsenkrach von 1987. Gründe des Absturzes war die Zinserhöhung der FED, der wachsende Verlust des Vertrauens in den Dollar, der rasante Anstieg der Aktienkurse und die Computerisierung des Aktienhandels, die erst die Ausführung großer Ordermengen in Sekundenschnelle ermöglichte. In der Cyberspace-Wirtschaft (griech. kybernao – steuern) mutiert das Geld zu digitalen bits, zu reiner Information, die sich nahezu mit Lichtgeschwindigkeit bewegt. Ideologischer Hintergrund bei der FED war in den zwanziger Jahren der monetaristische Aberglaube, der Geldmarkt werde es schon richten. Als die Demokraten mit *Franklin D. Roosevelt* ans Ruder kamen, war die amerikanische Wirtschaft ruiniert und mit ihr das Bankensystem. Die Autorität und Reputation der FED war zerstört. Im Frühjahr 1933 vor der Präsidentenwahl gab es eine neue Welle

von kollabierenden Banken, die hohe Arbeitslosigkeit stieg weiter und noch mehr Unternehmen waren bankrott gegangen.

In Europa kam es zum Anfang der dreißiger Jahre zu einer Masseninsolvenz von Banken. Die Länder Europas waren auf ausländische Darlehen, die in Form kurzfristiger Kredite gewährt wurden, besonders angewiesen. Aber die Gelder wurden vorwiegend für langfristige Vorhaben verwendet. Nach Ausbruch der Krise riefen die Auslandsgläubiger wegen der restriktiven Anleihepolitik der USA ihre Kredite zurück, was zum Zusammenbruch des Wirtschaftskreislaufs führte. In Deutschland kam es 1931 zum Zusammenbruch der Darmstädter und Nationalbank (Danatbank) und der Dresdner Bank. Der renommierte Generaldirektor der großen Norddeutschen Wollkämmerei Nordwolle *Carl Lahusen* nahm bei der Danatbank und der Dresdner Bank sehr hohe Kredite auf und fälschte die Bilanzen. Das Verhältnis von aufgenommenen Fremdkapital zum Eigenkapital der Nordwolle war 15 zu 1. Mit dem finanziellen Zusammenbruch der Nordwolle entstand eine Kettenreaktion. Sie wirkte sich aus auf den Warenhauskonzern Karstadt, die Nordstern-Versicherung und viele große Unternehmen. Unter dem Kanzler *Heinrich Brüning* musste die Reichsregierung neben der Übernahme von Aktien zu 750 Mio. RM Ausfallbürgschaften von 800 Mio. RM bereitstellen. Die Gegenleistungen, die der Staat verlangte, hatten nur kosmetischen Charakter, zum Beispiel Auswechseln von Vorständen und Aufsichtsräten. Das *Brüning-Kabinett* hielt am Sparkurs fest und kürzte die Sozialleistungen. Die Arbeitslosigkeit stieg von 5 Millionen 1931 auf 6,13 Millionen im Jahre 1932.

Unter der Herrschaft der NSDAP ab 1933 wurde die sogenannte Verstaatlichung der Großbanken entsprechend den Wünschen der Banken rückgängig gemacht. Die zusätzlichen Sanierungskosten für die Dresdner Bank mit 100 Mio. RM wurden damals geheimgehalten. Filialen wurden geschlossen und das Personal von 15 350 auf 11 000 abgebaut. Entlassen wurden als erste jüdische Angestellte. Die Reprivatisierung bis 1937 wurde von *Hermann Josef Abs* mit der Reichs-Kreditgesellschaft und mit dem Chef der Privatbank *Stein Kurt Freiherr von Schröder* organisiert, der mit dem Geheimtreffen in seiner Privatvilla am 4. Januar 1933 die Kanzlerschaft von *Adolf Hitler* eingefädelt hatte. Der NS-Staat verzichtete auf die Gewinnbeteiligung des Staates und erlaubte wieder hohe Prämienzahlungen an die Bankvorstände. Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus war ein kooperativer Staatskapitalismus. Vorbild war das Wirtschaftsregime der deutschen Reichsregierung im ersten Weltkrieg mit der Kriegsrohstoffabteilung KRA und der zentralisierten Mangelbewirtschaftung. Dieses System verband staatlichen Dirigismus mit unternehmerischer Selbstverwaltung in den Kriegsrohstoffgesellschaften, die teilweise von den Industrieverbänden geleitet wurden. 1934 begannen die Staatsausgaben für die Rüstung zu steigen in Deutschland, das 1936 einen Boom der Rüstungsproduktion erlebte. Die damit verbundene Inflation wurde durch Preis- und Lohnkontrollen direkt bürokratisch reguliert. Die Rüstungszwangswirtschaft war eine extreme Form der direkten staatlichen Regulierung.

Die größte österreichische Bank, die 1855 gegründete Creditanstalt CA kontrollierte zwei Drittel der österreichischen Industrie. Sie hatte nur 8 Prozent Eigenkapital. Ihr Aktienbesitz wurde in der Krise entwertet. Die CA hatte ausländische Kredite genommen und mit hohem Risiko weitergereicht nach Jugoslawien, Rumänien, Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei. Später wurde die CA saniert im Zusammenwirken von Regierung, Nationalbank und dem Hauptaktionär *Rothschild*, zwei Drittel musste der Steuerzahler begleichen.

Regulierung mit dem New Deal

Die „Mutter der Krisen“ von 1929 bis 1932 war zugleich die erste Regulierungskrise, indem sie deutlich machte, dass der Staat weitaus planmäßiger in den Wirtschaftskreislauf

eingreifen bzw. das Bankensystem nach den Wünschen der Banken stützen muss. Das Wort Krise kommt vom lateinischen *crisis* (entscheidende Wendung) und altgriechisch *Krisis* (Zwiespalt, Entscheidung). Es hatte sich gezeigt, dass mit der Veränderung der Kapitalverhältnisse, der Entstehung einer schnell wachsenden Fraktion des Monopolkapitals, der Wachstumseinbruch viel empfindlicher und nachhaltiger wurde, weil das Beziehungsgeflecht der krisenverursachenden Faktoren unter den neuen Bedingungen größere Ungleichgewichte erzeugte. Einer in seinem Verhältnis zu seinem Anteil überproportionalen Verwertung des monopolistischen Kapitals stand nun eine ebenso unterproportionale Verwertung des nichtmonopolistischen Teils des Gesamtkapitals gegenüber. Die Bankrotte vieler mittlerer und kleiner Unternehmen in der Krise war sogar mit direkter Entwertung, mit der Vernichtung von Kapitalwert verbunden.

Der energische Präsident der First National Bank von Ogden im Bundesstaat Utah *Marines S. Eccles*, der seine Bank erfolgreich durch den schweren Sturm bugsierte, entwickelte 1933 bei einer Anhörung des Finanzkomitees des Senats seine neuen Ansichten über die Ursachen der Großen Depression, den notwendigen Schwenk zur staatlichen Einflußnahme anstelle des monetaristischen Individualismus. Er forderte das, was später Deficit Spending genannt wurde, wirtschaftlich wirksames Geldausgeben des Staates, auch wenn es die Einnahmen des Staates überschreitet. Ferner Arbeitslosenunterstützung, öffentliche Arbeiten, landwirtschaftliche Fördermaßnahmen, Refinanzierung von Farmenhypotheken, Bundesversicherung für Bankendepots, eine zentralisierte FED, Steuerreform zur Umverteilung der Einkommen, Mindestlohngesetz, Senkung der Arbeitszeit, Arbeitslosen- und Sozialversicherung, Alterspensionen und Bundesregulierung der Börse und anderer wirtschaftlicher Sektoren. Dem aufmerksamen Auditorium sagte er: Entweder wir realisieren einen solchen Plan für den Kapitalismus oder uns wird ein Plan ohne Kapitalismus präsentiert. Damit meinte er die sozialistischen Ideenträger, die in dieser Zeit an Einfluss gewannen. Aus dem Jahre 1932 ist das Manifest einer Gruppe herausragender Kulturschaffender mit *Theodor Dreiser* (1871-1945) bekannt, das die Abschaffung des Systems forderte, das die Verantwortung für die Krise trägt. Damals hatten die Sozialisten 885 000 Wählerstimmen bekommen.

Von März bis Juli 1930 beschloss der Kongress auf Drängen von *Roosevelt* staatliche Regulierungen für das Geld- und Kreditwesen, die Landwirtschaft, das Energiewesen und die Beschäftigung. 1934 und 1935 kam es zu weiteren sozialen Gesetzen. *Eccles* wurde zum Hauptarchitekten der neuen staatsmonopolistischen Wirtschaftspolitik des New Deal („Neues Verteilen“) unter Präsident *Roosevelt*. Die Assoziation der US-Banken protestierte heftig gegen die Idee der Bundesgarantie für Bankendepots, auch die neue Regierung akzeptierte sie nicht, aber der Kongress realisierte sie durch ein Gesetz, das zur wichtigsten Bankenreform des New Deal wurde. Ferner wurde die FED ermächtigt, die aus der Kontrolle geratene Spekulation zu beseitigen, das heißt die hochspekulativen Investmentfonds-Transaktionen mit Leihkapital, wo man mit Zehntausenden von verfügbaren Dollar damals Hunderttausende von Dollar in Anlagen manipulieren konnte, zu eliminieren. 1933 wurde im Bankensystem das kurzfristige Anlagengeschäft vom Börsen- und langfristigen Fondsgeschäft per Glas-Steagall Act gesetzlich getrennt, um dubiose Wertpapiergeschäfte zu verhindern. Geschäftsbanken, Investmentbanken und Versicherungen mussten separat operieren.

Unter *Eccles* wurde die FED straff reorganisiert. Sie regulierte die Angebotsrelationen des Geldes. Die zwölf Reservebankpräsidenten wurden den sieben Gouverneuren der FED subordiniert. Allerdings wurde das Board of Governors weiter von direkter politischer Kontrolle der Administration isoliert, indem der Finanzminister und der Währungskommissar als Mitglieder der Regierung nicht mehr im Board waren. Jedoch hatte *Eccles* als Berater des Präsidenten einen praktischen Status als Kabinettsmitglied. Diese Konstellation

erwies sich in der Zukunft nach *Eccles* als nicht günstig. In der späteren Arbeit der FED tendierten die zwölf Bankpräsidenten mit den Entscheidungen der Jahre 1965/81 zu 80 Prozent in konservativer Richtung zur Geldverknappung. Die etwas weniger konservativen Gouverneure lehnten in diesen Jahren in 60 Prozent ihrer Entscheidungen ein größeres Geldangebot ab. Zum New Deal gehörten öffentliche Sicherheiten für insolvente Banken, ein Gesetz zur Umschuldung von hilfsbedürftigen Wohneigentümern, Beschäftigungsprogramme für 3,5 Millionen Jobs für Erwachsene und 2,5 Millionen Jobs für Jugendliche. 1935 kamen dazu soziale Maßnahmen im Gesundheitswesen, Stärkung der kollektiven Rechte der Gewerkschaften und Maßnahmen gegen unfaire Praktiken von Unternehmern. *Roosevelt* musste auf den massenhaften Druck der Arbeiterschaft reagieren.

Die Finanzpolitik und Sozialpolitik des New Deal erwies sich als produktiv in der teilweisen Überwindung der tiefen Wirtschaftskrise, die aber schließlich erst durch den Krieg abgehakt werden konnte. Ende 1936 erlebte die Wirtschaft einen kurzen Aufschwung, der aber schon 1937 durch einen Abschwung wieder konterkariert wurde. Es kam erneut zu Betriebsschließungen und Massenentlassungen, worauf die Rooseveltadministration mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen reagierte. Erst im Zusammenhang mit Rüstungsprogrammen stabilisierten sich die Wachstumsraten etwas, die Arbeitslosigkeit war niedriger und das Haushaltsdefizit wuchs von 22 Mrd. Dollar 1933 auf 48 Mrd. Dollar 1941 im Jahr von Pearl Harbor und 280 Mrd. Dollar zum Kriegsende 1945. Im Jahre 1939 konnte wieder eine Rezession nicht verhindert, aber etwas abgeschwächt werden. Der Kriegsboom 1939-1944 verdoppelte die Industrieproduktion der Vereinigten Staaten und das Bruttosozialprodukt erhöhte sich um 70 Prozent. Nach dem Krieg stieg die Inflationsrate und 1948 weigerte sich der neue Präsident *Truman* (1949-1953), *Eccles* als Chef der FED eine weitere Amtszeit zu geben, weil dieser die Inflation durch höhere Diskontsätze bekämpfen wollte. Ein neuer kleinerer Boom wurde durch den Koreakrieg 1950 ausgelöst. Unter dem Präsidenten *Dwight Eisenhower* (1953-1961) erlangte die FED eine größere Unabhängigkeit von der Regierung und konnte die Zinsrate je nach Bedarf ändern. In diesen Jahren gab es drei Rezessionen, für mindestens zwei war die FED direkt verantwortlich. 1953 lag die Inflationsrate bei unter ein Prozent. Die FED sorgte zunächst für eine scharfe Geldverknappung und korrigierte sich zu spät. Es entstand eine Rezession, die bis 1954 dauerte.

1957 öffnete die FED das Geldventil, aber es war wieder zu spät, um eine diesmal kurze Rezession aufzuhalten. Im April 1960 begann nach einer Periode der Erholung erneut eine wirtschaftliche Rezession, sechs Monate nachdem die FED das Geldangebot verringert hatte. Die FED hat starken, aber keinesfalls allumfassenden Einfluss auf die Wall Street bzw. den Geldmarkt. Ihre Maßnahmen können zielführend, ergebnislos oder konträrwirkend sein, wie die Geschichte zeigt. Die Wall Street (Börse, Banken, Broker) beobachtet das Verhalten der FED. Dafür gibt es FED-Wächter, die als Finanzanalysten nichts anderes tun. Sie verfolgen die Wochendaten der Banken, die Kreditrends, die allgemeine Wirtschaftslage und versuchen die Entscheidungen der FED frühestmöglich zu antizipieren.

Das theoretische Konzept des durch Wirtschaftspraktiker und Politiker geschaffenen New Deal wurde später als Keynesianismus bezeichnet. *John Maynard Keynes* hatte schon 1926 weitblickend in London die Arbeit „Das Ende des laissez faire“ publiziert, die allerdings damals noch wenig beachtet wurde. Ein halbes Jahrhundert nach *Karl Marx* suchte er wie dieser nach den inneren Ursachen der Wirtschaftskrisen und lehnte die Theorie von *J. B. Say* (1767-1832) ab, wonach sich jedes Angebot eine Nachfrage schafft. *Marx* erklärte das Phänomen aus der Tendenz des Kapitals zur schrankenlosen Vergrößerung des Angebots bei gleichzeitiger Kostensenkung und damit Lohn- und Kaufkraftminierung, also dem Widerspruch zwischen Produktion und realer Konsumtion. Sie ist die historische Grundlage für die Spaltung der Gesellschaft in Reich und Arm, in Produktionsmittelbesitzer und

Nichtbesitzer. Dass diese objektive Systemtendenz eines Tages auch zur globalen Umweltkrise führen wird, war zu Marxens Zeiten noch nicht absehbar.

Anders erklärte *Keynes* die Wirtschaftskrisen. Es sind nach ihm neben den Umfeldbedingungen vor allem drei fundamentale psychologische Faktoren am Werk, mit anderen Worten, das abstrakte Individuum ist schuld und war es schon immer. Als erstes psychologisches Grundgesetz bezeichnet *Keynes* die Sparneigung bzw. die Verbrauchsneigung als ihr Gegenteil. Sparen sei keine Tugend, sie verhindere Vollbeschäftigung. Die Arbeiter sparen zu viel, ergo sind sie selbst mit schuld an der Arbeitslosigkeit. Der zweite Faktor ist die Liquiditätspräferenz, je höher sie ist, desto weniger wird auf die hohe Kante gelegt. Die psychologische Gewinnerwartung des Kapitals ist die dritte Fundamentalgröße. (Vgl. S. 246 f). Ferner nennt *Keynes* als nichtpsychologische unabhängige Variablen die Geldmenge der Zentralbank, den zwischen Unternehmer und Arbeiter ausgehandelten Lohn, die Zinsrate und den Grenzertrag des Kapitals. Wer etwas verkauft, schreibt er, müsse ja nicht gleich wieder kaufen, eine simple abstrakte Erklärung für die Krisenentstehung. Er ist ausdrücklich für größere Konsumausgaben der Betuchten, aber keineswegs für Lohnerhöhungen der Arbeiter. Den Lohndrückern empfiehlt er, ihre Ziele leichter zu erreichen durch Preissteigerungen. Die Inflation ist in seinem Verständnis ein Antikrisenfaktor. *Keynes* meinte, man könne Rezession und Depression durch Beibehaltung des nominalen Arbeitslohns und Senkung des Reallohns überwinden. Bei steigenden Preisen bevorzugen die Käufer langfristige Gebrauchsgüter und deren Verkäufer sind durchaus mit der Inflation einverstanden. Den Zins erklärt *Keynes* aus dem psychologischen Faktor der „Vorliebe für Liquidität“. Seine Rezepte sind niedriger Zinsfuß, Senkung des Reallohns, also höhere Inflationsrate im Vergleich zur nominalen Lohnentwicklung, Förderung des Luxusverbrauches der Reichen, großzügige Zuschüsse für Privatunternehmen, niedrigen realen Dollarpreis, der das Ergebnis der Differenz von Zinsfuß und Inflationsrate ist. Der polnische Ökonom *Michael Kaletzki* (1899-1970) hatte übrigens bereits in seiner Arbeit von 1933 „Umrisse einer Theorie des Konjunkturzyklus“ das Dogma eines ausgeglichenen Haushalts abgelehnt und gezeigt, dass sich ein Budgetdefizit durch Investitionen selbst finanziert und damit hilft, die Unterbeschäftigung zu reduzieren.

Keynes begründete die Notwendigkeit staatlicher Eingriffe in die Privatwirtschaft, weil sonst die Massenarbeitslosigkeit nicht beseitigt werden könne. Das kapitalistische System schafft Mangel inmitten des Überflusses. In den USA waren die Produktionsverluste durch Arbeitslosigkeit in der „Mutter der Krisen“ mit etwa 360 Mrd. \$ ebenso groß wie die späteren gesamten Kriegskosten der USA. Produzieren, produzieren und sei es durch Ausgraben vorher vergrabener alter Flaschen mit eingesteckten Banknoten, durch mehr Goldbergbau und vor allem Aufrüstung, das ist das Alpha und Omega von *Keynes* und ein Stück schwarzen britischen Humors zur Lösung des Beschäftigungsproblems des Kapitalismus. (Vgl. S. 110) Hinzu kommt der historische Faktor der Kriege und ihrer Vorbereitung, der die kapitalistische Profitmaschine auf Hochtouren bringt und zugleich die Kapitalvernichtung auf die Spitze treibt. Kriege lösen Krisen aus oder beenden sie. Rüstung und Kriegführung mit Inflation können zeitweilig die Depression überwinden, dazu braucht man dann keinen New Deal, schrieb er im Juli 1940 in der Zeitschrift „New Republic“. Im gleichen Jahr hatten die USA ihre Rüstungsprogramme verstärkt.

Die amerikanische Praxis im 20. Jahrhundert zeigt, dass die *Keynessche* Medizin für die kapitalistischen Krisen durchaus wirkte, allerdings oft mit irregulären Effekten und ohne Beseitigung des Grundwiderspruchs dieses Systems. *Keynes* hatte gewissermaßen das Sagen bis zum Ende der 60er Jahre. Präsident *Nixon* (1969-1974) meinte noch, wir sind doch alle Keynesianer. In den sechziger Jahren unter den Präsidenten *John F. Kennedy* (1961-1963) und *Lyndon B. Johnson* (1963-1969) galt es, durch aktive Haushaltspolitik des Staates die Privatwirtschaft zu stimulieren, Steuern zu senken und mit der FED den Geldfluss

zu erleichtern. Im Ergebnis war die Arbeitslosigkeit viel niedriger als vor Kennedys Amtszeit, als sie noch bei 7 Prozent lag, die Inflationsrate betrug 1965 2 Prozent. Das änderte sich durch den Vietnamkrieg und 1973 mit dem arabisch-israelischen Jom-Kippur-Krieg sowie dem darauf folgenden Erdölpreis-Schock der OPEC und Ölembargo gegen die westlichen Länder. Der Erdölpreis war von 2,90 \$ Mitte 1973 auf 11,65 \$ Ende 1973, also um das Vierfache gestiegen. Die Inflationsrate stieg auf 12 % im Jahre 1974, die Industrieproduktion sank um 15% und die Arbeitslosigkeit erhöhte sich um 9 % mit mehr als 8 Millionen Arbeitern ohne Jobs. Die stabilen Wechselkurse wurden abgeschafft und damit wuchs der globale Finanzmarkt und seine Volatilität schneller als in der vorherigen Periode. Die hohe Inflation ärgerte den Geldadel, die Konservativen in den USA sind Advokaten des „harten Geldes“, mit dem das Kapital geschützt wird. Die Banken als Repräsentanten des Geldkapitals sind besonders geldentwertungsfeindlich. Später flossen die Milliarden Petrodollars der arabischen Förderländer in die Banken von New York und London. Die OPEC-Staaten hatten 1974 in ihrer Zahlungsbilanz einen Überschuss von 67 Mrd. \$. Die Ölexporte wurden nur in Dollars fakturiert und stärkten den eingebrochenen Dollarmarkt. Das war eine große Hilfe für die Überwindung der durch den Vietnamkrieg entstandenen hohen Verschuldung der USA, für die Konzerne des angloamerikanischen Ölgeschäfts mit 16,4 Mrd. \$ Gewinn im Jahr 1974 gegenüber 6,9 Mrd. \$ zwei Jahre zuvor und für die Verhinderung einer Rezession. Die Nachfrage der arabischen Ölausfuhrländer nach Waffen, Kraftfahrzeugen, ganzen Fernsprechnetzen und vielen weiteren Investitions- und Gebrauchsgütern in den USA und anderen Industriestaaten stieg enorm.

Der Theoretiker des Monetarismus *Milton Friedman* lieferte das Rezept für die neue Wirtschaftspolitik. Es bestand in der Abkehr von der bisherigen Haushaltspolitik und in der Festlegung einer festen Geldangebots-Wachstumsrate von drei bis vier Prozent pro Jahr für die Geldmenge M1, die Bruttosumme allen Bargelds (1/4) und der Girokonten (3/4). Im August 1979 betrug sie 364 Mrd. \$ bei einem Bruttonationalprodukt von 2,5 Billionen \$ im gleichen Jahr. M2 umfasste alle Sparkonten, kurzfristige Anlagen der Banken und Kreditinstitute sowie Darlehen. Das Volumen von M1 und M2 lag bei 1,5 Billionen \$. M3 ist die Summe der Zertifikate von 100 000 Dollar-Depositen von Großunternehmen, Finanzinstituten oder privaten Großinvestoren, die für eine bestimmte Periode von 3 bis 6 Monaten gehalten werden. Die Summe von M1, M2, und M3 belief sich auf 1,7 Billionen, wie *Greider* notierte. Schließlich gibt es noch die Kategorie L, die mit allen Finanzanlagen, Schatzbriefen und Unternehmenspapieren damals etwa 2,1 Billionen \$ umfasste. Die Devisen hieß von nun an „Money matters“, das Geld macht es schon. *Friedman* beschuldigte die FED, mit ihrer Politik die hohe Inflation hervorgerufen zu haben. In Wirklichkeit war die massive Inflation an sechs Zeitpunkten der USA-Geschichte jedesmal durch außerordentliche Ereignisse, nämlich durch Kriege entstanden. Die erste durch den Unabhängigkeitskrieg, die zweite nach dem Krieg mit England 1812, die dritte schärfste während des Bürgerkriegs 1863-65, die vierte nach dem ersten Weltkrieg, die fünfte 1946 und die sechste durch den Vietnamkrieg bis 1973. Die Stellgröße M1 konnte durch die zunehmenden Finanzinnovationen und Verbriefungen bald nicht mehr benutzt werden.

Die Internationalisierung des Bankwesens begann bereits 1930 mit der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich BIZ in Basel. Nach dem zweiten Weltkrieg versuchten die kapitalistischen Länder auf der Konferenz in Bretton-Woods (USA) 1944 das Weltwährungssystem zu ordnen. Das Gold war noch Weltgeld, aber der Goldstandard funktionierte nicht mehr. Als Leitwährungen sollten der Dollar und das Pfund fungieren. Die Zentralbanken konnten ihre Dollarguthaben bei den USA in Gold eintauschen. Die 1945 neugeschaffenen Institutionen Internationaler Währungsfonds IWF und Weltbank hatten die Aufgabe bekommen, die Stabilität der Wechselkurse, die Konvertibilität der Valuten und die Gewährung von Valutakrediten bei Zahlungsbilanzkrisen zu sichern. Das System er-

hielt einen ersten Tiefschlag, als Präsident *Richard Nixon* am 15. August 1971 die Goldkonvertibilität des Dollars annullierte. 1973 zerbrach das Bretton-Woods-System fester Wechselkurse im Ergebnis einer starken Flucht aus dem Dollar.

Deregulierung als Wundermittel gegen fallende Profitraten

Im Jahre 1979 wurde von Präsident *Jimmy Carter* (1977-1981) ein brillianter Finanzexperte, *Paul Volcker* zum Chef der FED berufen. Bei einer sehr hohen Inflationsrate von 13,5 Prozent hat der neue Chef der FED die Diskontrate auf 10,5 Prozent erhöht. Diese Maßnahme blieb jedoch wirkungslos. Er ging dann den Weg der Verringerung des Geldmengenzuflusses von M1 und hatte Erfolg, die Wirtschaft begann wieder zu florieren, die Arbeitslosigkeit ging zurück. Aber die Kredite wurden teurer und die Inflation blieb hoch. Der Wert des Dollars fiel und der Goldpreis wuchs auf dem europäischen Markt auf mehr als 300 Dollar pro Unze. Präsident *Carter* entließ *Michael Blumenthal* als Finanzminister und ernannte *William Miller*, den bisherigen Vorsitzenden der FED.

Die neoliberale Zeitenwende der führenden westlichen Industrieländer begann in Großbritannien mit der Ära *Margaret Thatcher* ab 1979 und in den USA mit der Ära *Ronald Reagan* ab 1981. *Milton Friedman* nannte später diese Periode, die bis heute dauert, stolz neoliberale Konterrevolution. Im April 1980 kam es zur Neuorientierung der Wirtschaftspolitik unter *Thatcher*, vor allem durch Zinserhöhungen, Abbau von Sozialleistungen, Privatisierung von Staatsunternehmen, Senkung der Steuern für Unternehmen, Knebeln der Gewerkschaften, Bevorzugung der Inflationsbekämpfung vor der Beschäftigungssicherung und weitere Maßnahmen der Deregulierung. Die keynesianische Nachfragepolitik wurde durch „angebotsorientierte“ Wirtschaftspolitik ersetzt. 1981 wurde *Ronald Reagan* Präsident der USA, dessen Wirtschaftspolitik den ideologischen Mustern des Monetarismus folgte. Dazu gehörte die Senkung der Steuern für Unternehmen und Reiche bei gleichzeitiger Steigerung der Rüstungsausgaben und Kürzungen im sozialen Bereich. Die soziale Infrastruktur des New Deal wurde weitgehend liquidiert: Sozialhilfe, Arbeitslosenversicherung und Mietzuschüsse. Im Ergebnis dieser Politik sind heute 35 Millionen Amerikaner von Hunger oder Mangelernährung betroffen. In Deutschland war 1982 nach der sozialliberalen Koalition unter *Helmut Schmidt* das Lambsdorff-Papier das Signal für den Übergang zur sogenannten angebotsorientierten Wirtschaftspolitik mit dem Ziel der Abwälzung der Kosten der Sozialsysteme auf die unteren und mittleren Einkommenschichten bei gleichzeitiger steuerlicher Entlastung der Unternehmen und großen Vermögen. Man verabschiedete sich schrittweise von *Ludwig Erhards* sozialer Marktwirtschaft, die straff reguliert und durch die Existenz eines östlichen Gegenmodells bestimmt war.

Worin lag eigentlich die wirtschaftshistorische Ursache für den großen langfristig angelegten ideologischen und realen Schwenk zum extremen und nachhaltig individualistischen Liberalismus zugunsten der vermögenden Klassen. Sie bestand in dem deutlichen langfristigen Rückgang der Wachstumsraten der Arbeitsproduktivität nach 1973, dem Jahr des Sprungs der Rohölpreise der OPEC im Vergleich zu der vorangehenden Periode. Es wurde damals viel über das sogenannte productivity gap diskutiert. Gleichzeitig entstand der Trend zur Stagnation und zum tendenziellen Fall der kapitalbezogenen Profitrate in der Industrie. Im Zickzack der Profitraten wurden 1965 in den USA 30 % und in der BRD 18 % erreicht, während es 1980 nur noch 8 % in den USA und 5 % in der BRD 5 % waren. Man kann es auch als die Krise des fordistischen Akkumulationsregimes bezeichnen. Das war eine Botschaft, die Kapitaleigentümer und ihre politische Lobby nicht gleichgültig ließ. Den Fall der Profitrate beförderte Überproduktion, Spekulation, die große Krise 1974/75 in den westlichen Industrieländern, überflüssiges Kapital und überflüssige Arbeitskraft.

Die Preisrevolution des Erdöls war der Auslöser, der das Wirtschaftssystem der westlichen Industrieländer durchschüttelte und damit seine Schwächen offenbarte. Sie war sogar der Sargnagel für die sowjetische Wirtschaft, deren Insolvenz eine amerikanische Ökonomin Mitte der achtziger Jahre vorhersagte. GOSPLAN, die sowjetische Wirtschaftsbehörde, war nämlich 1973/74 damit überrascht worden, dass ihr Ölexport wesentlich höhere Preise realisieren konnte und lenkte den unverhofften Dollarsegen in die klassischen Schornsteinindustrien, eine kontraproduktive Strategie, die das globalwirtschaftliche Zurückbleiben zementierte und verstärkte. Die Amerikaner hatten damals schon den ersten Mikroprozessor, das erste Solarhaus und entwickelten die Grundlagen der informationstechnologischen Revolution und ihrer industriellen Nutzung.

Unter *Ronald Reagan* wurden drei Hauptlinien konservativer Wirtschaftspolitik der Zeit vor *Roosevelt* wiederhergestellt. Erstens der Monetarismus des *Milton Friedman*, wonach man nur den Geldstrom kanalisieren und manipulieren muß, um die Krise zu bekämpfen. Zweitens galt es, die progressive Einkommenssteuer durch eine degressive zu ersetzen, damit die Reichen mehr investieren und verbrauchen können. Drittens sollte eine ausgeglichene Haushaltspolitik an die Stelle des verschwenderischen Deficit Spending treten. Als *Reagan* an die Macht kam, waren die Bemühungen der FED gescheitert, mit Geldmengenverknappung die Rezession zu überwinden, die Zinsraten begannen zu schwanken mit einem Kreditnachfragen-Wachstum zwischen 23 % und 10 %. 1979/80 war es zu einer erneuten Preisrevolution des Erdöls gekommen. Der neue Präsident umriss sein neues Konzept in seiner Inauguraladresse mit dem Satz: „Die Regierung (der Staat) ist nicht die Lösung, sie ist das Problem.“ Er lehnte die Formen der zentralen Wirtschaftslenkung durch den Staat ab. Das hinderte ihn nicht daran, die Staatsausgaben für die Rüstung drastisch zu erhöhen, das Geschäft mit dem militärisch-industriellen Komplex garantiert stets Superprofite und es galt, die Sowjetunion totzurüsten. Im Ergebnis der neuen Wirtschaftspolitik wurde in der Periode nach 1980 die Profitrate gründlich saniert durch die nachhaltige Erhöhung der Mehrwertrate, des Verhältnisses von Profitmasse zu Lohnsumme. In den USA stieg die kapitalbezogene Profitrate bis 1996 auf 18 %.

Die FED sollte künftig ihre Geldlenkung ohne staatliche Einwirkung realisieren. Sie konfrontierte die Inflation mit Geldverknappung durch hohe Zinssätze, während die *Reagan*-Administration gleichzeitig mit Steuersenkungen dagegenarbeitete. 1981 reduzierte die FED die kurzfristige Zinsrate, was zum Wachstum der langfristigen Zinsrate führte. Gleichzeitig fielen die Preise festverzinslicher Anleihen. Die FED stocherte im Nebel. Es kam zu einer weiteren Rezession. Die Tiraden gegen die Staatseinmischung, ein Erbeil des frühen angelsächsischen Liberalismus, dienten nur der Vernebelung wirtschaftshistorischer Zusammenhänge. Mit der Entwicklung der Produktivkräfte und der globalen Stufenleiter der Wirtschaft reichen Monopole und Oligopole nicht mehr aus, die Bedingungen der Kapitalverwertung zu sichern. Staatsintervention ist unerlässlich zur Sicherung des sozialen Gleichgewichts, dessen Verletzung für die Wirtschaft und die ganze Gesellschaft gefährlich ist.

Das neue Steuergesetz von 1981 war so generös für die Unternehmen, daß die größten Gesellschaften negative Steuersätze bekamen, das heißt der kleine Steuerzahler half direkt die private Profitrate des Kapitals zu erhöhen. So wurden die Arbeitnehmer dreifach abkassiert (Löhne, Preise, Steuern), später fand man mit der sogenannten Flexibilisierung des Arbeitsmarkts noch manche anderen Methoden. Die effektive Steuerrate für Finanzinstitutionen wurde von 5,8 % im Jahr 1980 auf -3,8% im Jahre 1982 gesenkt. Es kam zu einem Multiplikationseffekt des Vermögenszuwachses, bei dem die Superreichen den höchsten Zufluss erhielten. Washington trat auf den Gashebel, während die FED auf die Bremse trat. Die prime rate, der Zinssatz der Geschäftsbanken für erstklassige Kunden des kurzfristigen Geldes, stieg auf 20,5 %. Die FED und der Anleihenmarkt beschuldigten dafür die

Regierung mit ihrer Steuer- und Haushaltspolitik, obwohl sie das selbst frühzeitig angeheizt hatten. Jahre der hohen Inflation hatten den Unternehmen und der Gläubigerklasse hohe Erträge und billige Kredite in realen Dollarwerten gebracht.

Der reale Preis des Geldes bzw. seine Bewegung wird durch die Differenz von Zinssatz und Inflationsrate bestimmt. 1980, als die FED den nominalen Zinssatz erhöhte, lag der reale Zinssatz der Banken bei mehr als 4 % und im Sommer 1981 bei 9 %. 1981 sprang der reale Zinssatz von 2,9 auf 5,1 %. Die nominalen Zinssätze waren erhöht worden und die Inflationsrate ging zurück. Der Finanzsektor florierte und es entwickelten sich enorme Spekulationsmöglichkeiten, während die produktive Wirtschaft einen höheren Preis zahlen musste im langfristigen Vergleich. 1981 war der reale Preis des Dollars am höchsten seit 50 Jahren und stieg weiter im Ergebnis der Deflation. In der Rezession von 1981/82 hatte die US-Wirtschaft 570 Mrd. Dollar Verlust durch Produktionsreduzierung. Davon hatten nach einer Untersuchung des Urban-Instituts in Washington 58 % die Lohnabhängigen zu tragen, 25 % die Minderprofite von Unternehmen und 13 % die Farmer und Kleinunternehmen. Dreiviertel der Opfer hatten die kleinen Leute zu verkraften, am meisten die schwarze Bevölkerung.

1982 kam es zur deutlichen Widerlegung der Friedmanschen Theorie durch die wirtschaftliche Praxis. Obwohl die Geldmenge für die Privatwirtschaft erhöht wurde, verlangsamte sich der Umlauf des Geldes dramatisch und strafte alle monetären Standardgleichungen Lügen. Das bedeutete, daß ein bestimmtes Volumen von M1-Geld nicht das Niveau der ökonomischen Aktivität erzielte, das man erwarten musste. Die Umlaufgeschwindigkeit war die Achillesferse der Friedmanschen Theorie. Die verlockende Einfachheit seiner Doktrin, die Geldmenge M1 zu erhöhen und alle anderen Strategien zu vergessen, erwies sich als großer Flop. 1983 kam es im Ergebnis der Rezession seit 1981 zu einem Rückgang der Preise und zur Eindämmung der Inflation. Das begünstigte nicht die Kreditnehmer oder Borger, sondern die Gläubiger. Familien, die Häuser auf Kredit gekauft hatten, hatten von Preissteigerungen profitiert, weil sie ihre Kredite im billigeren Dollars zurückzahlen konnten. Nun drehte sich der Geldwind um 180 Grad, alte Kredite mussten in harten Dollars zurückgezahlt werden. Der Tankstellenbesitzer in Baltimore konnte einen 25 %-Kredit bei einer Inflationsrate von 13 bis 14 % leicht bedienen, aber nicht bei einer Rate von vier Prozent. Die reale Zinsrate stieg auf niedagewesene 8 % und mehr. Schon *Thorstein Veblen* (1857-1929), der Begründer des Institutionalismus, schrieb, dass in den USA im deutlichen Unterschied zum Europa seiner Zeit der Mensch nach dem Geldeinkommen ganz direkt beziffert und geachtet wird, und die meisten Amerikaner akzeptieren diesen Standard bis heute. Das ist wohl eine der schlimmsten und folgenreichsten kulturellen Verfallswirkungen des Kapitalismus.

Im Jahre 1984 begann die Großoffensive des finanzkapitalistischen Neoliberalismus. Mit einem höheren Dollar war jede Geldmenge in Finanzpapieren profitabler und sicherer. Dagegen waren Realinvestitionen im Land, Häuser, Fabriken, Maschinen, Öl und Rohstoffe die Verlierer. Die Lösung für höhere Renditen war, das Geld in Finanzanlagen zu stecken und nicht in neue Fabriken. Es etablierte sich die Herrschaft des Shareholder Value, das heißt, die Aktienbesitzer forderten vom Management überdurchschnittliche Renditen und rigorose Kostenreduzierungen durch Massenentlassungen und andere Maßnahmen. In den USA haben die börsennotierten Unternehmen seit 2000 die Hälfte des Fremdkapitals für den Rückkauf ihrer eigenen Aktien eingesetzt, um den Kurs nach dem Shareholder-Prinzip zu erhöhen. Damit wurde de facto der Kapitaleinsatz für Investitionen und Forschung und Entwicklung gekürzt.

Der Chef der Deutschen Bank *Ackermann* postulierte für die Unternehmen eine Eigenkapitalrendite von 25 Prozent als zu empfehlende Zielmarke. Das war ein Appell an die Realwirtschaft, sich höher zu verschulden, denn die Eigenkapitalrendite (z. B. 15 %) ist in

der Leverage- oder Hebelformel bei gegebener positiver Differenz von Gesamtkapitalrendite des Unternehmens (12 %) und Fremdkapitalzins (9 %) linear abhängig von dem Verhältnis Fremdkapital (500 %) zu Eigenkapital (100 %). Zu den Paradoxien der Renditerechnung gehört also der Umstand, dass die Eigenkapitalrendite mit dem Verschuldungsgrad des Unternehmens wächst. Renditen des Eigenkapitals von mehr als 15 Prozent bei Wachstumsraten der Produktion von 1 bis 2 Prozent sind hochriskant und führen daher regelmäßig zu einem hohen Abschreibungsbedarf, den man vorher nicht kalkulieren kann wegen der Undurchsichtigkeit der Kredittransaktionen. Außerdem wird das Eigenkapital höher besteuert als das Fremdkapital. Unternehmen wurden aufgekauft mit geborgtem Geld, darunter Trödelfinanzpapiere oder Schrottpapiere (Junk Bonds mit schlechter Bonität bzw. hohem Risiko), die durch die künftigen Profite des Unternehmens gedeckt werden sollten. Oft hat der feindliche Übernehmer das Unternehmen kannibalisiert, das heißt weniger profitable Teile verkauft. Es kam zu einer perversen neuen Dynamik in der amerikanischen Wirtschaft und einer Reihe von Unternehmenszusammenbrüchen im Ergebnis der sinkenden Preise. Kredite mussten in harten Dollars zurückgezahlt werden und gleichzeitig fielen die Preise der realen Hypotheken-Gegenwerte wie Farmland oder Ölreserven. Die Gewerkschaften mussten Massenentlassungen und Lohndumping hinnehmen. Der Durchschnittsbürger freute sich über das Ende der hohen Inflationsraten, aber er registrierte kaum den grundsätzlichen Umschwung in der Wirtschaft zugunsten des Finanzkapitals.

Die *Reagan-Administration* betrieb in dieser Zeit entgegen ihrer anfänglichen Verlautbarungen praktisch eine defizitäre Haushaltspolitik und die FED arbeitete mit hohen Zinssätzen. Sie steuerte damit gegen eventuell auftretende inflationäre Tendenzen. Ihre neue Stellgröße war der „reale Preis des Dollars“ als Ergebnis der Differenz von Zinssatz und Inflationsrate. Die hohe reale Zinsrate zog massenhaft ausländisches Kapital an, mit dem das wachsende Haushaltsdefizit finanziert werden konnte. Der Rohölpreis betrug 1983 28,85 Dollar je Barrel, drei Dollar weniger als im Jahre zuvor und fiel weiter. In Brasilien lag er bei 50 bis 60 Dollar je Barrel. Die großen Autounternehmen gaben großzügig niedrige Zinssätze beim Autokauf auf Kredit. Verlierer des harten Dollars waren die amerikanischen Farmer und Gewinner die ausländischen Lieferanten von Autos, Maschinen, Stahl, Computerchips usw. Amerikanische Exporteure waren ebenfalls Verlierer. Das Unternehmen *Capillar Tractor* verlor Absatzmärkte und musste Fabriken schließen. Andere Unternehmen begannen ihre Produktion ins Ausland zu verlagern. Es traf wieder vor allem die Arbeiterklasse.

Nach einem kurzen *Reagan-Boom* kam es zu einer Periode unbefriedigender Wachstumsraten und hoher Arbeitslosigkeit. Die FED nutzte ihre Mittel, um das Geld- und Finanzrisiko niedrig zu halten und das Risiko der Verluste von Produktion und Jobs hoch zu lassen. Das war die Botschaft der neuen Herrschaftsära des Finanzkapitals. *William Greider*, der alle diese Perioden fakten- und ideenreich analysiert, bringt keinerlei Daten über den eigentlichen kapitalistischen Mechanismus. Oft genug zeigt er, daß die Stellgrößen Zinsrate, Inflationsrate, Geldmenge bei ihrer Handhabung zu nicht beabsichtigten oder gegenwirkenden Ergebnissen führen. Man erfährt nichts über die nominale und reale Dynamik der kapitalbezogenen Profitrate, des Durchschnittslohns und der Kapitalvermögen. Er ist ein kritischer Ökonom und Journalist, aber nur innerhalb der grundsätzlichen Akzeptanz der kapitalistischen Strukturen und ohne das geheimgehaltene Eingemachte anzutasten. Eine seiner präzisen Feststellungen ist, dass das „harte Geld“ im Grunde eine Illusion ist, eine statistischer Kunstgriff, der die harsche Realität verdeckt. Das sogenannte neutrale Geld ist nur eine ökonomische Abstraktion und es ist keineswegs neutral. Es gaukelt ein befriedigendes Gefühl sozialer Ordnung vor, während die wirtschaftliche Wirklichkeit in ständiger Unordnung ist.

1985 rutschte die US-Wirtschaft wieder in eine schwache Phase, während der Hartdollar-macher *Paul Volcker*, Chef der FED, die Geldmenge M1 um 8 % erhöhen wollte und sie tatsächlich um 11 % stieg, von 563 Mrd. Dollar auf 627 Mrd. Dollar. Die Geldumlauf-rate ging schnell zurück. Die hochgelobte Monetarismus-Philosophie war praktisch am Ende. Das begriff auch *Volcker* und er gab es auf, in andere Richtung zu steuern. Die Chefs des Bundesschatz-amts versuchten in Abstimmung mit der FED und führenden Industriestaaten, den Dollar auf den früheren Wert von 1981 zu reduzieren. Das funktionierte auch, aber gleichzeitig verschlimmerte sich wider Erwarten die Lage der Exportindustrien weiter und das Haushaltsdefizit wuchs 1986 auf 170 Mrd. Dollar.

Ab Februar 1986 kam es unter den Bedingungen sinkender Ölpreise zu einem explosi-ven Boom an der Börse und auf dem Kreditmarkt. Die Preise und Zinssätze fielen, die Fi-nanzpapiere erholten sich deutlich, die Finanzmärkte wurden immer profitabler. Wenige Wochen später war das Spiel zu Ende. Die Arbeitslosigkeit wuchs, Banken kamen in Schwierigkeiten, das Wachstum ging zurück auf 0,7%, aber die Aktienwerte stiegen. Die Inflation war von den Farmern und Fabriken zur Wall Street gewandert. Von 1979 bis 1987 stand *Paul Volcker* an der Spitze der FED. Er konnte mit seinem Konzept der hohen Zinsraten nicht verhindern, dass es zu einem Prozeß der extremen Kreditschöpfung und exzessiven Verschuldung von kleinen Unternehmen, Farmen und der einfachen Konsu-menten kam.

Volcker wurde zum Architekten des geldkapitalistischen Zeitenwechsels in der Ge-schichte des Kapitalismus. *Milton Friedman* und auch *John Maynard Keynes* waren die Paten. Ausgangspunkt ist die Ableitung des Wertes von Finanzpapieren aus oft dubiosen Projektionen der zu erwartenden Profite. Wenn alles gut läuft, warum soll man da nicht zukünftige Gewinne prognostizieren. Sobald es mit massenpsychologischer Verschärfung von leichten Wolken schließlich zum Zusammenbruch des Profitvertrauens kommt, verlie-ren die Schuldscheine ihren Wert und die Spekulationsblase platzt. Mit Inflations- und mit Deflationspolitik kann die Politik scheitern, so oder so. *Greiders Annalen der US-Finzen* enden 1987, als nach der Leitzinserhöhung der Notenbank der Dow Jones am 16. Oktober 108 Punkte verlor und am 19. Oktober kollabierte mit einem täglichen Verlust von 500 Mrd. Dollar. Der neue Chef der FED hieß *Alan Greenspan*, er reduzierte die nominale Zinsrate und pumpte Milliarden von Dollar ins kaputte Bankensystem.

Die Deregulierung in der Ära seit *Reagan* und *Thatcher* betrifft nur die Aktivitäten der Verantwortlichkeit des Staates durch Abbau von sozialen Regeln und Rechten, nicht seine Machtfunktionen, die seit Jahrtausenden von den jeweils herrschenden Gesellschaftsklas-sen dominiert werden. Diese Funktionen werden im Gegensatz zur sozialen Deregulierung als Quellen von Superprofiten weiter ausgebaut. Auch die Regulierungen der Europäischen Union mit den Maastricht-Konvergenzkriterien nehmen keine Rücksicht auf die sozialen Folgewirkungen. Sie sind Ergebnis der neoliberalen Wende. Mit der Deregulierung von *R. Reagan* bis *G. W. Bush* entstand in den USA die historische Staatsform, die *James Galb-raith* in seinem neuen Buch *Predator State* (lat. praedator – Plünderer, Räuber) nennt. Er zeigt, dass die Finanzoligarchie in den USA (Banken und Wall Street) zunächst die gesam-te Wirtschaft und nun auch den Staat beherrscht haben. Schon sein Vater *John Kenneth Galbraith* hatte in seinem Buch „Der große Krach 1929“ am Beispiel der Mutter der Kri-sen gezeigt, dass finanzielle Macht und wirtschaftspolitischer Scharfblick in umgekehrtem Verhältnis zueinander stehen und in seinem Werk von 1987 „*The Anatomy of Power*“ die Formen, Quellen und Methoden der Macht hervorragend analysierte. Mit dem *Predator State* ist der Staat gemeint, der die Ausbeutung der Steuerzahler bzw. der Mehrheit des Volkes durch die internationale Finanzaristokratie organisiert. Genau dieser Staat ist nun in der Krise ebenso wie seine Finanzoligarchie. Der Kapitalismus ist ein System, das die per-

sönliche Freiheit bemittelter Bürger mit unpersönlicher, existentieller Abhängigkeit der Mehrheit verbindet. Wer sozial wirtschaften will, muss die Machtverhältnisse ändern.

Das Geldkapital wird von altersher als eine der erstrangigen Quellen der Macht bezeichnet. Die Geldmacht wird realisiert in kompensatorischer Form über Stimmenkauf, Lobbies und Korruption, in routinierter Form über Einbindung in Abläufe von Institutionen und Gewohnheiten der Kommunikation, in konditionierter Form über ideologische Beeinflussung, Indoktrinierung und Desinformation sowie in repressiver Form über Existenzbedrohung und Geheimhaltung. Sekretieren ist eine der wichtigsten Methoden jedes Macht-systems und besonders der Welt der Hochfinanz. Sie ist ein Erkennungszeichen des monetär kaschierten Totalitarismus und der illegalen Geldwäsche. Daher sind die Schweizer Banken alarmiert durch den Druck des US-Senats und der US-Steuerbehörde auf die Großbank UBS und die Finanzmarktaufsicht der Schweiz, offenbar verdächtige amerikanische Kunden zur Deklaration zu verpflichten. Wenn man weiß, wieviel Methoden und Schliche der halblegalen und illegalen Bilanzfrisur und damit Steuermanipulation es in allen Unternehmen und Banken gibt, braucht man sich über das stringente Festhalten am Verheimlichen nicht wundern. Der Betrug gelingt dort am besten, wo die eindeutige Zahlenwelt Solidität vorgaukelt.

Wehe, wenn sie losgelassen, wachsend ohne Widerstand ...

In den neunziger Jahren kam es mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Übergang zur sogenannten Marktwirtschaft in den osteuropäischen Planwirtschaften zur weltweiten forcierten Anwendung des marktradikalen Wirtschaftskonzepts und einer entsprechenden Schocktherapie in Russland mit verheerenden Folgen. Den größten Erfolg nachhaltiger Ruinierung einer großen Volkswirtschaft in Russland hatte die sofortige Freigabe der Preise, während einige der wichtigsten Preise für Bodenschätze niedrig gehalten wurden. Wer Erdöl nun zum niedrigen Rubelpreis aufkaufen und im Westen für Dollars verkaufen konnte wurde in kurzer Frist milliardenstarker Oligarch. Erfüllungsgehilfen dieser Wirtschaftspolitik der damaligen G-7- Länder waren die Weltbank und der Internationale Währungsfonds IWF, wie der Nobelpreisträger Wirtschaftswissenschaften 2001 *Joseph Stiglitz* feststellte. Er war selbst eine zeitlang Insider als Chefökonom der Weltbank, konnte aber den politisch fixierten Kurs dieser großen Institutionen als solcher nicht bestimmen.

Es wurde ein breites Portefeuille von Maßnahmen entwickelt, dessen Realisierung die Bedingungen für die Megakrise des beginnenden 21. Jahrhunderts schuf. Die erste Gruppe von Maßnahmen betrifft die Kapitalmarktliberalisierung, die nach einer Untersuchung von 100 Wirtschaftskrisen seit 1975 in verschiedenen Ländern durch *Stiglitz* der wichtigste Auslösefaktor war. Sie führte zu Wellen der Spekulation, zur Abschottung des Bankensystems von der politischen Einflussnahme und zur Kapitalflucht, die vor allem die Entwicklungsländer schwer traf. Die Milliarden Dollar des IWF, mit denen Staaten unterstützt wurden, machten dort die Spekulation rentabel. Ein Teil der Spekulanten verlor, andere machten Gewinne, insgesamt aber strichen sie eine Summe ein, die dem entsprach, was der betreffende Staat verlor. Wenn der Staat Banken mit faulen Krediten aus der Affaire hilft, ist das wie eine Gratisversicherung, die den Anreiz zu solidem Geschäftsverhalten verringert.

Zur Kapitalmarktliberalisierung gehört die Aufblähung des Kreditwesens durch immer neue sogenannte Finanzinnovationen und immer neue Finanzakteure oder Finanzinvestoren. Bei *Marx* liest man dazu, dass sich das zinstragende Kapital vervielfacht „durch die verschiedene Weise, worin dasselbe Kapital oder auch nur dieselbe Schuldforderung in verschiedenen Händen unter verschiedenen Formen erscheint. Der größte Teil dieses >Geldkapi-

tals< ist rein fiktiv.“ (Bd. III, S. 514) Seit 1990 sind die globalen Kapitalflüsse bis 2006 um 14,2 Prozent p. a., das Weltfinanzvermögen um 8,9 Prozent p. a. und das nominale BIP um 5,2 Prozent p. a. gestiegen. Das Kredit- und Schuldensystem wurde in forciertem Tempo auf alle Bereiche der Gesellschaft bis zu den privaten Haushalten und den Kindern ausgedehnt. Für die Haltung einer Kreditkarte muss man in den USA jährlich mehr als 1000 \$ Zinsen und Gebühren bezahlen. Viele Bürger besitzen mehrere Kreditkarten verschiedener Anbieter. Sie haben eine hohe Verschuldungsbereitschaft. Der US-Konsumentenkredit hat ein Volumen von 2,6 Billionen \$, die Gesamtverschuldung der US-Haushalte soll bei 14 Billionen \$ liegen. Nach der „Wealth creation theory“ des Neoliberalismus hat die Wirtschaftspolitik die Aufgabe, den Marktwert von Vermögenstiteln ständig zu erhöhen und auch mental eine Eigentümergesellschaft zu schaffen.

Die zweite Gruppe von Maßnahmen bezieht sich auf die restriktive Geldpolitik, die Sparprogramme, die der IWF Entwicklungsländern auferlegte. Sie führte in den lateinamerikanischen Ländern schon in den achtziger Jahren zu hoher Arbeitslosigkeit und zu sozialen Unruhen. Auch die Empfehlung billigen Geldes durch gleichzeitig hohe Zins- und Inflationsraten erwies sich als kontraproduktiv. Eine dritte Gruppe ist die Handelspolitik. Die rasche Außenhandelsliberalisierung führte oft zu unsozialen Folgen. Der Ausbeutung der Entwicklungsländer wurde kein Riegel vorgeschoben. Kurz nach der Unabhängigkeit im Jahre 1996 zahlte das südafrikanische Diamantenkartell dem Staat Botswana 20 Millionen Dollar für Schürfrechte, die ihm pro Jahr 60 Millionen Dollar Gewinn einbrachten.

Als vierte Gruppe erscheint die Privatisierung, die Umwandlung staatlicher oder kommunaler Unternehmen in Privateigentum sowie verschiedene Formen der Enteignung kleiner Real- und Geldvermögen. Wenn man dort privatisiert, wo es keine funktionierende Wettbewerbsordnung gibt, führt das zu Monopolen. Private Unternehmen nehmen keine Rücksicht auf soziale Kosten der Erwerbslosigkeit. In Russland wurden Milliarden Rubel privat angeeignet. Für Unternehmungsprivatisierung wurden Anteilscheine an Belegschaftsangehörige ausgegeben, die im Druck der plötzlichen Inflation kaum Geld hatten und diese Anteile wurden schnell von korrupten Spitzenkräften des alten Regimes erworben, die dann die Unternehmen aufkauften. Das ist das gleiche Muster, nach dem fast vier Jahrhunderte vorher der große Ökonom *William Petty* (1623-1687) superreich wurde, der als Generalarzt der englischen Eroberungsarmee in Irland die Bodenscheine der Soldaten und Offiziere aufkaufte, die diese als Sold erhalten hatten.

In Russland waren die Folgen der Marktöffnung nach den Empfehlungen der amerikanischen Berater katastrophal. Im Zeitraum von 1990 bis 1999 sank die Industrieproduktion um 60 Prozent und das Bruttoinlandsprodukt um 54 Prozent. Es entstanden eine mächtige Klasse von Oligarchen und viele Geschäftsbanken. Der IWF hatte Russland einen Kredit gewährt, der dem Land erlaubte, seine Oligarchen mit Dollars zu versorgen, die sie außer Landes schafften. Die Armut der russischen Bevölkerung wuchs von unter 2 Prozent 1989 auf 23,8 Prozent 1998 bei einer Armutsdefinition von 2 Dollar Einkommen pro Tag. Die Ungleichheit der Einkommen, gemessen mit dem Gini-Koeffizienten, war in Russland 1998 doppelt so hoch wie in Japan und 50 Prozent höher als in Großbritannien. Das Land war fast ein Jahrhundert nach der Oktoberrevolution ausgeplündert worden.

Eine letzte vielleicht wirksamste Gruppe von Maßnahmen bezieht sich auf das, was man als Wirtschaftsideologie oder Gesamtheit der neoliberalen oder neoklassischen Glaubensartikel bezeichnen kann. Privatisieren, liberalisieren, deregulieren, Arbeitsmarkt flexibilisieren ist die Botschaft der Chicago School of Economics, deren Begründer *Friedman*, *Hayek*, *Stigler*, *Solow* und andere alle den Nobelpreis erhielten. Es ist Predigen des braven Gottvertrauens in die unsichtbare Hand des Marktes, die sowieso alles richtet oder in die soziale Wunderwirkung des Wirtschaftswachstums per se. In Wirklichkeit ist das Gleichgewicht in der Marktwirtschaft selbst ein Zufall und die Störungen verschiedener Art und

Größenordnung sind „naturwüchsige“ Normalität. Aber die neoliberalen Konjunkturforscher verwenden ökonomisch-mathematische Modelle für ihre Vorhersagen, nach denen die Märkte bei kleinen zyklischen Schwankungen stets dem Gleichgewicht zustreben. Entsprechend ungeeignet sind dann die Ergebnisse im Vergleich zur Wirklichkeit.

Marktfundamentalismus bedeutet, dass alles geschäftliche Handeln verkürzt wird auf die aktuelle Erzielung einer höchstmöglichen Rendite. Der Milliardär *George Soros* meinte, dass er eine wesentlich größere Bedrohung für die Gesellschaft als jede andere totalitäre Ideologie sei. Eine Trickle-Down-Theorie besagt, dass das wirtschaftliche Wachstum den Armen hilft, weil die Nutzeffekte dieses Wachstums schließlich zu den Armen durchsickern. Der Nobelpreisträger der Wirtschaftswissenschaften 1979 *Arthur Lewis* (Großbritannien) behauptete, Ungleichheit sei gut für Entwicklung und Wirtschaftswachstum, da die Reichen mehr sparen als die Armen und Kapitalakkumulation der Schlüssel zum Wachstum ist. Ein weiterer Nobelpreisträger der Wirtschaftswissenschaften 1971 *Simon Kuznets* (USA) postulierte, dass sich die Ungleichheit zuerst erhöht, aber dann kehre sich der Trend automatisch um.

Bezeichnend ist, dass nun der Nobelpreis selbst ein Opfer der neoliberalen Konterrevolution geworden ist. Im Jahre 2004 entschloss sich die Nobelstiftung dazu, die Ordnungsregeln für die Geldanlagen auf Bereiche mit höheren Zinsen und damit höheren Risiken wie zum Beispiel Hedgefonds auszuweiten. Anfang Dezember 2008 wurde bekannt, dass in Zukunft wahrscheinlich nicht mehr gewährleistet ist, dass die vollen Preissummen ausbezahlt werden können. Der Finanzmarkt wurde seit den neunziger Jahren wie ein Spielkasino betrieben. Der Entscheidungshorizont der Finanzleute lag bei maximal einem Quartal. Es wurden möglichst komplizierte Finanzprodukte ins Geschäft gebracht und Risiken an Leute verkauft, denen die notwendigen Informationen darüber fehlten. So kam es zum Eigentümer der Nobelstiftung.

Die deutsche Variante der Reaganomics entstand unter dem Kanzler der sogenannten Neuen Mitte *Schröder* und der rot-grünen Koalition mit der Agenda 2010, den Hartz 4-Verordnungen, Deregulierungen, Privatisierungen und der sogenannten Flexibilisierung des Arbeitsmarkts. Im Ergebnis sank der Anteil der Arbeitseinkommen am BIP von 72,2 Prozent im Jahre 2000 auf 64,6 Prozent im Jahre 2007 bei sinkenden Reallöhnen. Die Gewinnquote am Volkseinkommen stieg in der gleichen Zeit von 27,8 Prozent auf 35,4 Prozent. Die großen Privatvermögen konnten ein Plus von einer Billion € registrieren, das sich aus den Steuergeschenken und dem verlangsamten Lohnwachstum speiste. 826 000 deutschen Millionären brachte es ein zusätzliches Nettoeinkommen von über 100 000 € pro Kopf. Ab 2003 förderte die Regierung Kreditverkäufe durch Steuervergünstigungen. Rot-Grün unter *Schröder* hat grünes Licht gegeben für die Liberalisierung der Finanzmärkte, Steuerfreiheit für Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen, Zulassung der verderblichen Hedgefonds und Steuerkulanzen für Gewinne der Finanzinvestoren. Nach einer neuen Studie des DIW besitzen nun im Ergebnis dieser Politik 1 Prozent der Bevölkerung 23 Prozent und 10 Prozent der Bevölkerung 61,1 Prozent des Vermögens. Eine Vermögenssteuer lehnt aber das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung DIW ab, weil man damit die „Leistungsträger“ treffe. Eine solche Betrachtungsweise ignoriert die Tatsache, dass die großen und sehr großen Geldvermögen eben gerade nicht leistungsabhängig mit den Zinsen wachsen, was schon *Adam Smith* wusste.

Die Große Koalition beschloss im Jahre 2005, die Verbriefung (securitization) von Krediten zu Wertpapieren auszubauen. In einer Verbriefungstransaktion überträgt der Verkäufer (Originator) bestimmte Vermögenspositionen an einen Käufer. Der Käufer refinanziert diesen Kauf durch Emission von Wertpapieren auf dem Kapitalmarkt. Anders ausgedrückt, die Bank verpackt illiquide Forderungen in ein Wertpapier, das am Markt verkauft wird. Es ist das Gegenteil des klassischen Bankgeschäfts, das heißt eine Storno-Buchung des

Bankgeschäfts. Die Bank ist nur der Zwischenhändler zwischen dem Kreditnehmer (Liquiditätskäufer) und dem institutionellen Investor (Liquiditätsproduzent). Die Politiker spielten mit diesen neuen Instrumenten, deren Wesen sie nicht durchschauten oder nicht durchschauen wollten.

Die Lobby der Konzerne im Bundestag setzte die Senkung der Steuern auf Gewinne und die Flexibilisierung des Arbeitsmarkts durch. Die höheren Gewinne wurden weniger in neue Jobs, bessere Energieeffizienz oder Rücklagen investiert, sie flossen in Beteiligungen und höhere Dividenden für die Aktionäre. Damit wurden die lukrativen Finanzmärkte kräftig bedient ohne ausreichenden Hinblick auf die möglichen Risiken. Bereits 1992 lag der Anteil der bloßen Vermögenseinkommen an den Unternehmenseinkommen in Deutschland bei 50 Prozent gegenüber 7 Prozent im Jahre 1960, das zeigt den geringeren Stellenwert der Realwirtschaft im finanzdominierten Kapitalismus. Staatseigentum wurde denunziert und abgewertet, man wundert sich über das kurze Gedächtnis der bundesdeutschen Politiker. In der unter *Ludwig Erhard* gestalteten Marktwirtschaft gab es staatliches Eigentum von Großunternehmen wie Volkswagen, Preussag, Veba oder Lufthansa, das dem Staat viele Vorteile bot.

Die ersten Darlehensverkäufe gab es in den 1970er Jahren in den USA, um marode Kreditinstitute und Bausparkassen vor dem Ruin zu retten. Dieses System wurde in den folgenden Jahren weiterentwickelt. In den USA betrug der Bestand an verbrieften Forderungen (ABS Asset backed securities) im Jahre 1980 100 Mrd. \$ und im Jahre 2007 11 200 Mrd. \$, das entspricht einem jährlichen Wachstum von 9,4 Prozent. 27,2 Prozent des Bestandes von 2007 sind Hypotheken ohne Sicherheitsgarantien. Im Dezember 1997 war in der US-Investmentbank *J. P. Morgan* die Verbriefung von Zahlungsausfällen erfunden worden, die sogenannten Bistro-Papiere oder Credit Default Swaps CDS. Ursprünglich waren es Versicherungen, dabei versichert sich ein Sicherungsnehmer bei einem Versicherungsgeber gegen den Zahlungsausfall eines Referenzschuldners. Sie wurden aber wegen der Möglichkeit des Weiterverkaufs zu gefährlichen Kreditausfall-Tauschgeschäften, die in den Bilanzen der Kreditgeber nicht mehr auftauchten. Die Ansprüche aus diesen Schwindelpapieren betragen heute etwa 62 Billionen \$ weltweit. Es entstand ein Perpetuum mobile der Geldvermehrung, das als Dominostein-Kette eines Tages zusammenpurzeln kann. 1999 wurde das Glas-Steagall-Gesetz des New Deal durch den Druck der Finanzlobby auf den Kongress aufgehoben. Damit konnten Geschäftsbanken und Sparkassen voll in den Derivatehandel einsteigen und Zweckgesellschaften oder Schattenbanken außerhalb ihrer Bilanzen und unbehelligt von der Finanzaufsicht gründen, in denen faule Papiere zwischengeparkt werden konnten. Die Phantasie der Finanzakrobaten ist kaum zu überbieten. Vielleicht wurde sie durch die vergleichbare Outsourcing-Manie der Realwirtschaft angeregt oder vice versa.

Finanzkapital im globalen freien Flug

In der Periode der informationstechnischen Umwälzung kam es zu einer gravierenden, sich beschleunigenden weltweiten Veränderung im Verhältnis von Realkapital und Finanzkapital. Das Produktionskapital, Sachkapital oder Realkapital ist im Geldausdruck die Summe der Aktiva aller produzierender Unternehmen, also der Wert aller materiellen und immateriellen Güter, die der Gewinnerwirtschaftung dienen, und der auf der linken Seite ihrer Bilanzen steht. Das Finanzkapital ist dagegen die Summe der kapitalisierten Gewinnerwartungen der Geldkapitaleigentümer einschließlich der kapitalisierten Erwartungen von Gewinnerwartungen, wenn man die modernen Formen des Finanzkapitals (Optionen, Futures und andere Derivate) berücksichtigt. Einerseits hängt das Finanzkapital in seiner Gesamtheit ab von der Existenz einer realen Profiterwirtschaftungssphäre, ist besonders über das

Aktienkapital eng mit dieser verflochten und in diesem Sinne nicht imaginär, andererseits hat es sich in der Computer- und Internetwelt wie ein Phönix aus der Asche von den Grenzen des Raumes, Ortes, der Zeit und der Umstände befreit.

Die moderne Kommunikationstechnologie ermöglichte eine enorme Beschleunigung der finanziellen Transaktionen und Entscheidungen. Die Maschine des Finanzkapitals reagiert heute in Sekundenschnelle, der reale Produktionsprozess in Tagen oder Monaten, die Ausbildung von Arbeitskräften in Monaten oder Jahren und die Erschließung neuer Ressourcen in Jahren und Jahrzehnten. Alle diese Prozesse hängen ab von der Geldvermehrung. Auch die Wachstumseuphorie als Patentrezept der marktradikalen Wirtschaftspolitik wird angeführt durch das Finanzkapital. Im angelsächsischen Raum spricht man seit geraumer Zeit von Financialisation of Capitalism.

Mit der Einführung von Derivaten und sogenannten Finanzinnovationen emanzipierte sich der Kredit mit Beginn der neunziger Jahre praktisch von den altgedienten bewährten Regeln des Geschäfts und der Geschäftsmoral. Die Schichten dieses neuen Finanzmarkts reichen von den relativ zahmen Optionen bis zum sehr problematischen Finanzhedging, den Geschäften zur Absicherung von Zins- und Wechselkursrisiken im Devisen-, Edelmetall- und Wertpapierhandel. Wertpapiere oder Effekten sind Geldanweisungen oder Wechsel (Schuldscheine) und Papiere, die den Ertrag repräsentieren wie festverzinsliche (Staatschuldscheine, Obligationen), Aktien und Derivate. Eine risikoreiche Form sind die über Hypothekenwerte abgesicherten Wertpapiere (Mortgage backed securities MBS), die den Käufer zum Gläubiger eines Kreditnehmers, zum Beispiel eines amerikanischen Hausbauers machen. Bereits 1997 führten die Umsätze von Derivaten weltweit zu Verlusten der Wertpapierhändler von 2,65 Billionen Dollar. Der Umfang der außerbörslichen Derivate (OTC Over the Counter) weltweit wird von der Bank für internationalen Zahlungsausgleich BIZ im Dezember 2008 auf astronomische 596 Billionen \$ geschätzt, dem Zwölffachen der gesamten Weltwirtschaftsleistung. Die Derivate, die in der Ära von FED-Chef *Alan Greenspan* 1987 bis 2006 vor allem seit Ende der 90er Jahre geschaffen wurden, nannte der Milliardär *Warren Buffett*, ein Kritiker des Finanzkasinos, finanzielle Massenvernichtungswaffen. Schon die Bezeichnung (von lat. derivatio – Ableitung) ist irreführend, weil sie keinesfalls aus realer Wertschöpfung abgeleitet sind, sondern aus dem Hokusfokus der Finanzjongleure. Heute gibt es eine kaum noch überschaubare Anzahl von strukturierten Finanzprodukten SFP. Das sind Kombinationen von zwei oder mehreren Finanzinstrumenten, von denen mindestens eines ein Derivat sein muss. Die SFP werden börslich und außerbörslich gehandelt. Jedes hat sein besonderes Risikoprofil, das sich aus der Mischung seiner Bestandteile ergibt. SFP mit sogenanntem Kapitalschutz bestehen aus einer festverzinslichen Anlage und einer Option. Kapitalgeschützte Anlagen sind nur so sicher wie die Bank, die sie herausgibt, das wurde vielen Kleinanlegern erst nach der Bankenpleite klar.

In Indien wuchsen die Investitionen in die riskanten Private-Equity-Fonds seit 2002 bis 2008 von 2 auf 17 Mrd. \$. Die Private Equity Firmen kaufen mittelgroße Unternehmen, die in finanziellen Schwierigkeiten stecken auf und verkaufen sie wieder mit hohem Gewinn nach einem radikalen Umbau mit Entlassungen und Lohnkürzungen. In den USA wurde in der Zeit des Präsidenten *Clinton* mit seinem Finanzminister *Robert Rubin* das neoklassische Modell weiter fortgeführt, es hieß später Rubinomics und bedeutete ausgeglichenen Haushalt, Freihandel und vor allem Deregulierung der Finanzmärkte. In der Zeit der *Clinton*-Administration behauptete der IWF, die Inflation würde in den USA steigen, wenn die Arbeitslosigkeit unter 6 Prozent fällt. Tatsächlich fiel die Arbeitslosigkeit auf 4 Prozent und die Inflation blieb aus. Der IWF gab auch den falschen Rat der Erhöhung des Diskontsatzes.

Das Volumen des Finanzkapitals übersteigt heute das weltweite Realkapital um das – zigfache, es sucht auf dem ganzen Erdball nach günstigen Expansionsmöglichkeiten mit überdurchschnittlichen Renditen. Bereits im Jahr 1994 betrug der Welthandel 7200 Mrd. Dollar, das Volumen der internationalen Bankgeschäfte lag bei 7500 Mrd. Dollar, der im Bereich der OECD gehandelten Wertpapiere bei 21500 Mrd. Dollar, der börsenamtlich notierten Derivate bei 8000 Mrd. Dollar, bei Over-the Counter-Geschäften schätzungsweise 7000 Mrd. Dollar. Im Jahre 2007 schätzte man den Tagesumsatz der Devisenspekulation auf 2,5 Billionen Dollar, von dem nur unter fünf Prozent durch Handelsgeschäfte und Produktionswirtschaft verursacht sind. Nach einer anderen Schätzung kamen im Jahre 2008 auf 250 bis 300 Dollar Devisen- und Finanztransaktionen ein Dollar realer Warenverkehr. Die schreiende soziale Ungerechtigkeit in einer Welt der wachsenden Armut zeigt sich im jährlichen Wachstum des Finanzvermögens der Dollarmillionäre von 19,2 auf 40,7 Billionen Dollar in den Jahren 1997 bis 2007, also um 7,8 Prozent p. a. nach dem „World Wealth Report“.

In den siebziger Jahren hatten die deutschen Unternehmen noch sechzig Prozent ihres Nettoeinkommens in ihre Betriebe gesteckt, um sie zu modernisieren und zu erweitern. Dieser Anteil ist später auf etwa 25 Prozent gesunken, 75 Prozent werden als Börsenkapital verwertet. Die Unternehmen, die an der Börse notiert sind, müssen ihr Verhalten nach den Ansprüchen der Aktionäre ausrichten, für höhere Gewinne und Wertsteigerung der Aktie sorgen. Der Höhenflug des Finanzkapitals wurde ausgelöst in den achtziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts, als in den Industrieländern der Zinssatz über die Wachstumsrate der Produktion stieg. Damit wurde es für die Unternehmen lukrativ, die erwirtschafteten Erträge profitabler im Finanzsektor zu investieren als in der Realwirtschaft.

Es beginnt die Herrschaft des finanzdominierten Staatskapitalismus als eine neue Phase nach der des staatsmonopolistischen Kapitalismus im 20. Jahrhundert. Die von den Neoliberalen kultivierte Staatsaversion hat sich selbst ad absurdum geführt, betrachtet man heute die Größenordnung der weltweiten staatlichen Rettungspakete und Beteiligungsmaßnahmen für das hochverschuldete Bankenkapital. Der britische Staat hat Vorzugsanteile im Wert von 25 Mrd. £ (Pfund Sterling) an acht großen Banken gekauft. Es hat sich herausgestellt, dass der Finanzmarkt im freien Spiel der Kräfte weder innovativ im positiven Sinne des Wortes noch effizient ist, wohl aber höchst instabil. Die Privatisierung der Finanzblasengewinne ist mit der Sozialisierung der Verluste verbunden. Beim Staat wuchs seit den neunziger Jahren das Defizit infolge wachsender Sozialausgaben im Ergebnis steigender Arbeitslosigkeit bei gleichzeitig wachsendem Schuldendienst für die Kreditaufnahme. Ein weiterer Faktor waren besonders in den USA die Rüstungs- und Kriegsführungsausgaben. Der finanzdominierte Staatskapitalismus bedeutet, dass der Staatshaushalt immer mehr zu einem öffentlichen Sektor der kapitalistischen Wirtschaft selbst wird. Die jetzige Megakrise mit ihren gigantischen Ankurbelungsprogrammen zeigt das deutlich genug. Staat, Hochfinanz und Wirtschaft verschmelzen personell und funktionell. Die früher von den Neoliberalen geschmähte Wirtschaftsbürokratie des Staates hat längst ihr Pendant in den Konzernen, Unternehmensverbänden und Gewerkschaften gefunden. Es ist mit ihren dienstbaren, weithin auf gleiche Linie geschalteten Medien eine machtausübende gesellschaftliche Schicht ohne wirkliche demokratische Kontrolle entstanden.

Das bereits notierte Shareholder-Value-Prinzip ist eine totale Absage an die frühere Form der europäischen Unternehmensleitung, die die langfristige innere technisch-wirtschaftliche und soziale Logik ihres Produktionsprozesses respektierte, förderte und nicht nur auf kurzfristige Ertragseffekte setzte. Dominanz der Kurzfristrendite und des Interesses an der Erhöhung der Marktpreise von Vermögenswerten ist ein gefährlicher Irrweg. Der Entscheidungshorizont liegt nur noch bei einem Quartal, die mittel- und langfristige Planung wird abgewertet. Bei der Entscheidungsfindung dominiert der Quartalsbericht und

die Meinung 27-jähriger Finanzanalysten. Zusammen mit der zunehmenden Privatisierung öffentlicher sozialer und kultureller Bereiche, dem florierenden Handel mit Unternehmensübernahmen oder Schließungen ohne Rücksicht auf die Belegschaften, dem Ersatz des soliden Hausbankensystems durch das verzweigte, unübersichtliche und flüchtige Transactional Banking und dem zunehmenden Verlust ethischer Grundsätze ehrlicher Geschäftsführung entstand eine Ideologie der ultimativen monetären Logik oder Ultra-Plusmacherei, die immer mehr das gesellschaftliche und individuelle Denken und Handeln beherrscht. Porsche fuhr mehr Finanzgewinn als Umsatz ein. Gleichzeitig wird die Verfügung über das Realkapital immer mehr vom Finanzkapital wahrgenommen. In den USA war der Anteil der Profite der Finanzunternehmen an den gesamten Unternehmensgewinnen nach Steuern 1982 weniger als 5 Prozent und 2007 bereits 41 Prozent. Die Megakrise zeigt nun in aller Deutlichkeit, dass das Finanzkapital auch in Größenordnungen zerstörerisch auf die reale Sphäre wirken kann.

Der Verwertung von Eigentumstiteln wird die produktive und innovative Aktivität der Volkswirtschaft geopfert. Ein Muster dafür ist WorldCom, das als kleines Unternehmen der Informations- und Kommunikationstechnologie 1983 von *Bernie Ebbers* gegründet wurde. Es erlebte einen fulminanten Aufstieg mit einer Expansion durch 75 aufeinanderfolgende Übernahmen weiterer Unternehmen, einer Marktkapitalisierung von 192 Milliarden Dollar 1999 (3 Mrd. Aktien zu je 64 Dollar) und einem weltweiten Marktanteil von 50 Prozent. Im Juni 2002 notierte die Aktie nur noch mit 9 Cent, die Milliarden hatten sich in Luft aufgelöst. Die Ursache für den Zusammenbruch war das Ignorieren des entstandenen Überangebots der Branche in der Euphorie und Illusionsbildung, die der Kapitalmarkt mit seinen Kapriolen hervorruft. Ferner wurde der Bilanzbetrug von neun Milliarden Dollar seit 1999 schließlich ruchbar.

Nicht nur WorldCom, der überwiegende Teil der Unternehmen der Informations- und Kommunikationstechnologie der USA geriet in die Überschuldungskrise und die Summe der Verluste erreichte die astronomische Größenordnung von 2 Billionen Dollar (10^{12} \$). Es war die Zeit der New-Economy-Blase und der Hightech-Spekulation auf dem Rücken der informationstechnologischen Revolution in der Zeit von *William Clinton* (1993-2001) mit steilem Anstieg der Aktienkurse der relevanten Unternehmen. *Marx* nannte solche Prozesse im Zusammenhang mit technischen und anderen Umwälzungen oder Innovationen Wertrevolutionen, die in irgendeiner Form überwältigt und ausgeglichen werden. „Erleidet der gesellschaftliche Kapitalwert eine Wertrevolution, so kann es vorkommen, dass sein individuelles Kapital ihr erliegt und untergeht, weil es die Bedingungen dieser Wertbewegung nicht erfüllen kann. Je akuter und häufiger die Wertrevolutionen werden, desto mehr macht sich die automatische, mit der Gewalt eines elementaren Naturprozesses wirkende Bewegung des verselbständigten Werts geltend gegenüber der Voraussicht und Berechnung des einzelnen Kapitalisten, desto mehr wird der Verlauf der normalen Produktion untertan der anormalen Spekulation, desto größer wird die Gefahr für die Existenz der Einzelkapitale.“ (Bd. II, S. 101) Unternehmen werden dann von Liquidatoren ausgeschlachtet durch den Salto vom Aktienkurs oder Marktwert gleich Null bis zum guten Gewinn aus dem Verkauf vorhandener Produktionsmittel aus der Konkursmasse zum Reproduktionswert. Ein solcher Salto für eine ganze Industrie war die plötzliche Einführung der DM für die ostdeutsche Industrie. Beim Verkauf von VEB durch die Treuhand 1990/91 zum Symbolwert 1 DM wurde davon ausgegangen, dass der Marktwert Null ist, weil schlagartig die Lohnstückkosten viel zu hoch waren, die Nachfrage wegen des übermächtigen Angebots der westdeutschen Konkurrenz zusammengebrochen war und die zu erwartenden Gewinne daher gleich Null waren. Von 1991 bis 1994 wurde so aus dem Betriebsvermögen der DDR von 600 Mrd. DM ein Schuldenstand von 270 Mrd. DM gemacht, der auf den Bundeshaushalt übertragen wurde.

In der sogenannten Cyberspace-Wirtschaft ist das Verhältnis von Aktienkapital (Marktwert) zu Sachkapital (Buchwert) immer höher gestiegen. So hatte schon 1996 die IBM eine Relation von 4,26 zu 1 (70,7:16,6 Mrd.\$), während Microsoft auf 91,9 zu 1 (85,8:0,93 Mrd. \$) kam. Vor einigen Jahrzehnten hat *James Tobin*, Nobelpreisträger der Wirtschaftswissenschaften 1981 versucht, aus dieser Q-Ratio einen Bewertungsmaßstab für Aktien zu entwickeln, da er zu hohe Werte für risikoreich hielt. Ab 1995 kam es zur sogenannten Dot.-Com – Internetfirmen - Gründungswelle. Finanzinvestoren witterten das große Geschäft und schossen diesen Unternehmen Wagniskapital in niedagewesenem Umfang vor. Beim Börsengang der Deutschen Telekom am NEMAX (Neuer Markt Index) gab es eine solche Spekulationseuphorie, dass das Platzierungsvolumen von 100 Mio. T-Aktien auf 600 Mio. aufgestockt wurde. Das Volumen der Emission lag bei 2,5 Mrd. € am 17. April 2000. Die hiesige Variante der US-Börse Nasdaq war 1997 gegründet worden mit einem Stand von 506 Punkten, sie erreichte Ende 2000 8559 Punkte und fiel auf 353 Punkte mit der Schließung im September 2002. Diese Dot.Com-Blase am NEMAX betraf 264 Unternehmen mit einer Marktkapitalisierung von 30 Mrd. € Der Suchmaschinenbetreiber Yahoo, im April 1995 gegründet, hatte im Jahre 2000 mit 2300 Beschäftigten einen Börsenwert von 79 Mrd. € während der Autokonzern DaimlerChrysler mit 467 900 Beschäftigten nur 57 Mrd. € hatte. Das gibt ein Marktwertverhältnis pro Beschäftigten der Informatikindustrie zur Autoindustrie von 281 : 1.

Eine Form der Abkopplung der Finanzwirtschaft von der Realwirtschaft sind die Praktiken der Spekulation. Seit Ende der achtziger Jahre entwickelte sich schnell das Investmentgeschäft im globalen Rahmen. Viele Banken schufen eigene Investmentbereiche. Kontrollmechanismen waren abgebaut worden. 1999 wurde in den USA nach dem illegalen Zusammenschluss von Travelers und Citicorp zu Citigroup der Glas-Steagall-Act von 1933 abgeschafft, der eine klare Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken vorgegeschrieben hatte. Das war ein Freifahrtschein für die massive Zunahme von Spekulation. Im Jahre 2001 hat die US-Notenbank unter Leitung von *Alan Greenspan* den Zinssatz auf 1 Prozent gesenkt, um der Wirtschaft nach dem 11. September, dem Platzen der Internetblase und des sogenannten Neuen Marktes wieder aufzuhelfen. So kam es zu einer Geldschwemme. Das animierte viele Millionen Familien mit geringem Einkommen, Hausbau oder Hauskauf mit billigem Hypothekenkredit zu finanzieren. In den Folgejahren wurde der Zinssatz schrittweise bis auf 4,5 Prozent erhöht, die Politik des billigen Geldes war vorbei und eine Vielzahl der Kreditnehmer war nicht mehr in der Lage, für den Schuldendienst aufzukommen. Fast 500 Milliarden Dollar an Hypotheken wurden faul, wie es im Fachjargon heißt. Die Banken hatten teilweise ihre Forderungen in hochkomplexe Wertpapiere umgewandelt und weltweit an Hedgefonds oder große ausländische Banken verkauft. So hält zum Beispiel die Deutsche Bank 82 Prozent ihrer Vermögenswerte im Ausland.

Hedgefonds und Private Equity Fonds haben weltweit sehr viel Geld, sie konnten vor allem in den USA durch Spenden an Parteien sehr viel politische Macht an sich ziehen. Sie unterliegen nicht normalen Eigenkapitalvorschriften. Hedgefonds wurden am 7. 11. 2003 vom Bundestag zum öffentlichen Betrieb mit dem neuen Investmentgesetz (InvG9) ab 1. Januar 2004 zugelassen. Im Amtsdeutsch nennt es sich „Sondervermögen mit zusätzlichen Risiken“. Dadurch verringerten sich die Steuereinnahmen um 2,9 Mrd. € ein schönes Schnäppchen für die Spekulanten. Der ehemalige Chef der US-Technologie-Börse Nasdaq *Bernard Madoff* baute mit zwei Dutzend Hedgefonds seiner Finanzfirma Investment Securities LLC (BMIS) ein 50 Milliarden Dollar schweres und nun zusammengebrochenes Schneeballsystem auf, dessen angeblich soliden Gewinne in Wirklichkeit aus beständig eingeworbenen Neuanlagen stammten. Die schon 1934 im Rahmen des New Deal gegründete US-Börsenaufsicht SEC mit dem Vorsitzenden *Christopher Cox* hat das glatt übersehen, obwohl sie seit 1999 Hinweise über die Machenschaften von *Madoff* erhalten hatte.

Vom Betrug Madoffs sind die auf Vermögensverwaltung spezialisierte Schweizer Privatbank Union Bancaire Privée UBP, die spanische Bank Santander, die britischen Großbanken HSBC und Royal Bank of Scotland, drei französische Großbanken und auch auch 20 deutsche Anleger betroffen. Die SEC hat die Aufgabe, die Investmentbanken der Wall Street zu überwachen. Da es eine ständige Rotation von Mitarbeitern zwischen der Wall Street und der SEC gab, kam es schließlich in der Praxis zu dem falschen Arbeitsmotto: Kontrolle ist gut, Vertrauen ist besser. Mit den Derivaten und Hedgefonds wurde der real existierende Kapitalismus zum Spielcasino. Die Finanzmärkte waren in einem spekulativen Fieber gefangen.

Allein das Haus J. P. Morgan hatte 2005 schon 398 Mrd. \$ Hedgefonds kontrolliert. Es hat im Frühjahr 2008 alle Bear-Stern Aktien für 2 \$ je Stück gekauft und im September die Sparkasse Washington Mutual für 1,6 Mrd. \$ anstelle des ehemaligen Börsenwerts von 176 Mrd. \$. Hedgefonds waren zu einem imperialen Machtmittel geworden. Das Volumen der Branche schmolz 2008 von 1550 Mrd. \$ auf 1250 Mrd. \$. Von den 9000 Anbietern werden etwa ein Drittel aufgeben. Die Schweizer Großbank UBS hat zum Beispiel 124 Mrd. \$ in Hedgefonds angelegt und will ihre Gelder zurückziehen. Im Oktober 2008 hat sie faule Papiere im Volumen von 60 Mrd. \$ in eine von der Notenbank kontrollierte Zweckgesellschaft (!) ausgegliedert und dafür vom Staat eine Kapitalspritze von 68 Mrd. Franken erhalten. Die UBS hat insgesamt 90 Mrd. \$ im US-Hypothekenmarkt verspielt, mehr als jede amerikanische Bank und doppelt so viel wie ihr Eigenkapital. Auch hier muss der Steuerzahler für die Fehlspekulationen der Finanzmanager büßen. Dagegen hat der Chef der UBS bis 2007 ein Jahresgehalt von 25 Mio. Franken und sein Abgang wurde mit Boni vergoldet. Die Boni der Vorstände liegen beim Drei- bis Vierfachen des Jahresgehalts. Im Krisenjahr 2008 hat die UBS Boni im Volumen von 2,3 Mrd. € ausgeschüttet und die ebenfalls krisengeschüttelte Bank of Scotland 1 Mrd. £.

Schon 2005 erfassten die Hedgefonds in New York und London fast die Hälfte aller Wertpapiergeschäfte. Mitte 2007 agierten 36 Prozent der Hedgefonds über die Wall Street, 21 Prozent über die Londoner Börse und weniger als 3 Prozent über EU – Finanzplätze. *Ingolf Bossenz* hat im Dezember 2008 darauf hingewiesen, dass es bei der Megakrise in hohem Maße um imperiale Machtspiele geht, die von von der Finanzaristokratie der USA und Großbritanniens ausgehen. Hintergrund und Quellen dieser politisch motivierten Transaktionen und Desinformationen bleiben der Öffentlichkeit verborgen. Das Hedgefonds-Desaster hat sich wie eine Lawine ab September 2008 weltweit ausgebreitet. Die kleine öffentlich-rechtliche Sachsen-Landesbank hat zum Beispiel bei einer Bilanzsumme von 68 Milliarden Euro außerbilanziell 25 Milliarden Euro in schlechte Papiere investiert. Schon im August 2004 hatten Wirtschaftsprüfer im Auftrag der 2002 gegründeten Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen BaFin festgestellt, dass der Verwaltungsrat der Bank den Überblick verloren habe, ohne dass dies zu Konsequenzen führte. Die Bank arbeitete mit US-Schrottpapieren, indem der Vorstand in der Steueroase Dublin zwei Conduits (engl. Abdeckrohr!) gründete. Das sind Zweckgesellschaften, die nicht in der Bilanz der LB geführt werden und daher auch nicht von der Bankenaufsicht erfassbar sind. Für die Verluste dieser Bank und auch der Mittelstandsbank IKB, die 2007 ruckbar wurden, musste die öffentliche Hand und damit der Steuerzahler aufkommen. Das Verhalten der Finanzdirektoren hat *Karl Marx* 1856 am Beispiel der Royal British Bank präzise und heute noch gültig ausführlich beschrieben. Es sei nur ein Satz zitiert: „Es gab zwei Gruppen von Direktoren: die einen begnügten sich damit, ihr Gehalt von 10 000 Dollar jährlich dafür einzustreichen, dass sie nichts von den Angelegenheiten der Bank wussten und ihr Gewissen rein hielten, die anderen waren versessen auf die tatsächliche Leitung der Bank, doch nur, um ihre ersten Kunden oder besser gesagt, Räuber zu sein.“ (MEW 12, S. 50). Das heutige Gehalt hat sieben Zehnerpotenzen.

Schon in den neunziger Jahren war ein Schattenbankensystem mit den Investmentbanken im Zentrum entstanden. Spekulative Papiere wurden in riesigem Ausmaß und zu schnellwachsenden Preisen per Mausklick am Computer von Bank zu Bank und von Land zu Land ohne Kontrolle und ohne Risikoabsicherung der Beteiligten hin- und hergeschoben. Die Käufer verließen sich auf das Versprechen hoher Renditen, die gute Bonitätsbewertung privater Ratingsagenturen und die scheinbare Sicherheit von Derivaten, die bei Kreditausfall angeblich einspringen würden, in Wirklichkeit aber selbst wacklig waren. In der Bundesrepublik hat die Wirtschaftspolitik das falsche Finanzspiel noch 2005 angekurbelt. Die Bayern LB beschloss die Ausweitung ihres Derivategeschäfts. Im Programm der Großen Koalition wurde eine weitere Erleichterung von innovativen Wertpapiergeschäften versprochen.

Seit 2007 investierten die großen Pensions-, Hedge- und Investmentfonds auf der Suche nach langfristigen, für sie sicheren und hohen Renditen spekulativ in Rohstoffindizes. Damit stiegen die Roh- und Brennstoffpreise in abrupter Weise. Während der Erdölpreis im August 2007 70 \$ je Barrel betrug, war er Anfang Juni 2008 bereits auf 136 \$ gestiegen. Einen steilen Preisanstieg in diesen beiden Jahren erlebten Reis, Weizen, Mais, Soja, Kaffee, Kakao und andere Rohstoffe. Mais war an der Chicagoer Börse zeitweise um 33, Weizen um 64 und Reis um 63 Prozent teurer geworden. Die globale Nahrungsmittelkrise ließ die Zahl der Hungernden in der Welt um 75 Millionen zunehmen. Ende 2008 fallen die Börsenpreise wieder wegen des niedrigen Ölpreises und des Abzugs spekulativen Kapitals aus den Rohstoffmärkten. Aber immer noch ist das Preisniveau viel zu hoch, zum Beispiel bei Getreide in Senegal um 85 und in Burkina Faso um 65 Prozent.

Man ist an *Bertolt Brecht* erinnert, der 1928 schrieb: „Für ein bestimmtes Theaterstück brauchte ich als Hintergrund die Weizenbörse Chicagos. Ich dachte, durch einige Umfragen bei Spezialisten und Praktikern mir rasch die nötigen Kenntnisse verschaffen zu können. Die Sache kam anders. Niemand, weder einige bekannte Wirtschaftsschriftsteller noch Geschäftsleute – einem Makler, der an der Chicagoer Börse sein Leben lang gearbeitet hatte, reiste ich von Berlin bis nach Wien nach -, niemand konnte mir die Vorgänge an der Weizenbörse hinreichend erklären. Ich gewann den Eindruck, dass diese Vorgänge schlicht unerklärlich, das heißt von der Vernunft nicht erfassbar, und das heißt wieder einfach unvernünftig waren. Die Art, wie das Getreide der Welt verteilt wurde, war schlechthin unbegreiflich. Von jedem Standpunkt aus außer demjenigen einer Handvoll Spekulanten war dieser Getreidemarkt ein einziger Sumpf.“ (Brecht S. 40) Es ist ein System, das aus unzähligen widerspruchsvollen Teilrationalitäten besteht, die letztlich zu einer für Millionen Menschen verhängnisvollen Gesamtlogik führen. „Ohne Warnung öffnet sich der Vulkan und verwüstet die Gegend“, schreibt *Brecht* an anderer Stelle zu dem gleichen Thema.

Heute ist das Finanzkapital im globalen freien Flug, ungehindert von Regulierungen, es dominiert immer mehr den Kreislauf des Realkapitals über Preis- und Profitzuwächse und zerstört die sozialen Gleichgewichte. In mehreren Ländern kam es bereits zu sozialen Unruhen mit Gewaltexzessen. Bisher gibt es auch in den renommierten Wissenschaftseinrichtungen der führenden Industrieländer keine soliden Untersuchungen der Verflechtung der Kreisläufe des Finanzkapitals, der Staatsfonds, des Realkapitals, des Naturressourcenverbrauchs und des sozialen Gleichgewichts ausgehend von den neuen gefährlichen strategischen Tendenzen. Es ist sehr schade, dass sich der junge befähigte wissenschaftliche Nachwuchs nicht mit dieser Aufgabe befasst

Universelle Wechselwirkung der Krisenfaktoren statt Monokausalität

Die Komplexität der Wirtschaftskreisläufe, ihrer Verflechtung und sozialen Einbettung kann zu verschiedenen Zeiten zu den verschiedensten Störungen in den Knotenpunkten

führen. Daher gibt es bisher keine schlüssige Theorie und schon gar kein ökonomisch-mathematisches Modell der Ursachen und des Ablaufs der Krisen. *Hilferding* erklärte Wirtschaftskrisen lediglich aus Zirkulationsstörungen oder Fehlern in der Preisgestaltung. Der praktische Keynesianismus sieht im Nachfragedefizit die grundlegende Ursache der Krise, die man durch Nachfrageschöpfung überwinden könne. *Marx* kam dagegen zu dem Schluss: „Der letzte Grund aller wirklichen Krisen bleibt immer die Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen gegenüber dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenze bilde.“ (Bd.III, S. 528) Die Betonung liegt auf dem letzten Grund, da Marxens Kapitalanalyse viele weitere, vom guten oder bösen Willen und vom moralischen Versagen der Finanzleute unabhängige Bedingungen des Krisenzyklus einschließt. Er war vor allem nach dem Zeugnis von *Joseph A. Schumpeter* (1883-1950) der erste Ökonom, den das Verständnis der wirtschaftlichen Evolution als eines besonderen, durch das Wirtschaftssystem selbst bedingten historischen Prozesses auszeichnete. (S. 14)

Der Grundwiderspruch des Kapitalismus zwischen der gesellschaftlichen Produktion und der privaten Aneignung wird vermittelt durch konkrete ökonomische und soziale Widersprüche. Zu den oft gegenläufigen Faktoren des Krisenzyklus rechnete *Marx* Neuinvestitionen, Fortführungsinvestitionen, den Vorrat an nutzbaren technologischen Innovationen (den Terminus verwendete er in der von ihm ergänzten französischen Ausgabe des „Kapital“ Band I), Schwankungen der Ersatzinvestitionen wegen der unterschiedlichen Lebensdauer des fixen Kapitals, Rohstoffengpässe und Rohstoffüberschüsse, Disproportion von Verarbeitungsindustrie und extraktiver Industrie, Wirkung des Arbeitskräftemangels und des Arbeitskräfteüberschusses auf die Profitrate, Preisbewegung und Kaufkraft, steigende und fallende Kreditnachfrage, Kapazität des Bankensystems und Zinsbewegung, Verhältnis der Durchschnittsrate des Profits der Realwirtschaft und der Zinsrate der Geldanlagen, spekulative Überproduktion und spekulativer Waren- und Geldhandel, Unterbrechung normalen Zahlungsverkehrs, relative Prosperität der Arbeiterklasse als Sturmvogel der Krise, zurückgehende Profitraten bei Erweiterung der Produktion und des Kapitals, das Wechselspiel von Verwertung und Entwertung des Kapitals, das Verhältnis von Rate der Kapitalakkumulation und Lohnrate, massenpsychologische Fehlreaktionen, Relation zwischen der unbezahlten, in Kapital verwandelten Arbeit bzw. des Mehrwerts und der zur Bewegung des Zusatzkapitals erforderlichen zuschüssigen Arbeit, Welthandelsschwankungen und institutionelle Veränderungen wie die englische Fabrikgesetzgebung. Manche Faktoren zeitigen entgegengesetzte Ergebnisse je nach Bedingungen. So wirkt der Preisverfall der Wertpapiere in der Krise als kräftiges Mittel der Zentralisation des Geldvermögens. Die durch Investitionen bewirkte Erhöhung der Produktion führt nicht in gleichem Maße zu mehr Beschäftigung, da zugleich die Arbeitsproduktivität wächst. Alle genannten Krisenfaktoren unterliegen dem Grundgesetz des kapitalistischen Systems, der Erzielung des Maximalprofits in der Konkurrenz der Unternehmen.

Marx stellte fest, dass das von den Banken verliehene Geld, das zinstragende Kapital, die „Mutter aller verrückten Formen ist, so dass zum Beispiel Schulden in der Vorstellung des Bankiers als Waren erscheinen können.“ (Bd. III, S. 509). Er meinte, dass mit der Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit und der Produktion auf immer höherer Stufenleiter: „...1. die Märkte sich ausdehnen und vom Produktionsort entfernen, 2. daher die Kredite sich verlängern müssen, und also 3. das spekulative Element mehr und mehr die Transaktionen beherrschen muss.“ (A.a.O. S. 525). Auch bloßer Schwindel sei bei Wertpapieren nicht ausgeschlossen. Es ist eine bemerkenswerte Vorhersage der Zukunft des Finanzmarktes und der Ursachen der wachsenden Spekulation, die wiederum den Umsatz der Finanztitel antreibt. Kredit ist Vorwegnahme künftiger Profite, also Spekulation mit der zukünftigen oft unsicheren Wertschöpfung. Er basiert auf der Chance, die sprachlich vom lateini-

schen cadere oder fallen (des Würfels bei einer Wette) stammt. In der Spekulationswelt gibt es aber keine Chancengleichheit, sondern das „du musst steigen oder fallen ...“. Bei all dem muss man beachten, dass die ökonomischen Analysen von *Marx* immer eingebunden sind in die sozialhistorische Realität seiner Zeit. Es sind die Menschen und ihre sozialen Gruppen und Klassen, nicht die blinden Marktkräfte, die die Wirtschafts- und Sozialgeschichte gestalten.

In der 1981 erschienenen „Theorie des institutionellen Wandels“ des Nobelpreisträgers der Wirtschaftswissenschaften 1993 *Dougllass C. North* heißt es: „Unter den vorhandenen Theorien des säkulären Wandels überzeugt das Marxsche Gedankengebäude am meisten, weil es alle Elemente enthält, die das neoklassische Modell weglässt: Institutionen, Eigentumsrechte, Staat und Ideologie. Marxens Betonung der entscheidenden Bedeutung von Eigentumsrechten für eine effiziente Wirtschaftsordnung und der Spannung, die sich zwischen einer gegebenen Konstellation von Eigentumsrechten und dem Produktivpotential einer neuen Technologie aufbaut, ist von größter Wichtigkeit.“ (S. 63). Die historische Fundierung und empirische Dichte der Marxschen Kapitalanalyse ist einmalig, damit kann sich das Hauptwerk von *Keynes* nicht messen. Das hat auch der amerikanische Ökonomehistoriker *Seligman* so gesehen.

Keynes unterstellt wie *Marx* nicht, dass der Kapitalismus das wirtschaftliche Gleichgewicht automatisch schaffen kann. Aber er glaubt an die Möglichkeit kontinuierlichen ökonomischen Wachstums mit geringen Fluktuationen und interessiert sich daher für die Bestimmung von quantitativen Gleichgewichtskonstellationen der Volkswirtschaft. Er hat solche makroökonomischen Aggregate wie Einkommen, Sparfonds, Investitionen und Verbrauch und solche Stellgrößen wie den Multiplikator und die Grenzertragsfähigkeit des Kapitals untersucht. Letztere hängt ab vom Vertrauen in zukünftige Erträge, das keineswegs eine stabile Größe ist. Sein volkswirtschaftliches Herangehen hebt sich deutlich ab von dem heute üblichen bornierten betriebswirtschaftlichen Blick der Neoliberalen. Umso bizarrer ist seine Profittheorie. Gewinn ist nach *Keynes* die Differenz von Geldkapitalbildung und Produktionskapitalbildung und Verlust ist die umgekehrte Größe. So wird der tatsächliche Gewinn (Mehrwert) vernebelt. Was würde er wohl sagen zu den sich aus seiner Rechnung ergebenden astronomischen Profiten des finanzdominierten Kapitalismus.

Im 19. Jahrhundert entstanden die Wirtschaftskrisen etwa alle 9 bis 11 Jahre und *Marx* vermutete, dass diese Einzelperiode etwa der damaligen Zeitspanne der Erneuerung des fixen Kapitals, der Maschinen und Ausrüstungen entspricht. (Bd. II S. 180). In der französischen Ausgabe des ersten Bandes des „Kapital“ 1873 sagte er voraus, dass sich die Einzelperioden des Auf und Ab im Ablauf zunehmend verringern und hinauslaufen auf einen neuen Überzyklus mit jeweils einer allgemeinen Krise. (Bd. I S. 963). Dem entspricht in den USA etwa die Zeitspanne von 1929/31 bis 1974/75, in der die Einzelperioden nur noch 3 bis 6 Jahre dauerten. Im Jahre 1998 haben der belgische Mathematiker *Marcel Auslos* und der französische Mathematiker *Didier Sornette* am Beispiel des Standard & Poor's 500-Index und des Hongkong Börsenindex ein solches Überzyklus-Muster als logperiodische Funktion der Bewegung des Kapitalmarkts nachgewiesen. (Ball S. 292). Dennoch kann man aus diesen empirisch-statistischen und mathematischen Übungen keinesfalls zukünftige Krisentermine oder gar ihre Stärke ablesen, wie beide Autoren richtig bemerken.

Es hat sich gezeigt, dass die realen wirtschaftlichen Prozesse dem Idealbild mathematischer Modelle nicht entsprechen. Ökonomisch-mathematische Modelle wurden verfeinert und vergrößert in Nachahmung von Modellen der Newtonschen Physik in bezug auf ihre mathematische Komplexität. Im Unterschied von der Physik ist die Ökonomie aber eine Gesellschaftswissenschaft. Die physikalischen Gesetze wirken unabhängig von den historischen Determinanten Ort und Zeit, ökonomische Gesetze dagegen hängen in ihrer Wirkung

ab von den regionalen und historischen Bedingungen, denn die Wirtschaft ist eingebettet in die Gesellschaft. Spielglück zu haben ist lange nicht so hart wie Wirtschaftsprognose, meint der US-Volkswirt *Paul Krugman*, Nobelpreisträger der Wirtschaftswissenschaften 2008, der nicht zur neoliberalen Gilde und auch nicht zu den Modellbastlern gehört. Der Grundfehler der Modelle liegt meist schon in den Ausgangsprinzipien und daher liefern sie keine brauchbaren Prognosen. Kein Ökonom sagte jemals mit mathematischen Modellen die großen Jahrhundertkrisen voraus. Der Statistiker und damals bedeutendste US-Ökonom *Irving Fisher* (1847-1947) von der Yale-Universität prognostizierte noch kurz vor dem großen Börsenkrach vom Oktober 1929, dass die amerikanische Wirtschaft ein künftig permanent hohes Niveau erreicht habe.

„Konjunkturzyklus“ ist ein Standarddogma der bürgerlichen Ökonomie, der Begriff verrät den Wunsch als Vater eines Gedankens von Ordnung im realen Chaos, einer Regularität im Wechsel von Boom und Kontraktion. Eine Grafik der jährlichen Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf der Bevölkerung in den USA von 1877 bis 2000 zeigt aber ein völlig unregelmäßiges Zickzack von Schwankungen bis zu +17 und -24 Prozent. (Ball S. 232). Neuerdings wird versucht, mit Hilfe der Fibonaccizahlen Ordnung in das wilde Durcheinander zu bringen, eine Art Numerologie mit wissenschaftlichem Aplomb. Das erinnert an die höchst exakte und zugleich prinzipiell falsche Epizyklentheorie der Bewegung der Planeten. Die Pionierleistung von *Marx* war die Aufdeckung der endogenen und evolutorischen Faktoren der Wirtschaftskrisen in ihrer Wechselwirkung.

Der Heilige Gral der Klopffechter der bürgerlichen Ökonomie ist dagegen das Marktgleichgewicht, das der französisch-schweizerische Ökonom *Léon Walras* (1834-1910) in seiner mathematischen Gleichgewichtstheorie als Glaubensartikel, aber nicht realwissenschaftlich begründete. Die Theorie setzt unendlich schnelle Anpassung der Preis an Mengenveränderungen, volle Information aller Marktakteure über Gütereigenschaften und Preise sowie vollkommene Konkurrenz mit einer Vielzahl von Anbietern und Nachfragern voraus, alles nicht real gegebene Bedingungen. Es ist eine individualistische Theorie ohne Verständnis der verschiedenen Ebenen der Wirtschaft Betriebswirtschaft, Branchenwirtschaft, Volkswirtschaft, Globalwirtschaft mit ihren spezifischen Gesetzen. *Keynes* bevorzugte für seine Zwecke hydrodynamische Ansätze zur Charakterisierung des Geldflusses, die seine Schüler versuchten, experimentell nachzubauen. Im Computerzeitalter erwiesen sie sich als untauglich. Im Jahre 1900 hat der französische Mathematiker und Physiker *Louis Bachelier* (1870-1945) gemeint, daß die Bewegung der Aktienkurse und der Wirtschaft zufälligen Charakter hat und verwendete für die Analyse die Normalverteilung. Es hat sich aber durch empirische Untersuchungen gezeigt, daß die tatsächliche Bewegung wesentlich vom Muster der *Gaußschen* Verteilung verschieden ist durch einen erheblichen Anteil großer Schwankungen auf der linken und rechten Seite der Glockenkurve. (Ball S. 241).

Die Wirtschaft funktioniert nicht mit einer normalen Wahrscheinlichkeitsverteilung voneinander unabhängiger Faktoren, sondern als besonderer probabilistischer Prozess, der mit strategischen Faktoren der Lenkung und der massenpsychologischen Reaktion auf ungewöhnliche reale Ereignisse verbunden ist. Wer den Instinkt besitzt oder die Intuition, plötzliche Großereignisse richtig in Bezug auf wirtschaftliche Folgen zu interpretieren, kann evtl. besser profitieren als ein Spieler am Roulette. Der Wert eines börsennotierten Unternehmens wird nach dem Wert der künftig zu erwartenden Dividenden und Kurse bestimmt. Das ist eher ein Glaubensprodukt oder Vertrauensvorschuss. Ein gleicher Gedankensprung in der Hypothese des effizienten Marktes ist die Annahme, dass alle Beteiligten am Geschäft über die notwendige Information aller Grunddaten verfügen, nach den gleichen Regeln arbeiten und ihre Zielentscheidungen zwischendurch nicht ändern. Man

ignoriert, dass die Menschen oft aus Gewohnheit, Instinkt, Nachahmung , Impuls, Angst oder Übermut entscheiden.

Die Zukunft der Gewinne oder Verluste aus Aktien oder Fonds zu bestimmen gleicht oft dem Stochern im Nebel. Für die Trendvorhersage gibt es Effektenberater (Finanzanalysten) verschiedener methodischer Ausrichtung. Erstens jene Spezialisten, die Unternehmensdaten der Realwirtschaft analysieren. Zweitens die sogenannten Chartakrobaten, die Börsentrends auswerten. Drittens die Modellbastler, die mit ökonomisch-mathematischen Modellen operieren. Viertens die Esoteriker, die mit Astrologie und Kartenlesen die Zukunft weissagen. Den Analysten und Anlageberatern aller Couleur ist der feste Glaube an die Konditionierbarkeit des psychologischen Zukunftsglaubens zu eigen, der ihren Erfolg bestimmt. Es kommt nicht auf die Wahrheit an, sondern auf den Anschein der Wahrheit. Die oft einseitige psychologische und nicht objektiv systemische Ausdeutung der Wirtschaftsprozesse ist nicht ausrottbar, seit es die Massenmedien gibt, die Vertrauen oder Misstrauen von ganzen Bevölkerungsschichten manipulieren können.

Die Instabilität des Finanzmarkts zeigt sich daran, dass die Welt nach der Statistik der Weltbank seit 1980 insgesamt 166 Finanzkrisen in verschiedenen Ländern erlebte, von denen 119 in ihren Auswirkungen über den Finanzbereich hinausgingen. So wurde die Wirtschaftskrise der sogenannten Tigerstaaten in Südostasien ausgelöst durch die Freigabe der Thailändischen Währung Baht Anfang Juli 1987 und die anschließende Währungsspekulation. 1998 sank das BIP in Indonesien um 13,1 Prozent, in Südkorea um 6,7 Prozent und in Thailand um 10,8 Prozent. Die 95 Mrd. Stützdollar des IWF flossen in nicht geringem Maße in die Taschen vermögender Privatpersonen, die die Gelegenheit nutzten, ihr Geld zu einem nun besseren Wechselkurs in Dollars zu tauschen und schnell außer Landes zu schaffen.

Ein Beispiel für die Interdependenz der Faktoren bei der Anbahnung einer Krise ist nun das Jahr 2008. Am 15. September ging Lehman Brothers pleite und das löste die Finanzkrise aus. Seit Juli hatten sich aber bereits viele Daten der Realwirtschaft in den USA und in der Eurozone verschlechtert. Das hing zusammen mit der exorbitanten Erhöhung des Ölpreises, der bangen Erwartung höherer Leitzinsen und den sinkenden Realeinkommen durch hohe Inflationsraten, in den USA 3,4 und in der Eurozone 4,1 %. Es ist durchaus möglich, dass diese realen Schocks zusammen mit der überhitzten Spekulation die Signalwirkung der Lehmaninsolvenz verstärkten. Von da ab kam es zur Wechselwirkung sich gegenseitig verstärkender Finanzkapitalcrashes und Realkapitaldesasters. Es gibt keine einbahnige oder nur auf Lehman zurückführende Erklärung der entstandenen Megakrise. Die wachsende Überproduktion und Überakkumulation in Bereichen der Realwirtschaft führte schon seit den 90er Jahren zur Suche nach lukrativeren Anlagemöglichkeiten. Dieser Impuls wurde vom Finanzkapital genutzt, immer neue Instrumente der Spekulation bereitzustellen und auch direkt in den Wirtschaftskreislauf einzugreifen mit Maßnahmen der Verschlingung zugunsten höherer Renditen und Kurspflege, der Übernahme von Konkurrenzunternehmen, ausländischer Investitionen, der Privatisierung und der Inanspruchnahme öffentlicher Förderungsgelder. Es wird in seinen Ansprüchen an sein wirtschaftliches und gesellschaftliches Umfeld immer unverschämter, wie das Verhalten der Staatshilfe fordernden Banken zeigt.

Zu den Faktoren der Überakkumulation in der Realwirtschaft seit den 90er Jahren gehörten die hohen Renditen der neuen Produkte der Informationstechnologie, die weitere Konzentration der Produktion, die Senkung oder Stagnation der Reallöhne bei beträchtlich steigender Arbeitsproduktivität, die niedrigen, Lieferländer strangulierenden Rohstoffpreise, die Konkurrenz und der Druck auf bessere Verwertung des Kapitals und Ausdehnung des Geschäfts sowie günstige Zins- und Währungskonditionen für den Reproduktionsprozess des Kapitals. Die Prozesse der enormen Marktausdehnung erscheinen dem Normal-

bürger wie ein von den Produzenten unabhängiges Naturgesetz, das scheinbar den markt-radikalen Glaubensartikeln Recht gibt. Darauf folgt dann früher oder später ein böses Er-wachen anlässlich der wachsenden Überproduktionshalden. Die Entwertung des vorhande-nen Kapitals durch die Präferenz des neuen hält den Fall der kapitalbezogenen Profitrate auf, kann aber die Profitmasse beeinträchtigen und zu plötzlichen Stockungen oder Wirt-schaftskrisen führen, wie es ab 1987 in der BRD und anderen Ländern geschah. Einbruch der Renditen durch Überproduktion verstärkt nicht nur den Rationalisierungsdruck in den Unternehmen, sondern auch die Neigung zu finanziellen Abenteuern mit der erzielten Pro-fitmasse, die mit einem Extraprofit locken. Wenn die Störungen eingreifen in die große, verzweigte Kette der Zahlungsobligationen zu bestimmten Terminen, wird die Störung verstärkt und verschärft mit dem Crash des Kreditsystems den Wirtschaftsabschwung.

Menetekel der Megakrise

Die langfristige Bewegung des Dow Jones Industrial in den USA ist ein markanter Indika-tor für die Entwicklung des Vertrauens in die Erträge des Realkapitals. Sein durchschnittli-ches Wachstum der Jahre von 1896 bis 1980 betrug 3,9 Prozent p. a. Von der Zeit der Rea-ganomics 1980 bis 1995 stieg das jährliche Wachstum auf beachtliche 10,4 Prozent. Von 1995 bis 2000 sprang das jährliche Wachstum auf den phantastischen Wert von 31,6 Pro-zent. Das ist das Muster einer hyperbolischen Funktion, wie sie in der Natur die plötzliche Massenvermehrung bestimmter Krankheitskeime oder der Heuschrecken (!) beschreibt. Niemand bremste die Finanzleute, im Gegenteil, es galt das „Weiter so!“, das schon *Walter Benjamin* (1892-1940) in anderen Zeiten als die eigentliche Katastrophe bezeichnete. Die Quittung für das überhitzte, hochspekulative Wachstum kam für den Dow Jones im Jahre 1999, als sich die New Economy-Blase aufblähte, die bereits am Beispiel des Zusammenbr-uchs von WorldCom geschildert wurde. Das Anheizen der Spekulation war nicht das Er-gebnis der normalen Ausbreitungsphase einer technologischen Revolution, sondern der Liberalisierung des Kapitalverkehrs, der Deregulierungspolitik und des Shareholder-Konzepts in der Realwirtschaft. Von 1999 an bewegte sich der Kurs des Dow Jones auf einem erschlappten Zickzack von 12 000 bis 7 552 Punkten im November 2008, also um minus 4,2 Prozent pro Jahr. Im Krisenjahr 2008 verlor er 34 Prozent, das schlechteste Er-gebnis seit 1931. Der zweite Börsenindex der Wall Street, der Standards & Poor 500 hat 2008 vierzig Prozent eingebüßt. Der Nasdaq verlor 41 Prozent. In Deutschland gab es für den Börsenindex DAX in Frankfurt eine Prognose für 2008 von 7 Prozent Wachstum auf 8641 Punkte, erreicht wurde zum Jahresende ein Verlust von 40 Prozent oder auf 4700 Punkte. In Japan verlor der Nikkei-Index 42 Prozent im Jahr.

Seit Anfang der neunziger Jahre kam es auf dem Kreditmarkt zum beschleunigten Er-scheinen immer neuer komplizierter, schwer zu durchschauender Vermögenstitel unter der euphorisch klingenden Bezeichnung Finanzinnovationen. Die interessenbornierten Finanz-analysten durchschauen meist selbst nicht ihre Produkte und haben weder Überblick noch Durchblick auf dem Finanzmarkt. Hinzu kam die Erosion der Standards der Schuldenhaf-tung. Das Finanzkapital wuchs schneller als das Realkapital, das Volumen der Geldvermö- gen nach einer Studie von McKinsey von weltweit 99 Billionen \$ im Jahre 2002 bis auf 167 Billionen \$ 2006 (Aktien 60, Unternehmensanleihen 40, Bankeinlagen 40, Staatsanlei-hen 27 Billionen \$), also um 14 Prozent p. a. Die außerbörslichen Derivate werden laut Vierteljahresbericht der Bank für internationalen Zahlungsausgleich auf 200 Billionen \$ im Jahre 2003 , 300 Billionen im Jahre 2005 und 600 Billionen \$ im Jahre 2007 beziffert. Das ist eine Beschleunigung des Wachstums von 22,4 Prozent p. a. (2003-2005) auf 41,4 Pro-zent p. a. (2005-2007). Wie wenig die Gefahr der bevorstehenden Krise von den führenden

Kreisen der EU erkannt wurde, zeigt die Anfang 2007 unter der Bezeichnung „Basel II“ eingeführte sogenannte Reform des Bankensystems. Sie wurde dafür damals hochgelobt, dass sie die staatliche Bankenaufsicht zurückdrängt, den Banken mehr „Eigenverantwortung“ gibt und der Markttendenz mehr vertraut als rechtlichen Vorschriften.

Die Botschaft des hyperbolischen, ergo überhitzten Tempos als Menetekel wurde bald weitaus konkreter. Man kann auch sagen, die extremste Blase platzt zuerst, ihre Wachstumsbeschleunigung birgt die Warnung. Zeichen des herannahenden Booms sind rapid ansteigende Preise wegen der schnell steigenden Nachfrage, beginnender Mangel an Arbeitskräften, steigende Nominallöhne, flotter Wertpapiermarkt und Ausdehnung des Kredits. Der Boom ist eben gerade nicht ein Merkmal des normalen Gleichgewichts, wie die Neoliberalen behaupten. In der Mitte des ersten Jahrzehnts des neuen Jahrhunderts kam es in den USA zu den ersten Schritten in Richtung auf eine Krise der Subprime-Kredite, das heißt der zweitrangigen, schlecht besicherten Kredite des Immobilienmarktes. Die Kreditbedingungen und -kontrollen wurden in der Ära der Deregulierung immer mehr verändert. Nach der Krise am Neuen Markt und den Terroranschlägen des 11. September 2001 hatte die FED den Leitzins auf ein Prozent herabgesetzt, weit unter der Inflationsrate. Angesichts dieser niedrigen Zinsen und günstiger Geldangebote haben breite Teile des Mittelsstands in den Eigenheimbau investiert und Hypotheken zur weiteren Finanzierung ihres Konsums übernommen. Es ging nicht mehr bloß um das traute Heim, der kleine Mann sah sich veranlasst, mit der Immobilie steigenden Wertes als Prestigeobjekt zu spekulieren. Der kleine Mann versuchte, es den großen Machern gleichzutun. In den USA liegt die durchschnittliche Wohnfläche bei 207 m², in Deutschland zum Vergleich bei 84 m². Bald gab es Kreditverträge mit steigenden Zinsen ab dem zweiten oder dritten Jahr. Die vergebenen Kredite verkaufte die Bank an eine von ihr gegründete Zweckgesellschaft, die die Immobilienkredite unterschiedlicher Bonität in Finanzpakete bündelte, die ohne sachdienliche (im schönenden Fachjargon asymmetrische) Information als neue handelbare Wertpapiere an andere ggf. ausländische Interessenten verkauft wurden. Sie werden als Collateralized Debt Obligations CDO bezeichnet. Sie sind sehr komplex, kaum transparent und zusammengesetzt aus Papieren mit unterschiedlichem Risiko.

Die Bonitäten wurden von Ratingagenturen beurteilt, die daran viel verdienten, obgleich sie oft die Risiken gegenüber ihren Auftragnehmern, den Banken geschickt bagatellisierten. Die Finanzexperten benutzten das listige Argument, dass die Mischung von guten und riskanten Papieren eine vorteilhafte Neutralisierung durch Risikostreuung bewirkt, so wie ein scharfes Gift bei Verdünnung oft gute Wirkung zeitigt. Praktiken der Bilanzfrisur wie bei WorldCom waren weit verbreitet. Das Geld für die Transaktionen beschaffte sich die Zweckgesellschaft aus Anleihen mit günstigeren Konditionen und schöpfte Gewinn aus der Zinsdifferenz. In der Folge stiegen der Leitzins und die Hypothekenzinsen und immer mehr Häuslebauer konnten den Schuldendienst nicht mehr bedienen. Hinzu kam, dass gleichzeitig die Marktpreise der neugebauten Häuser zunächst stiegen, ab Oktober 2005 stagnierten und dann ab Frühjahr 2007 plötzlich verfielen, häufig bis unter den Hypothekenwert. Der Kapitalanteil der privaten Haushalte ist auf unter 50 Prozent gesunken, das heißt die Mehrheit des Wohneigentums gehört den Banken. Von 2004 bis 2007 hat sich die Vergabe der minderwertigen Hypothekenkredite verdreifacht. Sie wurden Mitte 2007 auf 2 Billionen \$ beziffert, das ist die Hälfte des gesamten hypothekengesicherten Wertpapierhandels der USA. Im Juli 2008 standen 4,6 Millionen Häuser zum Verkauf. Es gibt viele Zwangsversteigerungen und wegen der extrem niedrigen Preise machen die Spekulanten wieder ihre Spielchen.

Die Globalisierung der Finanzmärkte führte dazu, dass die US-Subprime-Krise schnell übersprang auf die Banken in Irland und Deutschland, die Realwirtschaft in China sowie die Wechselkurse und Börsen in den Schwellenländern. Auch in Spanien ist 2008 der Ver-

kauf von Immobilien noch einmal um 30 bis 40 Prozent eingebrochen. In diesem Land stiegen die Schulden der börsennotierten Immobilien- und Baufirmen von 2003 mit 24,5 Mrd. € bis 2007 mit 138,9 Mrd. € Russland erreichte die Immobilienkrise 2008 bei einer Inflationsrate von 14 Prozent. Kredite waren nur zu einem effektiven Jahreszins von 15 Prozent und im Dezember bereits 25 Prozent zu bekommen. Der Wert des Rubels ist im Sinkflug, im Dezember verlor er 10 Prozent in drei Wochen. Am 22. Dezember 2008 entsprach 1 \$ 39,84 Rubel. Der Rubel ist an einen Korb gekoppelt, der zu 55 % aus Dollar und 45 % aus Euro besteht. An der Moskauer Börse ist der RTS-Index im Jahre 2008 um 73 % gefallen. Mitte 2008 besaßen die 100 Geldoligarchen Russlands 522 Mrd. \$, von denen im Verlauf der Finanzkrise 230 Mrd. \$ verschwanden. In der Panik begannen sie, Luxusjachten, Flugzeuge, Privatinseln in der Karibik, Villen an der Cote d'Azur und Schlösser in England zu verkaufen.

Das Jahr 2008 begann mit einem Menetekel. Gemeint ist die Aufdeckung eines Milliardenwindels in Paris. Der Bankmanager *Jérôme Kerviel* hatte mit waghalsigen Finanzwetten im Wert von 50 Mrd. € seiner Bank Société Générale 5 Mrd. € Verluste beschert. Vorboten der Finanzkrise gab es in den USA bereits im Juli 2007, als zwei Hedgefonds der Investment Bank Bear Sterns mit Verlusten von 1,6 Mrd. \$ platzten. Finanzhedging sind Sicherungsgeschäfte für Zins- und Wechselkursrisiken im Devisen-, Edelmetall- und Wertpapierhandel. Im März 2008 war dann die Bank am Ende und musste vom Staat mit Hilfe einer Garantie der FED für faule Wertpapiere von 30 Mrd. \$ unterstützt werden. In Großbritannien stürmten schon im September 2007 besorgte Kunden die Schalter der Bank Northern Rock. Im April 2008 hat die FED unter dem Chef *Bernanke* den Leitzins in zehn Schritten seit 2007 von 5,25 auf 2 Prozent gesenkt. Der große Hypothekenfinanzierer New Century Financial war am 2. April pleite, ein Menetekel für das „neue Finanzjahrhundert“. Die Verluste wurden auf 450 Millionen \$ beziffert. Zwei der größten Hypothekenfinanzierer Fannie Mae und Freddie Mac wurden teilverstaatlicht. Mitte Juli 2008 rutschte die kalifornische Indy Mac Bancorp in die Insolvenz, weil durch Vertrauensverlust der Kunden 1,3 Mrd. \$ Einlagen zurückgefordert wurden. Die Bank büßte seit 2007 98 Prozent ihres Börsenwerts ein. In Kalifornien traf es auch die Sparkasse Downey Savings & Loan mit einer Bilanzsumme von 12,8 Mrd. \$. Die Großbank Citygroup erhält 45 Mrd. \$ aus dem Rettungspaket der Regierung und eine Bürgschaft von 306 Mrd. \$ und kämpft trotzdem weiter mit der drohenden Insolvenz. Sie hat ein bilanzielles Minus von 28,5 Mrd. \$ und demgegenüber ein Eigenkapital von 28,9 Mrd. \$. Ursache der Pleite ist der Hypothekenmarkt. 75000 Stellen der Bank mit ihren Filialen sollen gestrichen werden. Im September 2008 kam es zu 266 000 Zwangsvollstreckungen für US-Immobilien.

Das finanzkapitalistische System der Instabilität war jahrelang aufgebaut worden. Finanzinvestitionen begannen immer mehr ein unsicheres Vagabundendasein zu führen. Die Krise schlug plötzlich voll durch, ausgelöst durch relativ kleine Ereignisse. Am 15. September war es zum „Schwarzen Montag“ der Wall Street gekommen. Die viertgrößte US-Bank Lehman Brothers Holding war am Ende und löste einen Tsunami auf den Weltfinanzmärkten aus. 85 Mrd. \$ Wertpapiere waren vom Ausfall bedroht. Zum Beispiel hatte Lehman Brothers Deutschland Gesamtverbindlichkeiten von 14,3 Mrd. € Lehman Brothers Holding wurde noch direkt vor der Pleite mit einer hohen Bonität eingestuft. Die guten Bewertungen werden entsprechend von den Unternehmen bezahlt. Im September traf es auch die Sparkasse Washington Mutual mit einer Bilanzsumme von 300 Mrd. \$ und die Investmentbank Merrill Lynch wurde von der Bank of America für 50 Mrd. \$ übernommen. Die Bank of America wurde 2008 mit einer Bilanzsumme von 2,7 Billionen \$ zur größten amerikanischen Bank. September 2008 plante sie den Abbau von 35 000 Stellen, was später auf 75 000 erhöht wurde. Im IV. Quartal rutschte sie mit 2,4 Mrd. \$ in die roten Zahlen. Im Januar 2009 erhielt die Bank Staatsgarantien für faule Anlagen in Höhe von

118 Mrd. \$. Der drittgrößte Finanzkonzern Citigroup streicht 75 000 Stellen, sein Börsenpapier hat im Jahr 77 Prozent verloren. Der Kurs des Versicherungsriesen American International Group AIG stürzte um 97 Prozent auf 1,57 \$. Im Oktober 2008 vergab die US-Regierung ein Stützungs paket von einer Billion Dollar an Banken. Diese benutzten das Geld zum Stopfen ihrer Bilanzen, statt sie der Realwirtschaft zu geben. Beginnend mit der Krise der Immobilienfinanzierung sind bis November 2008 in den USA 22 Banken gescheitert und 117 Banken gelten nach den Informationen der US-Einlagenversicherung FDIC (Federal Deposit Insurance Corporation) als gefährdet. Damit verstärkt sich der Konzentrationsprozess im Bankensystem, seit 1980 sank die Anzahl der Banken um 6600 auf 8400.

Die Dimension der Krise kann man mit den Daten der Hedgefondsbranche illustrieren. Sie verlor allein im Oktober 2008 100 Mrd. \$, 60 Mrd. \$ haben Anleger abgezogen, 40 Mrd. \$ war der Betrag der Wertverluste. Es verblieb ein Volumen von 1,6 Billionen \$, das Ende des Jahres nur noch 1,2 Billionen \$ betrug. Die US-Regierung erklärte schon im September, dass sie 700 Mrd. \$ bereitstellen wird zum Kauf fauler Kredite. Beobachter vermerkten, dass damit die Spekulanten belohnt werden auf Kosten der Steuerzahler, die mit steigender Inflation rechnen müssen. Die Bilanzsumme der FED beträgt zur Zeit 30 Prozent des BIP der USA. Die FED will mit 600 Mrd. \$ die Hypothekenkredite der Immobilienversicherer Fannie Mae und Freddie Mac aufkaufen. Diese beiden Gesellschaften waren Ende 2007 für 40 Prozent des auf 12 Billionen \$ geschätzten Hypothekarmarktes verantwortlich. Sie mussten 2008 mehr als 100 Mrd. \$ abschreiben und hatten Verluste von 11 Mrd. \$ in neun Monaten. Der Begriff „Toxische Wertpapiere“ macht die Runde, aber keiner weiß, welchen Gesamtschaden die weltweite Finanzkrise bis Februar 2009 schon angerichtet hat. Am 29. Oktober senkt die FED den Leitzins um 0,5 Punkte auf 1 Prozent. Die Verbraucher in den USA, die 1975 Schulden von 740 Mrd. \$ oder 62 % des Einkommens hatten, sind 2006 bei 11,5 Billionen Schulden oder 127,2 % des Einkommens angelangt.

Im Ergebnis der globalen Vernetzung der Finanzmärkte kam es schon 1998 zur Südostasienkrise mit Auswirkungen auf Russland und Brasilien. Seit 2007 breitet sich nun die Finanzkrise auf Banken anderer Länder und sogar auf die Finanzen mehrerer Staaten wie Island, Lettland, Ungarn, Ukraine, Türkei, Pakistan, Kolumbien aus. In Kolumbien stehen 500 000 Haushalte vor dem Ruin, weil sie ihr Geld den sogenannten Pyramiden gegeben haben, die Zinsen von bis zu 150 Prozent versprochen. Im September 2008 kam es zur Kapitalflucht aus den sogenannten Schwellenländer von Russland bis Südkorea, Brasilien und der Türkei. Der IWF will für einige Länder 20 Mrd. € Kredite bereitstellen, die kaum reichen werden. Er verfügt über Reserven von 160 Mrd. € kein großer Betrag in den Zeiten der Megakrise. Russland verzeichnete von Mai bis November Kursverluste von einer Billion \$, davon 700 Mrd. \$ durch die staatlichen Erdöl- und Gasunternehmen sowie einen Kapitalabfluss von 50 Mrd. \$. China hat kalte Füße bei der Anlage seiner Überschüsse in US-Staatspapieren und Unternehmen bekommen. Es hatte noch Mitte 2008 520 Mrd. \$ von seinen auf 1,8 Billionen \$ geschätzten Devisenreserven in US-Schatzbriefen angelegt. Der staatliche Vermögensfonds China Investment Corp CIC hat am 3. Dezember 2008 angekündigt, vorerst nicht mehr in westliche Finanzinstitute zu investieren. Ferner hat die chinesische Regierung die Bank of America BoA daran gehindert, seinen Anteil an der China Construction Bank CCB zu reduzieren. Während der Turbulenzen auf den Finanzmärkten erlitten chinesische Unternehmen viele Verluste, wenn sie in Dollar bezahlt wurden, dessen Wert gegen den Euro fiel. Die Regierung Ecuadors will gegen die ausländischen und inländischen Verursacher der Finanzkrise des Landes vorgehen, dessen Verpflichtungen von 200 Mio. \$ auf heute 11,26 Mrd. \$ angestiegen sind.

In der Bundesrepublik glaubten die tonangebenden Politiker und Finanzmanager bis zum Beginn des Herbstes 2008 an einen normalen positiven Konjunkturverlauf des Jahres. Aus dem Einbruch einiger Indikatoren schon im April wurden keine anderen Schlüsse gezogen. Finanzminister *Peer Steinbrück* äußerte noch Ende August Zuversicht in die Wirtschaftsentwicklung. Am 10. September befand der Bundesbankchef *Axel Weber*, die Konjunktur sei alles in allem befriedigend. Aber es kam anders. Die Industriekreditbank IKB, Tochter der staatlichen KfW-Bank (80 % Bund, 20 % Länder) musste mit 1 Mrd. € Staatsgeldern vor dem Zusammenbruch bewahrt werden. Sie hatte sich mit hochriskanten Investmentgeschäften verspekuliert und wurde für 115 Mio. € an die Beteiligungsgesellschaft Lone Star verramscht. Die vor 60 Jahren gegründete KfW hatte bis November 2008 1,6 Mrd. € Verluste: Die IKB-Beteiligung von 1 Mrd. € Lehman Brothers mit 400 Mio. € Island mit 200 Mio. € Ferner kollabierte die Sachsen LB, die sich über eine irische Tochter am amerikanischen Hypothekenmarktgeschäft beteiligt hatte. Anfang 2008 wurde sie von der LB Baden-Württemberg übernommen, die selbst Ende 2008 ins Schlittern kam. Die West LB meldete für 2007 Verluste von 2 Mrd. € Außerdem übernahm das Land Nordrhein-Westfalen eine weitere Risikoabschirmung von 3 Mrd. € 2009 will die Bank bis zu 70-100 Mrd. € aus ihren Bilanzen mit einer externen Abwicklungsgesellschaft (Zweckgesellschaft) auslagern. Die Abwicklung wird teuer wegen des dafür erforderlichen Zuschusses von Eigenkapital. In die Pflicht genommen wird der Steuerzahler. Die Zukunft der Bayern LB muss mit Finanzspritzen und Garantien von mehr als 30 Mrd. € gesichert werden. Die Bank hat 19 200 Beschäftigte, davon 14 000 im Ausland. 5 600 Arbeitsplätze sollen wegfallen. 2008 hat die Bank einen operativen Verlust von 5 Mrd. € zu verzeichnen. Der Aktienkurs des in Deutschland operierenden internationalen Zeitungsimperiums, der „Heuschrecke“ Mecom Group, der auch die „Berliner Zeitung“ gehört, fiel seit 2007 um 97 Prozent. Die Bankschulden betragen 587 £ (Pfund Sterling).

Der Druck auf eine höhere Eigenkapitalrendite öffnete schon lange auch die Schleusen je nachdem für Fusionen oder Abspalten von Unternehmen und Banken. So entstand 1998 in München die Hypo-Vereinsbank durch den Zusammenschluss der privaten Hypotheken- und Wechselbank mit der halbstaatlichen Vereinsbank. Danach entdeckte man 3,5 Mrd. DM faule Hypothekenkredite. 2003 wurde das gewerbliche Immobiliengeschäft ausgegliedert als Hypo Real Estate Holding AG HRE, die an die Börse gebracht wurde. Wegen dubioser Geschäftspolitik mit dem Verkauf von Wertpapieren, die risikoreiche Kredite bündelten sowie Finanzierung langfristiger Geldanlagen durch kurzfristige Kredite schlug 2007 die in den USA ausgelöste Immobilien- und Finanzkrise voll auf die HRE durch. Im September 2008 verhinderte die Finanzzusage des Staates von 35 Mrd. € und später 50 Mrd. € den Zusammenbruch des Münchner Immobilien- und Staatsfinanzierers Hypo Real Estate HRE. Dieses Finanzunternehmen ist der weltweit zweitgrößte Emittent von Pfandbriefen. Ein Pfandbrief ist ein Anleihenpapier, das durch Hypotheken oder Grundschulden gesichert ist. Der deutsche Pfandbriefmarkt hat ein Volumen von etwa 900 Mrd. € Pfandbriefserien werden an der Börse notiert. Hypothekenspfandbriefe verfügen über eine Deckungsmasse durch Immobilien, deren Marktwert aber variabel ist. Die HRE haftet für die Forderungen der Inhaber der von ihr emittierten Wertpapiere. Viele Banken hängen an der HRE, weil sie ihre Kredite oft über Pfandbriefe refinanzieren. Sie ist einer der größten Finanzierer der öffentlichen Haushalte. Anfang September hatte die HRE bei einem Kurs von 17 € noch einen Börsenwert von 3,6 Mrd. €, im November nur noch einen Kurs von 3 € bei insgesamt 650 Mio. € und im Februar etwa 1 € bei 217 Mio. € Sie hatte schon 2004 insgesamt 4200 Hauskredite für 3,6 Mrd. € an den berüchtigten Finanzinvestor Lone Star aus Texas verscherbelt. Die Garantien und Kapitalhilfen des staatlichen Bankenrettungsfonds SoFFin für HRE betragen insgesamt 102 Mrd. € im Februar 2009. Es ist ein Fass ohne Boden, so dass die Verstaatlichung erwogen wird.

Bis November 2008 waren 20 deutsche Banken in Schwierigkeiten und haben Anträge für das Rettungspaket des Bundes gestellt. In einer solchen Lage vermeldete der Finanzminister *Steinbrück* die Erfolgsmeldung einer sinkenden Staatsquote. Die Staatsquote ist das Verhältnis von Staatsausgaben zum Sozialprodukt. Wo mag er wohl gespart haben, wenn ihm die Pleitebanken am Tropf des Fiskus hängen. Am 5. November beschließt die Bundesregierung ein rund 12 Mrd. €schweres Konjunkturpaket und hofft, dass damit Investitionen von 50 Mrd. € angestoßen werden und eine Million Jobs gesichert werden. SoFFin verfügt insgesamt über ein Volumen von 480 Mrd. € Davon stehen 400 Mrd. € für Garantien zur Verfügung, der Rest kann für Eigenkapitalspritzen oder den Ankauf maroder Anleihen genutzt werden. Der durch die maßgebenden politischen und wirtschaftlichen Vertreter des Marktfundamentalismus abgewertete Staat soll mit den Mitteln der Steuerzahler die katastrophalen Resultate der Deregulierung ausbügeln.

Von Umdenken der tonangebenden Politiker angesichts einer Megakrise kann keine Rede sein. Aus der Erklärung des G-20-Weltfinanzgipfels geht hervor, dass man sich weiter zu freien Märkten bekennt und sogenannte Überregulierung ablehnt. Es klingt wie Paragraph 1 der alten Mecklenburgischen Verfassung: „Alls bleibt biem Ollen“. Im Oktober 2008 bezifferte der IWF die direkten Verluste aus der Weltfinanzkrise auf 1,4 Billionen \$. Die offiziellen Wertberichtigungen der Banken weltweit erreichten bis Juni 2008 395,5 Mrd. \$, davon 201 USA, 52,3 Großbritannien 52,3, Deutschland 49,7 und Schweiz 47,9 Mrd. \$. Anfang 2009 beziffert das größte Finanzinstitut Goldman Sachs die weltweiten Bankverluste auf 2000 Mrd. \$. Das Gesamtvolumen fauler Kredite und Derivate in der Welt mit fehlender oder unklarer Deckung betrug nach Schätzungen die unvorstellbare Summen von 668 000 Mrd. \$, fünfzehnmal so viel wie das Welt-BIP.

Wenn man die heutige Krise mit der „Mutter der Krisen“ im 20. Jahrhundert vergleicht, müssen wir jetzt von einer Megakrise sprechen. Es gab in den zwanziger Jahren keine Derivat-zockerer, nur wenige unbesicherte Hypothekenkredite. 1929 bis 1933 war kein Staat bankrott, heute ist es Island, am 2. Dezember 2008 stürmten isländische Sparer die Zentralbank des Landes. Im Januar 2009 protestierten sie vor dem Parlament und die Polizei war mit Schlagstöcken und Tränengas im Einsatz. Es waren die größten Proteste seit dem Beitritt Islands zur NATO 1949. Die Führungsriege des Landes spekulierte mit der isländischen Krone, privatisierte die Banken und verkaufte sie an ausgewählte Parteimitglieder, die im Zuge dessen unglaublich reich wurden. Am 23. Januar musste die Regierung den Weg für vorgezogene Neuwahlen freimachen. Unterdessen haben die neuen Milliardäre des kleinen Landes ihre Beute ins Trockene gebracht. In Island wurden schließlich drei Großbanken vom Staat übernommen. Das bedeutet, dass auf jeden der 310 000 Isländer Schulden in Höhe von 30 000 \$ lasten.

Die Staatsschuld der führenden Wirtschaftsmacht beträgt mehr als 10 Billionen \$. Der Präsidentschaftskandidat *Obama* sagte in der TV-Diskussion mit *McCain*, die USA müssen aufhören, 700 Mrd. \$ pro Jahr bei den Chinesen zu pumpen, um damit die Ölrechnung an Saudi-Arabien zu begleichen. Anfang Dezember 2008 wurden die weltweiten Verluste der Banken mit 522 Mrd. \$ und ihr Kapital mit 370 Mrd. \$ beziffert. Darunter haben US-Banken 263 Mrd. \$ Verluste bei einem Kapital von 184 Mrd. Dollar.

Ab Herbst 2008 hat sich Osteuropa als neuer Krisenherd erwiesen. Die EU-Institute haben dort 1500 Mrd. € investiert. Allein die österreichischen Banken haben in den osteuropäischen Ländern Kredite von 224 Mrd. € ausständig, das entspricht 78 % der jährlichen Wirtschaftsleistung des Landes. Ausgelöst wurde das Faulen der Kredite durch den Abschwung der Realwirtschaft und Währungsschwankungen. Viele Unternehmen und Privatkunden haben Kredite in zinsgünstigen Fremdwährungen aufgenommen. Mit den Wertverlusten vieler Währungen drohen die Darlehen faul zu werden. Besonders betroffen sind die baltischen Staaten, Ungarn, Rumänien und die Ukraine. Im vergangenen Jahr verlor ge-

nüber dem Euro der Rubel 17 %, der ungarische Forint 10 % und der Zloty 17 %. Den in Osteuropa tätigen Banken des EU-Raums fehlen nun ausreichend neue Einlagen aus Anleiheemissionen u. ä. Weltweit schätzt man die Wertpapierverluste 2008 auf 35 Billionen \$, dabei werden die Börsenverluste auf 5,5 Billionen \$ beziffert. Die Kluft zwischen dem Angebot und dem zurückbleibenden Masseneinkommen durch unsoziale Wirtschaftspolitik sollte durch enorme Ausweitung von Kredit geschlossen werden, führte aber in die Schuldenfalle. Das Finanzkapital ist nicht in der Lage, den von *Marx* präzise definierten Grundwiderspruch des Systems zu überwinden, das ist nun deutlich genug im globalen Experimentierfeld nachgewiesen worden.

Worin bestehen die weltweiten Ergebnisse des neoliberalen Programms nach drei Jahrzehnten seiner Wirkung? Ihre Merkmale sind: Instabile Weltwirtschaft, Erdbeben des gesamten globalen Finanzsystems und Offenbarung seiner ineffizienten Struktur, Verstärkung der wirtschaftlichen Nord-Süd-Kluft, Nutzung der internationalen Institute wie Weltbank und IWF als Instrumente der globalen Finanzmarktliberalisierung zur Übervorteilung der Entwicklungsländer im Rahmen von Strukturanpassungsprogrammen, sich aufbauende Währungsunsicherheiten, wachsende Weltarbeitslosigkeit, extreme Einkommens- und Vermögensungleichheiten, steigende Massenarmut, Zunahme von Kriegs- und Bürgerkriegswahrscheinlichkeiten, weitreichende Deregulierung zugunsten der Vorherrschaft blinder Marktprozesse, Kapitalverfügungsmacht durch elitäre Cliques, abgesichert durch Geheimhaltung und Ausschaltung des Mitspracherechts der arbeitenden Menschen, Ersetzung sozial ausgewogener Vergütung von Managern durch vertragliche Supergehälter inklusive Boni und Abfindungen, kaschiert durch den Verschleierungsbegriff des „Leistungsträgers“, Kommodifizierung von Bildung und Kultur, Zerschlagung öffentlichen Eigentums, Steuersysteme zugunsten der vermögenden Klassen, Abschaffung oder Schwächung der Wettbewerbsaufsicht, Schritte zur Beseitigung des Primats der Politik und damit der demokratischen Verfasstheit weittragender sozialer und ökonomischer Entscheidungen, Reduzierung der verbrieften persönlichen Sicherheitsrechte durch neue Überwachungstechnologien, Politikverdruss und Zulauf rechtslastiger Strömungen auch in der Mitte der Gesellschaft, politischer Druck durch Verbreitung der marktradikalistischen Ideologie in Medien, akademischen Einrichtungen und Verbänden.

Je höher der Kapitalismus die Produktivkräfte entwickelt, desto größer und folgenreicher werden seine Krisen, auch diese Folgerung von *Marx* hat sich in der heutigen Megakrise mit den Vorgängern der Gründerkrise 1873-1877 und der Weltwirtschaftskrise 1929-1933 bewahrheitet. Die Megakrise wird verheerender sein als die bisherigen wegen der hohen globalen Verflechtung, der seit fast vier Jahrzehnten angestauten strukturellen Fehlentwicklungen, der Überschuldung von Privathaushalten, Unternehmen und Banken, der gigantischen weltweiten Überproduktion, der niedagewesenen riesigen Blase des virtuellen Finanzkapitals ohne Bodenhaftung, dem globalen Absturz der Investitionstätigkeit, der Verbindung und Wechselwirkung von Immobilienkrise, Krise der Währungen und der Preisbewegung, moralische Krise, Bildungskrise und gesellschaftliche Krise, der Uneinsichtigkeit und Inkompetenz der Funktionseliten mit ihrem Festhalten am toxisch wirkenden neoliberalen Glauben an unbegrenztes Wachstum und freie Märkte.

Der Finanzhimmel wird geerdet

Die Auswirkungen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft wurden in der Bundesrepublik zunächst bis zum Herbst 2008 von einigen Beschönigungspolitikern weggeredet, die sich über die Prognose eines Minuswachstums des Bruttoinlandsprodukts BIP im nächsten Jahr im Gutachten des Sachverständigenrates mokierten. Ein Ministerpräsident verkündete, man

müsse nur einige negative Nebenwirkungen freier Märkte kompensieren. Ab November 2008 konnten die schlechten Nachrichten, nun auch aus der Welt des Realkapitals, nicht mehr ignoriert werden. Aus der fortdauernden Finanzkrise kroch die Überproduktionskrise, der Kern der Wirtschaftskrise. Nach Angaben der OECD kann die Wirtschaft nach einer Bankenkrise erfahrungsgemäß vier Mal so stark abstürzen wie in einem gewöhnlichen Abschwung. Die vernichteten Werte der Aktienfonds in Deutschland im Jahr 2008 wurden im Januar 2009 mit 134,4 Mrd. € beziffert. In Deutschland hatte sich im Herbst ergeben, dass sich das Wachstum der Industrieproduktion verlangsamt hat und die Zahl der Insolvenzen um 30 Prozent gegenüber 2007 gestiegen ist. Die Auftragseingänge für die deutsche Industrie gingen in den beiden Monaten September und Oktober 2008 um 14,9 Prozent zurück. Der Chiphersteller Qimonda in Dresden, Tochterunternehmen von Infineon, stand vor der endgültigen Pleite und sollte durch 350 Mrd. € vom Land Sachsen, von Infineon und einem portugiesischen Abnehmer gerettet werden. Es würde sonst zu einem Abbau von 1 550 Stellen kommen, davon 950 in Dresden und 600 in München. Der Kurs der Infineonaktie lag Ende des Jahres bei 0,68 € und der Nominalwert war 2 €. Im Januar 2009 war die Pleite von Qimonda nicht mehr abwendbar. Das zyklische Chipgeschäft ist weltweit von Preisverfall, Überkapazität und globalen Subventionswettlauf geprägt. Kurzarbeit und Massenentlassungen werden sich weiter ausbreiten. Auch der PC-Markt bricht international ein und das wirkt negativ auf das Chipgeschäft.

Die einseitige Orientierung der deutschen Wirtschaftspolitik auf die Auslandsnachfrage wirkt sich jetzt krisenverschärfend aus, weil die Exportindustrien einen starken Auftragsrückgang erleben. Der Maschinenbau hat allein im Oktober einen Rückgang von 19 Prozent der Auslandsnachfrage und 10 Prozent der Inlandsnachfrage verzeichnet. Der Autoabsatz in Europa ging 2008 um 13 bis 18 und in den USA um 35 Prozent zurück. In der EU gab es im Januar 2008 38 000 Lkw-Bestellungen und im November nur noch 600. Automärkte sind immer die ersten Opfer einer Rezession, weil die Kunden diese Neuanschaffung in unsicheren Zeiten ohne weiteres zurückstellen können. Toyota fährt 2008 das erstmalig seit Beginn seines Geschäfts vor 70 Jahren einen hohen Verlust von 150 Mrd. Yen (1,2 Mrd. €) ein. Der Autoverkauf sank von 8,9 Millionen auf 7,5 Millionen und das beim weltweiten Branchenführer, der bisher als Vorbild der Kosteneffizienz und der ökologischen Initiative galt. Die kürzliche Aufwertung des Yen gegenüber dem Dollar verstärkt die Probleme des Unternehmens. Schon seit Ende 2007 gab es Massenentlassungen weltweit bei Intel und Ford. Der deutsche Automarkt rechnet 2009 mit einem Rückgang der Autokäufe von 8,1 Prozent oder 2,85 Millionen. In der Bundesrepublik schicken immer mehr Unternehmen die Beschäftigten in Kurzarbeit, so zum Beispiel der Autozulieferer Continental in Hannover 600 von 2700 Beschäftigten im Werk Hannover. Die Firma hat sich durch Kauf der Siemens-Tochter VDO mit 11,4 Mrd. € schwer verschuldet. Die Anzahl der Kurzarbeitsstellen in Deutschland stieg von 20 000 Mitte 2008 auf 400 000 im Dezember. Bei den drei führenden deutschen Nutzfahrzeugbauern sind 2000 Stellen weggefallen und bei ihren Zulieferern noch einmal 5000 Stellen. Im November drosselte der Chemiekonzern BASF seine Produktion um 20 bis 25 Prozent. Die deutschen Reedereien haben die Bestellung von 58 Schiffen von insgesamt 190 deutscher Werften storniert.

Private-Equity-Gesellschaften haben 2006 und 2007 in der BRD mehr als 360 Unternehmensbeteiligungen für rund 81 Mrd. € erworben. Dabei finanzierten sie den größten Teil des Kaufvolumens mit Krediten, die sie dann den übernommenen Unternehmen aufbürdeten. Wenn diese die Schulden bedienen konnten, wurde die Rendite der Gesellschaft nach oben „gehebelt“. Wehe aber den Unternehmen, die das später nicht mehr leisten konnten. Beim Nachfrageeinbruch 2008 gerieten sie in die Pleite. So geschah es mit großen Autozulieferern und mit dem Modelleisenbahnbauer Märklin.

In den USA wirkt sich am Jahresende das Zurückfahren des Bausektors und der Autoindustrie dramatisch auf die Stahlindustrie aus. Seit September hat die Branche ihre Produktion in Amerika auf rund die Hälfte reduziert, sie liegt nun auf dem niedrigsten Niveau seit den 70er Jahren. Auch in anderen Teilen der Welt haben die Stahlhersteller ihre Produktion gedrosselt, um den Preisverfall einzudämmen. Die Überkapazitäten im Schiffs- und Flugverkehr führen zu Einbrüchen im Schiffs- und Flugzeugbau und zum Verfall der Transportpreise. Die Beförderung eines Containers von China nach Europa per Schiff kostete im Januar 2008 noch 2500 \$ und ein Jahr später nur noch 250 \$.

Ein weiterer Faktor der Wirtschaftskrise ist die Kreditklemme. BMW muss zum Beispiel für seine jüngste Anleihe 8,9 Prozent Zinsen zahlen, fast das Doppelte von vor einem Jahr. Das bedeutet einen erheblichen Rückgang der Gesamrendite, der außerdem nach der Leverageformel vom Verschuldungsgrad abhängt. In den USA kam es im Ergebnis solcher Prozesse 2008 zu einem Rückgang der privaten Bruttoanlageinvestitionen um 4,9 Prozent. Weltweit hat sich die Immobilienmarkt- und Hypothekenkrise schon drastisch auf das Baugewerbe mit seinen Zulieferern ausgewirkt. Der Verschuldungsgrad der Haushalte ist der nächste Finanzmarktfaktor, der sich dämpfend auf die reale Nachfrage auswirkt. Er lag in Prozent des verfügbaren Haushaltseinkommens 2005 in Großbritannien schon bei 159 Prozent, in der EU bei 139 Prozent, in den USA bei 135 Prozent, in Japan bei 140 Prozent, in Deutschland bei 107 Prozent und in Frankreich bei 89 Prozent. In England erreichte die Kreditkrise den Immobilienmarkt mit voller Wucht 2008. Die Immobilienpreise hatten 2007 ein Maximum erreicht, das doppelt so hoch lag wie 1997. Das begünstigte eine boomende Hypothekennachfrage. Inzwischen aber schulden die Eigenheimbesitzer der Bank mehr, als ihr Haus derzeit wert ist.

Eine sehr schlechte Nachricht ist die Information darüber, wie sich deutsche Kommunen am Tanz um das Goldene Kalb des Finanzkapitals beteiligt haben. Mehr als 700 Kommunen haben sich mit Swap-Geschäften an Zinsspekulationen beteiligt, deren Platzen droht. Dortmund hat 6,2 Mio. € durch solche Spekulationen verloren und die Stadt Hagen muss mit Verlusten von 51 Mio. € rechnen. Mehr als 150 Kommunen haben ihre Infrastruktur (Messehallen, Schulen, Heizkraftwerke, Schienennetze, Straßenbahnen, Wasserwerke) an US-Gesellschaften über eine Laufzeit von bis zu 99 Jahren verkauft. Die Kommune hat dann das Objekt zurückgemietet und bezahlt die Mieten mit den Dollars des Kaufpreises und seiner Zinsen, die auf einer US-Bank deponiert sind. Der Bereich Sale-and-Lease-back (Verkauf und Rückmiete) wächst am schnellsten im weltweiten Gross-Border-Leasing-Markt. Immer mehr Betriebsanlagen werden geleast. Wenn man die Details der Verträge publik macht, muss man mit Millionenklagen durch US-Anwälte rechnen. Es ist ein Lehrbeispiel dafür, was Globalisierung im finanzkapitalistischem Sinne ist, ein höchst kunstvoll gesponnenes Netz der Übervorteilung durch den Stärkeren, in dem der Verlierer am Anfang meint, er habe gewonnen. Wenn die Depotbank insolvent wird, bedeutet das für die Kommune, dass sie neue teure Insolvenzversicherungen abschliessen oder direkt Geld für die Mieten beschaffen muss. Es gibt zwei Gründe für die massive Privatisierung des öffentlichen Eigentums in den letzten 15 Jahren, die zunehmende Verschuldung und das exorbitante Wachstum des privaten Kapitals.

Der Absturz der Realwirtschaft zunächst in bestimmten Branchen wie Autoindustrie und Bauwesen begann schon im Juli 2008 in den USA, Deutschland, Großbritannien, Irland, Italien, Spanien, Japan, Schweden, Schweiz und andere Länder folgten später. Für 2009 wird inzwischen ein absoluter Rückgang der weltweiten Wirtschaftsleistung erwartet. Der Dezember 2008 brachte gewissermaßen als Weihnachtsbescherung eine Reihe von teils langjährigen Rekorden: Der Euro erreichte den Wert von 1,4304 \$, das britische Pfund notierte bei 0,9557 £ je 1 Euro, so als ob die Zeit vorbei ist, in der Dollar und Pfund das Währungssystem moderierten. Der von der EZB handlungsgewichtete Euro auf Basis von

22 Währungen hat den höchsten Stand seit der Erstmessung von 1993 mit 117,8 Punkten erreicht. Die Schwäche des Dollars kann sich verstärken, wenn die arabischen Ölstaaten ihr Projekt eines Petrodollars realisieren. Es stellt sich dann die Frage nach einer neuen führenden Weltwährung, da die gegenwärtigen Währungsunsicherheiten die Megakrise verstärken.

Der IFO-Geschäftsklimaindex von 7000 Unternehmen rutschte mit 82,6 Punkten auf den niedrigsten Wert seit 1990. Der Ölpreis ist mit 35,62 \$ je Barrel an der New Yorker Rohstoffbörse NYMEX auf einem Rekordtief. Im Juli 2008 lag er noch bei 147,27 \$. Die Nachfrage nach Öl geht zurück. Seit Januar 2009 stützen Nahostkrieg und Gaslieferstreit den Ölpreis. Japan senkte seinen Leitzins auf 0,1 %. Das hatten die Japaner schon Ende der neunziger Jahre gemacht mit einer gewissen Stabilisierung des Geldverkehrs, aber ohne Ankurbelung der Wirtschaft.

Insgesamt muss man feststellen, dass die Wirtschaftskrise rückwirkend die Finanzkrise befördert, weil die Quellen der Realprofite anstelle von riskantem Spielgeld des Finanzkasinos immer mehr fehlen. Es zeigt sich am Beispiel von General Motors, Ford und Chrysler, die jetzt 34 Mrd. \$ Kredite zum Löcherstopfen brauchen. GM ist das höchstverschuldete Unternehmen der USA. Es hatte sich bereits im Oktober 2007 der zukünftigen Verpflichtungen der betrieblichen Krankenversorgung für die 370 000 Pensionäre entledigt. Ab 2010 wird die Gewerkschaft die Gesundheitskosten mit Hilfe eines selbstverwalteten Fonds tragen. 2008 fiel der Börsenkurs des Autokonzerns um 87 Prozent auf 3,20 \$.

Im Dezember 2008 häufen sich die weltweiten Krisennachrichten. Der britisch-australische Bergbaukonzern Rio Tinto muss seine Verbindlichkeiten von 27 Mrd. \$ reduzieren und streicht insgesamt 14 000 Arbeitsplätze in verschiedenen Ländern. Die Finanzmarktkrise und ihre Folgen in der Realwirtschaft entlarven die Illusion, dass sich Eigentumstitel am Finanzmarkt selbständig verwerten. Ein interessantes Beispiel ist Japan, das 1989/90 schon einmal einen schweren Finanzcrash erlebte. Das Vermögen der japanischen Haushalte betrug 2002 11 Billionen €, davon die Hälfte auf Geldkonten verschiedener Art. Würde das Geldvermögen eine jährliche durchschnittliche Verzinsung von 5 Prozent beanspruchen, also 275 Mrd. €, so müsste das japanische BIP um jährlich 7 Prozent zunehmen, was nicht realisierbar ist. Das entlarvt die Wolkenkuckucksheime des Finanzmarkts. In China wurden bis Ende Januar 2009 mehr als 20 Mio. Wanderarbeiter arbeitslos. In den EU-Ländern steigt die Arbeitslosigkeit, in Spanien hat sie 14 Prozent erreicht.

Ende 2008 sind der Preisrückgang bei Erdöl, Rohstoffen und Fertigerzeugnissen, die Rezession durch sinkende Nachfrage und die Senkung des Leitzinses weltweit, sogar durch die konservative Europäische Zentralbank EZB um 0,75 auf 2,5 %, Signale einer bevorstehenden Stagdeflation als Ergebnis der Überproduktionskrise. Die vierte Zinssenkung seit Oktober 2008 erfolgte am 15. Januar 2009 um 0,5 % auf 2 %. Wenn man davon die Inflationsrate der EU von 3,3 % abzieht ergibt sich eine reale Zinsrate von – 1,3 Prozent, kein gutes Zeichen für den Realwert des Euro. Die Zinssätze der EZB für solche Länder wie Griechenland, Portugal und Italien, die nahe zum Staatsbankrott stehen, sind wesentlich höher als die für haushaltsmäßig bisher stabile Länder. Mittelfristig kann das Sinken der realen Zinssätzen zur Depression, das heißt zum absoluten Rückgang oder zur Stagnation des BIP beitragen. Damit wird das Jahr 2009 zu einem „mittleren Jahr“, es ist schlechter als 2008, aber besser als 2010. Beim Rückgang der Preise verschieben die Verbraucher oft den Kauf in Erwartung weiter sinkender Preise. Die geringeren Preise durch unzureichende Nachfrage bei Überangebot drücken auf die Gewinnmargen der Unternehmen. Darauf folgen Entlassungen und damit weitere Reduzierung der Nachfrage, also ergibt sich eine selbstbezügliche Spirale nach unten. Das hat Reichskanzler *Heinrich Brüning* in Deutschland 1931 vorexerziert. Später haben die Länder wie Japan in den letzten zwei Jahrzehnten erlebt, aber diesmal geschieht es im globalen Netz der Weltwirtschaft.

In der Bundesrepublik war die Deflation der Löhne in den letzten Jahren das Mittel zur Erhöhung der Rendite durch Entwertung der Arbeitskraft und zugleich eine Reduzierung der Kaufkraft und der Binnennachfrage. Die Quelle der Finanzblasen sind Superprofite durch Einkommens- und Vermögensumverteilung von unten nach oben. Die gleichzeitige Vortäuschung von Kaufkraft durch Finanzblasen führte zur Inflation von fiktiven Vermögenswerten. Das wiederum endete im Platzen der Spekulationsblase und in der Entwertung von Sachkapital durch Stilllegung von Kapazitäten und von Warenkapital durch Abschreibungen, Wertberichtigungen, Verramschung und Vermüllung. Wenn als Reaktion auf diese Prozesse „frisches Geld“ in Größenordnungen in den Geldmarkt gepumpt wird, mutiert die Deflation früher oder später zur Inflation und Entwertung des Geldes.

In den USA zog die FED am 16. Dezember 2008 für ihre beiden Stellgrößen die Notbremse. Sie senkte den Leitzins auf 0 – 0,25 % nach einer langen Abwärtstreppe vom 5,25 - % - Niveau im Jahre 2006. Außerdem beabsichtigt sie, die Bereitstellung von M1-Geld zu verstärken. Beide Manöver haben schon in der Vergangenheit nicht immer zu gewünschten Ergebnissen geführt. Das Gratisgeld kommt nicht voll bei den Unternehmen der Realwirtschaft an, weil die Banken höhere Zinsen verlangen. Bei den Spekulanten dagegen kommt das Geld gut an, das letztlich vom Steuerzahler stammt. Ähnlich ging es der japanischen Notenbank in den 90er Jahren. Im Krisenanfangsjahr 2008 reagierte die FED pragmatisch und schnell, konnte die Krise aber nicht bremsen. Dagegen agierte die Europäische Zentralbank EZB dogmatisch nach dem neoliberalen Kanon und verstärkte den Abschwung. Erst ab Oktober reduzierte sie zögernd den Leitzins. Die Bank von England hat am 8. Januar 2009 den Leitzins um 0,5 % auf 1,5 % gesenkt, den tiefsten Stand ihrer Geschichte seit 1694. Es war die vierte Zinssenkung seit Sommer 2008 mit 5 %. Im Rahmen des zweiten Bankenrettungsprogramms der britischen Regierung soll die Bank von England Wertpapiere privater Unternehmen von 50 Mrd. £ aufkaufen. Mit solchen Schritten bestimmt die Notenbank den Preis für Liquidität und Geld nicht mehr nur über den Leitzins und steuert direkt über die Geldmenge wie schon früher die FED. Eine Universalwirkung hat, wie die Geschichte zeigt keine dieser Methoden. Die Briten befürchten kommende Depression und Deflation, sie rechnen für 2009 mit einem Rückgang des BIP von 4 Prozent. Die Inflationsrate von 4,2 % im November 2008 soll nicht unter 2 % sinken, aber auch nicht steigen. Der Realwert des Pfunds sinkt tendenziell, das Haushaltsdefizit beträgt 10 Prozent der Wirtschaftsleistung. In den USA hatte die Haushaltsschuld Ende März 2008 den astronomischen Wert von 350 Prozent des BIP erreicht.

Im November 2008 behaupteten Bundeskanzlerin *Merkel* und Finanzminister *Steinbrück* noch, dass die Deutschen in der Krise besser dastehen als Amerikaner und andere Länder. Die Quittung für diese Unwahrheit kam prompt Anfang Februar 2009. Der Absturz des BIP im IV. Quartal 2008 gegenüber dem III. Quartal war mit 2,1 % in Deutschland am höchsten im Vergleich mit Italien (1,8), Großbritannien und EU-Durchschnitt (1,5), Frankreich (1,2). Die deutsche Regierung hatte mit ihren Maßnahmen zu lange gezögert, die Krisengefahr kleingeredet und auf den Exportboom anstelle der Mobilisierung der Inlandsnachfrage gesetzt. Das Wirtschaftsmodell dieser Regierung muss grundsätzlich hinterfragt werden.

Zum Jahresende 2008 waren weder Bundesregierung, sogenannte Wirtschaftsweisen, Banken oder Unternehmen in der Lage, den Nachfrage- und Produktionsabschwung im Ergebnis der Finanzkrise im Jahr 2009 einigermaßen verlässlich einzuschätzen. Die Wachstumsprognosen der Wirtschaftsinstitute für 2009 schwanken zwischen – 1,9 und – 2,7 Prozent. Es wird von einer der tiefsten Rezessionen seit Gründung der Bundesrepublik gesprochen. Das klingt eher harmlos. In Wirklichkeit ist die sich weiter entwickelnde und ausbreitende globale Finanz- und Wirtschaftskrise eingebettet in eine sich damit verstärkende Gesellschaftskrise. Die bürgerkriegsähnlichen Zustände seit dem 4. Dezember 2008

in dem EU-Land Griechenland mit der aufbegehrenden Jugend, die keine Perspektiven hat und mit der Bildungsmisere sind ein Menetekel. Das Vertrauen der Menschen in die Kompetenz der Eliten von Staat und Wirtschaft und in die Funktionstüchtigkeit des parlamentarischen Systems sinkt.

Die Megakrise ist Ergebnis einer Evolution des Kapitalismus, die nach *Rosa Luxemburg* durch den Widerspruch gekennzeichnet ist, zugleich alle anderen Wirtschafts- und Lebensformen zu verdrängen und ohne diese Erweiterung ihres Nährbodens nicht existieren zu können. So geschieht in unserer Zeit neben der Vernichtung der Subsistenzwirtschaft und der weiteren Ausbeutung der Entwicklungsländer der Zugriff auf den öffentlichen Sektor, die Privathaushalte und nun auch der Staatsfinanzen. Da es immer weniger möglich ist, das Finanzblasengeld für überdurchschnittlich ertragreiche Investitionen zu verwenden, verschärfte sich die Überakkumulationskrise. Ihr Pendant ist die Unterakkumulation als Kapitalmangel in den Feldern der sozialen Reproduktion, der Bildung, Kultur und Gesundheit sowie den Forschungs- und Entwicklungsausgaben in noch nicht lukrativen Gebieten des überlebenswichtigen neuen Kondratjew der Umwelttechnologie. Die Ausbreitung des Kapitalismus ist nicht allein extensiv in immer mehr Regionen und Bereichen bis zur globalen Totalität. Dazu gehört auch die intensive Dimension der Kommodifizierung, das Warenförmigmachen aller menschlichen Beziehungen bis zur Moral, Bildung, Wissenschaft und Kultur. Logisch betrachtet hat die ungeheure Dynamik dieser Gesellschaftsform ein Ende, wenn sie sich weltweit durchgesetzt hat und alle Tätigkeiten und ihre Mittel kommodifiziert sind.

Wo ist das Geld hin, das wegen Spekulation und Bankenpleiten massenhaft verloren ist. Diese Frage kann man in der Krisenzeit häufig hören. In der Physik hat man Erhaltungssätze, gibt es solche nicht auch in der Wirtschaft, wollte kürzlich ein befreundeter Physiker vom Verfasser wissen. Virtuelle Geldsummen aus der Spekulation sind keine Wertschöpfung, diese entsteht nur in der Realwirtschaft. Sie ist das Ergebnis menschlicher Arbeit, die kombiniert wird mit der Anwendung von Material, Maschinen und Naturkräften (Boden), die einen Kapitalwert besitzen. Die Bruttowertschöpfung wird in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung gleich dem Produktionswert BIP minus Vorleistungen bestimmt. Wenn davon noch die Abschreibungen, indirekte Steuern plus Subventionen abgezogen werden, ergibt sich die Nettowertschöpfung NWS. Die NWS im Jahre 2007 betrug 1818 Mrd. € sie war seit 1998 um jährlich 36 Mrd. € gewachsen. Das gesamte private Geldvermögen nach dem Haushaltsprinzip (Bargeld, Spareinlagen, Zertifikate, Aktien, Sparbriefe, Festgelder, Festverzinsliche Wertpapiere, Versicherungseinlagen und Pensionsansprüche) im Jahr 2007 entsprach 4564 Mrd. € und war seit 1998 um jährlich 128 Mrd. € gewachsen. Das Volumen des sogenannten virtuellen Geldes, das kein realwirtschaftliches Pendant, gemessen mit der Wertschöpfung besitzt, war gleich $4564 - 1818 = 2746$ Mrd. € und sein Zuwachs gleich $128 - 36 = 92$ Mrd. € Erhaltungs- oder Symmetriegrößen im Wirtschaftskreislauf sind unbekannt. Das Finanzkapital im freien Flug führte zur extremen Finanzblase mit den bekannten Folgen. Als historisches Beispiel kann man die deutsche Börsenflaute von 2000 und 2001 nennen, durch die private Geldvermögen im Wert von 160 Mrd. € vernichtet wurden. In der aktuellen Krise 2007 und 2008 wird eine andere Größenordnung erreicht werden.

Die steigende Asymmetrie des Wachstums von realer Wertschöpfung und virtueller Geldmasse ist ein Zeichen dafür, dass das Finanzsystem seine Funktion der Bedienung des realen Wirtschaftskreislaufs höchst unzureichend erfüllt. Noch fragwürdiger ist die soziale Asymmetrie des Privatvermögens, dessen 59 Prozent 1 Prozent der Bevölkerung und 41 Prozent 99 Prozent gehören. Selbst wenn man eine Symmetriegröße für das Verhältnis Wertschöpfung und virtuelles Geld bestimmen und begründen könnte, ist das übrigens nicht mit den physikalischen Kategorien vergleichbar, da alle ökonomischen Daten von der

historischen Zeit abhängen. Die virtuelle Geldrate VGR im Verhältnis zur Wertschöpfung war 1998 gleich 1,28 und stieg bis 2007 auf 1,51. Die marginale VGR lag bei $(128-36)/36 = 2,55$, ein Maß der Finanzblasenbildung in der Periode 1998 bis 2007. Wodurch wird in einer Volkswirtschaft dieses kritische Maß des Finanzsystems beeinflusst? Es sind dies die vier Größen Wirtschaftswachstum (BIP oder NWS), Leitzins, Inflationsrate und Geldmengenzufluss. Die fast hundertjährige Geschichte der halbstaatlichen FED hat gezeigt, dass die Manipulation von Zinssatz, Differenz von Leitzins und Inflationsrate sowie Geldmengenzufluss nicht immer das Ziel der Wachstumsstützung erreichte. Es war der „Sündenfall“ des ersten Kredits in der Menschheitsgeschichte im Zweistromland vor 3700 Jahren, der das Wirtschaftswachstum auslöste. Heute aber ist es dringend notwendig geworden, die Wachstumseuphorie im Schlepptau der finanzkapitalistischen Hypertrophie zu hinterfragen, weil sie zum ökologischen Desaster führt.

Rette sich wer kann

Die Hauptursachen der Weltfinanzkrise sind die Deregulierung zugunsten der Vermögenden, die Umverteilung von unten nach oben und die kapitalistische Globalisierung. Der pervertierte Finanzkapitalismus führt zu Instabilität, Arbeitslosigkeit, wachsender Ungleichheit, Zurückdrängen der Politik und damit der Demokratie. Es wäre nun anzunehmen, dass die Rettungskonzepte bei den Ursachen ansetzen müssen. Aber weit gefehlt, die Politiker beginnen mit der Oberfläche, mit den Folgen für die Banken, Staat und die Massenkaufkraft. Sie ignorieren die Tatsache, dass jede Wirtschaft in Wechselwirkung zum Gesellschaftssystem steht. Der neoliberale Marktfundamentalismus ist eine Ideologie und zugleich eine politische Doktrin, die den Interessen der Betuchten dient. Schon der in den 40ern bis 50ern entstandene Begriff Marktwirtschaft wird als verschämtes Ersatzwort für Kapitalismus verwendet, als ob nur Kauf und Verkauf und nicht Produktion und Profitrate die entscheidenden Kriterien dieses Wirtschaftssystems sind. Bisher war im politischen Diskurs nur zu hören und zu lesen, dass der Neoliberalismus allen Zusammenbrüchen zum Trotz weiter von seinen Protagonisten propagiert wird. So dreht die EU-Kommission mitten in der Krise unverdrossen ihre Gebetsmühlen und will zum Beispiel die eurostaatlichen Schutzbestimmungen für das kleine und mittlere Kfz-Gewerbe und seine Beziehungen zu den mächtigen Autokonzernen kappen. Die Rettungskonzepte für Finanzen und Realwirtschaft folgen den alten Mustern. Eine neue Erklärungsvariante für den Krisenkapitalismus ist die Interpretation der Krise als überzogener Erfolg. Die Krise wird als kreative Zerstörung interpretiert. Auf kritisches Hinterfragen dieses endlos wiederholten Schumpeterschen Begriffes wird verzichtet. Die kapitalistische Zerstörungskreativität ist das Mittel der Akkumulation und Überakkumulation, die zum Multiplikator sozialer und ökologischer Katastrophen führt.

Nicolas Sarkozy will mit Hilfe des Staates den Aufbau des Kapitalismus der Zukunft betreiben, der Staat als „ideeller Gesamtkapitalist“ von *Friedrich Engels* (MEW Bd. 19, S. 222) lässt grüßen. Im Zusammenhang mit den Rettungs-Transaktionen für die Banken sprechen die Akteure von Teilverstaatlichung. Das ist ein Verschleierungsterminus der Neoliberalen, der genau das Umgekehrte meint, die Geiselnahme des Staates durch die Großbanken. So ist es auch mit dem Euphemismus Privatisierung, der in Wirklichkeit Sozialisierung der Verluste meint. Statt „notleidende“ Banken sollte man pleitentragende Banken sagen. Die Verhüllungsworte der Kapitalherrschaft zu entlarven bedarf es eines neuen *Victor Klemperer*, dessen LTI (Lingua tertii imperii) unvergesslich bleibt. In Deutschland hält die Bundesregierung an ihrem marktradikalen Kurs mit seinem entsprechenden Jargon fest. Ein Beispiel ist Ende 2008 die Tatsache, dass die hochgelobte Kin-

dergelderhöhung durch trickreiche Festlegungen den Empfängern von Hartz IV und Sozialhilfe nicht zugutekommt. Auch die Anhebung der Kinderfreibeträge bei den Steuern betrifft nur Familien mit überdurchschnittlichem Einkommen.

Sogenannte Rettungspakete für die Banken sind zuerst in den USA, Großbritannien, Deutschland, Frankreich und später in anderen Ländern geschnürt worden. Das „frische Geld“, das pleienträchtige Banken und Unternehmen vom Staat erhalten, ist nach *Marx* eine der historischen Formen des Primärprozesses der Bildung großer Privatkapitale: „Die öffentliche Schuld wird einer der energischsten Hebel der ursprünglichen Akkumulation. Wie mit dem Schlag der Wünschelrute begabt sie das unproduktive Geld mit Zeugungskraft und verwandelt es so in Kapital, ohne dass es dazu nötig hätte, sich der von industrieller und selbst wucherischer Anlage unzertrennlichen Mühewaltung und Gefahr auszusetzen. Die Staatsgläubiger geben in Wirklichkeit nichts, denn die geliehene Summe wird in öffentliche leicht übertragbare Schuldscheine verwandelt, die in ihren Händen fortfungieren ganz, als wären sie ebensoviel Bargeld.“ (Bd. I, S. 794). Dafür gibt es unzählige historische Beispiele. Im Zusammenhang mit dem extremen Haushaltsdefizit denkt man sofort an die Wundertüte der internationalen Politik und das probate Mittel der kriegerischen Verwicklungen sowie ihrer quasi Renditen. Der neue Nahostkrieg im Januar 2009 erhöhte in wenigen Tagen den Barrelpreis von 32 auf 48 \$. Wenn der Trend nach oben anhält, kann es zum ersehnten Fluss von Realprofitten in das krisengeschüttelte FED-System führen. Das bereits erwähnte Hilfspaket TARP der US-Regierung in Höhe von 700 Mrd. \$ für die Banken wurde seit Oktober 2008 bis zum Jahresende zur Hälfte ausgegeben und hat nicht die erhoffte Wirkung erreicht. In der zweiten Januarwoche 2009 musste der Kongress im Eilverfahren die zweite Hälfte freigeben. Es ist nicht sicher, dass dies genügen wird. Das Vertrauen der Märkte ist erst einmal verspielt.

Die britische Regierung ist seit Oktober 2008 mit 37 Mrd. £ an führenden Banken beteiligt. Sie hat ferner dem Finanzsektor Bürgschaften von 250 Mrd. £ gegeben. Ein neues Paket wurde ab 18. Januar vorbereitet. Es gibt praktisch drei Stufen, die krisenträchtige Entartung der Banken zu mildern oder zu verhindern. Erstens die Teilverstaatlichung oder besser Als-ob-Verstaatlichung des gegenwärtigen Zuschnitts mit stiller Beteiligung, das heißt ohne Mitspracherecht. Es gibt ferner keinen Einfluss auf die Personalpolitik und die Managerspitze. Diese in der BRD bevorzugte Form ist ein Rezidiv der neoliberalen Staatsaversion und ein Betrug des Steuerzahlers. Zweitens die konsequente Regulierung durch Mindesteigenkapitalstandards, staatliche Kontrolle der Eigentümer und Geschäftsführer, Mindestliquiditätsreserven, Verbot der Umgehung bilanzieller Vorschriften mittels Zweckgesellschaften, Reform der Ratingagenturen und ihrer Kontrollroutinen. Drittens die faktische Verstaatlichung durch Übernahme der Leitung der Bank, die Erneuerung der personellen Spitze und die rigorose Gesundung der Kreditvergabe nach den erwähnten Regulierungsformen.

Im Jahre 2009 kommt die Zeit der wachsenden Konjunkturdeckel. Der US-Kongress billigte schon im Februar 2008 ein Konjunkturprogramm von 150 Mrd. \$, da wähnte sich die deutsche Wirtschaft noch im sicheren Hafen. Zum Ende des Jahres plante der designierte Präsident *Obama* ein Ankurbelungspaket für Arbeitsplatzschaffung von 775 Mrd. \$, zehn Prozent mehr als das Rettungspaket für die Wall Street. Präsident *Obama* will 350 Mrd. \$ des Rettungspakets dem Finanzsektor geben, was jedoch von vielen Abgeordneten des Kongresses abgelehnt wird. Die FED kauft massiv faule Immobilienkredite und wertlose Wertpapiere auf. Es wird nur an den Symptomen der Krise operiert.

Die Wirtschaftspolitik der massiven Deindustrialisierung, Deregulierung des Marktes und Senkung des Zinssatzes, um ausländisches Kapital anzulocken, wird ungehindert weitergeführt. Die Gewerkschaften sind zurückgekehrt zur Position der Kollaboration mit den Unternehmern wie schon einmal in den 20er Jahren. Der neugewählte Präsident *Barack*

Obama ist umgeben von einer Riege von neoliberalen Beratern und eine Persönlichkeit vom Kaliber des Rooseveltberaters *Eccler* ist nicht in Sicht. In seiner Antrittsrede am 20. Januar 2009 vor dem Kapitol sagte er, dass die Krise Ergebnis von Gier und Unverantwortlichkeit sei, was fleißig nachgeplappert wird. Das Wort *Change*, das er im Wahlkampf gebrauchte, taucht nun nicht mehr auf. Der Wechsel aber zu einer anderen Wirtschaftspolitik ist dringend notwendig. Symptomatisch ist der Absturz der Börse in teilweise panikähnlicher Stimmung nach der Rede, ein *Novum* bei der Amtseinführung eines US-Präsidenten. Die US- Finanztitel verloren an der Börse im Schnitt 17 % an einem Tag. Das war das Warnzeichen, dass die Krise der amerikanischen Banken einen Punkt erreicht hat, von dem ab weitere Verstaatlichungen notwendig sind. Allein die bereits erwähnte Bank of America, die sich mit Merrill Lynch übernommen hat, erlitt ein Tagesminus von 29 %. Sie hat 45 Mrd. \$ Staatshilfe und 118 Mrd. \$ Bürgschaften erhalten und braucht nun weitere 80 Mrd. \$. Im Januar 2009 kam es wieder zu sechs Bankenpleiten. Die FED hat durch Aufkaufen hypothekenbesicherter Wertpapiere und langfristiger Staatsanleihen ihre Bilanz auf 2058 Mrd. \$ aufgebläht.

Die Regierung der BRD stellte am 13. Oktober ein Banken-Rettungspaket von 500 Mrd. € vor. Für den Schutz der Arbeitsplätze wurden nur 4,1 Mrd. € vorgesehen. Es ist noch kaum die Rede von Gegenleistungen und vom Recht des Steuerzahlers auf Einfluss auf Investitionsentscheidungen. Die Commerzbank CoBa, die sich bei der Übernahme der hochverschuldeten Dresdner Bank übernommen hat, erhielt im November eine Eigenkapitalspritze vom Staat in Höhe von 8,2 Mrd. € die am 8. Januar 2009 durch weitere 10 Mrd. € Garantien auf insgesamt 18,2 Mrd. € aufgestockt wurden. Außerdem erhielt die Bank eine stille Einlage von 8,2 Mrd. €. Für diese Einlage muss die Bank nach EU-Bestimmungen jährlich 9 Prozent Zinsen bezahlen, die sich bei künftiger Ausschüttung von Dividenden, das heißt 50 Cent pro Aktie um einen weiteren Prozentpunkt erhöhen. An diesem Tag ist CoBa an der Börse nur noch 3,8 Mrd. € wert. SoFFin kauft 295 Mio. Stammaktien der Bank zu je 6 € also zu 1,77 Mrd. € und hält damit eine Sperrminorität von 25 % plus 1 Aktie. Außerdem erhält der Staat zwei Aufsichtsratsmandate seiner Staatssekretäre in der CoBa, aber keinen Einfluss auf die künftige Geschäftsführung, wieder ein Exempel des finanzdominierten Staatskapitalismus. Der Staat hätte die CoBa für 5 Mrd. € kaufen können, das hätte sein Budget viel weniger belastet. Der Kauf der Dresdner Bank durch die CoBa war eine ideale Transaktion aus der Sicht der Allianz AG, die die Dresdner 2001 gekauft hatte und sie seit längerem wieder loswerden wollte. Es ist auch bezeichnend, dass kommentarlos ein umfangreicher Arbeitsplatzabbau angekündigt wird, eine Art Pluspunktesammeln für die Kurspflege. Die grandiose Zockerei der CoBa-Manager soll durch den Steuerzahler kompensiert werden.

Der bisher vornehm Staatshilfe ablehnende Branchenprimus Deutsche Bank DB musste im Januar 2009 einen Verlust von 4,8 Mrd. € im vierten Quartal 2008 melden und der Aktienkurs fiel von 92 € im September 2007 auf 18 € im Dezember 2008. Zu den Belastungen der Bank gehören 6 Mrd. € im Investmentbanking, 1,5 Mrd. € im Eigenhandel, 1 Mrd. € Abschreibungen und 3,5 Mrd. € Verluste aus Sicherungsgeschäften. Die DB hatte vor der Krise einen sehr hohen Anteil an Fremdkapital, mit dem sie die Spekulation finanziert hat. Daher stammt wohl die berühmte Ackermannsche Zielmarke 25 für die Eigenkapitalrendite. Man kann diese Konstruktion als ein Quasi-Schneeballsystem bezeichnen. Es fiel ihnen auf die Füße. Gegenwärtig ist die Bank nun damit beschäftigt, ihre Aktiva zu reduzieren, im vierten Quartal waren es 300 Mrd. € um die Eigenkapitalrendite nach der Leverageformel zu erhöhen und die Kurserwartungen zu verbessern.

Bundesbank und Finanzaufsicht BaFin haben bei 20 Banken in Deutschland einen weiteren Abschreibungsbedarf von 300 Mrd. € auf illiquide Wertpapierpositionen festgestellt. Im diesem Zusammenhang kam es zu Vorschlägen für eine große staatliche Zweckgesell-

schaft, eine sogenannte Bad Bank BB. Schweden hat das in den Jahren 1987 bis 1994 mit den Sicherungsfonds Securum und Retrieva gemacht. Hier bekamen aber nur staatliche Banken eine BB zur Seite gestellt. Minderheitsbeteiligungen des Staates wie im Fall CoBa gab es nicht. Damals gab der schwedische Staat Garantien über umgerechnet 19 Mrd. € Das Krisenmanagement des schwedischen Finanzsystems kostete 3,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Wenn der Staat zur Stützung der Banken eingreift, muss es sehr wehtun, sagte der damalige schwedische Finanzminister *Bo Lundgren* und meinte damit die Banken und nicht die Steuerzahler. Das will Finanzminister *Peer Steinbrück* offenbar seinen Banken nicht zumuten.

Am 13. Januar 2009 stellte die Regierung ein zweites Konjunkturpaket vor mit einem Volumen von 50 Mrd. € die CoBa hatte allein vorher etwa die Hälfte bekommen. Der Entwurf des Pakets stammt bezeichnenderweise von einem Wirtschaftsberatungsunternehmen. Diese Wirtschaftsberater sind besonders verlässlich in dem Job, mit dem seit Jahrzehnten bewährten Rationalisierungskurs den Banken und Unternehmen die neoliberalen Mores zu lehren. Das Hauptmerkmal dieses Konjunkturdeckels ist daher seine soziale Schieflage. Geringverdiener, Rentner und Sozialleistungsbezieher gehen weitgehend leer aus. Die Steuer- und Abgabeentlastungen kommen den Beziehern großer Einkommen fast zehnmal stärker zugute als denen geringer Einkommen. Die Hälfte der Haushalte hat nichts von Steuersenkungen. Um das zu kaschieren gibt es einige Zugeständnisse und Boni wie einmalige Zuwendungen. Bildung, Kultur und Umwelt sind unterbelichtet oder fehlend. Es gibt keine Zuschüsse für Lehrereinstellungen in den öffentlichen Schulen mit unerträglich hohen Klassenstärken. 20 Mrd. € sind vorgesehen für Investitionen zur Modernisierung der Infrastruktur auch für Kommunen, die vermutlich fertige Projekte haben, die man für die schnelle Realisierung braucht. Zwei Drittel des Betrags sind vorgesehen für Schulen und Hochschulen, der Rest für Straßen, Schienen, öffentliche Gebäude.

Typisch für den Geist oder besser den Ungeist der Verfasser ist die fragwürdige Abwrackprämie von 2500 € für Altautos und Neukauf eines Autos mit EU-Abgasnorm 4. Dagegen gibt es für ein Kind einmalig 100 € Die Abwrackprämie führt zur Massenvernichtung von intakten Gebrauchswerten. Es werden viel gebrauchte Autos in gutem Zustand und geringer km-Zahl verschrottet. Ein neues Auto erfordert für seine Herstellung 20 bis 30 t Kohlendioxid. Die Regierung will ihr Lieblingskind, die Automobilindustrie retten, die in ihrer jetzigen antiökologischen Verfasstheit ohnehin das Ende der Fahnenstange erreicht hat. Etwa 17 Mrd. € des zweiten Konjunkturpakets sind bestimmt für Kurzarbeitergeld. Worin besteht eigentlich die Wirkung der staatlichen Geldspritzen für die Unternehmen der Realwirtschaft in der Krise. Lohnkostenzuschüsse für Kurzarbeit und sonstige Beschäftigungshilfen kassiert der Unternehmer anstandslos. Wie wird aber verhindert, dass das Unternehmen mit seiner krisenhaft niedrigen oder gar negativen Profitrate auf die eine oder andere Weise wieder umsteigt auf den unter den gegebenen Bedingungen lukrativeren Zug der Finanzanlagen mit relativ geringem Risiko oder gar der Schnäppchenpapiere. Warum gibt es nur wirkungsarme einmalige Sondergaben wie die Abwrackprämie anstelle eines Konzepts veränderter Lohnpolitik zur nachhaltigen Verbesserung der zahlungsfähigen Nachfrage der arbeitenden Bevölkerung, die über ein Jahrzehnt sinkende Reallöhne hinnehmen musste.

Die Hauptgewinner der Krisenpolitik der Bundesregierung sind die Banken und die Großunternehmen, für die es ein neues Bürgschaftsprogramm über 100 Mrd. € gibt. Das Kapital fordert unverdrossen Hilfe vom Staat, dessen Zuständigkeit und Leistungsfähigkeit es in den letzten Jahrzehnten untergraben hat. Die bisherigen Aktionen der Bundesregierung zeigen, dass aus der Krisenanalyse keine dringend notwendigen Schlüsse für institutionelle Veränderungen gezogen wurden. Dazu gehören Maßnahmen zur Regulierung der

Finanzmärkte, Verbot von Hedgefonds und Zweckgesellschaften, Vergesellschaftung von Banken, Stopp für Privatisierungsprojekte und Demokratisierung von Großunternehmen.

Seit Februar 2008 wird von Regierungsparteien und Opposition intensiv über eine sogenannte Schuldenbremse diskutiert, da sich der Bund mit mehr als 50 Mrd. € für die beiden Konjunkturprogramme und 70 Mrd. € für den Finanzstabilisierungsfonds verschulden wird. Den ökonomischen Unsinn einer Schuldenbremse hatte bereits der schon erwähnte *Michael Kaletzki* nachgewiesen. Eine strenge Schuldenbremse wird zur Wiederkehr der berüchtigten neoliberalen Sparpolitik auf Kosten der Infrastruktur des Verkehrswesens, der Volksbildung und des Gesundheitswesens, deren schlimme Folgen wir heute erleben. Die Schulden des Bundes werden von der 2001 gegründeten Finanzagentur GmbH verwaltet. 2009 soll sie 323 Mrd. € auf dem Kapitalmarkt leihen. Dafür verkauft sie Bundesanleihen auf Auktionen, an denen auch ausländische Banken teilnehmen. Fast die Hälfte der deutschen Staatsschuld finanziert das Ausland, die Bundesbank weist einen Anteil ausländischer Gläubiger von 47 Prozent aus. Bundesanleihen sind wie Bargeld. Die Kreditinstitute können die Papiere bei der Europäischen Zentralbank EZB als Sicherheit hinterlegen und erhalten im Gegenzug eine Gutschrift auf das Girokonto. Das Girogeld kann weiterverliehen werden und so wird neues Geld geschaffen. Es ist eine Kopie des FED-Systems. Staatsschulden und entsprechende Ausgaben für produktive, soziale und ökologische Zwecke sind sinnvoll, da Unternehmen und Privatleute im Jahr etwa zehn Prozent des Einkommens sparen und damit ein Nachfrageloch entsteht.

Die Europäische Union hat ein Nothilfeprogramm von 3,1 Mrd. € für Lettland aufgelegt. Zusammen mit dem IWF und der Weltbank erhält das Land 7,5 Mrd. € Kredite. Zuvor hatte schon Ungarn Nothilfe erhalten. Es ist übrigens ein Irrtum, wenn man glaubt, dass mit der Megakrise die Spekulationsneigung der Finanzjongleure und die Betrugsneigung mancher Bilanzfriseurer nachhaltig verhindert werden. Im Zusammenhang mit den Garantiefonds des Staates geben Privatbanken neue staatsgarantierte Anleihen heraus, die auf dem Finanzmarkt den echten Staatsanleihen Konkurrenz machen. Manche börsennotierte Unternehmen versuchen, durch Aktienrückkäufe Kurspflege zu betreiben. Es wächst auch die Versuchung einer Kapitalerhöhung an der Börse mit neuen Aktien. Dies alles zeigt, dass die Chuzpe der Finanzmanager keine Limite kennt. Man ist an das alte derbe deutsche Sprichwort erinnert. „Auf fremdem A ... durchs Feuer fahren.“

Frankreich präsentierte im Herbst 2008 zuerst einen Hilfsplan von 360 Mrd. € und Präsident *Nicolas Sarkozy* schlug Verstaatlichung von Schlüsselindustrien vor. Seit Herbst hat Frankreich nun 428 Mrd. € aufgebracht, um vor allem Banken und Konzernen zu helfen. Am 13. Januar 2009 beschloss die Regierung ein Konjunkturpaket von 26 Mrd. € speziell für Bauprogramme und Investitionen. Dividenden wurden nicht belastet und Arbeitnehmer nicht entlastet. Von Aufwendungen für Bildung, Kultur und Gesundheitswesen ist nicht die Rede. Im Oktober 2008 bestätigte das russische Parlament schließlich ein Paket von 63 Mrd. Rubel. Im gleichen Jahr hat die dänische Regierung die Roskildebank komplett übernommen. Sie musste im Januar 2009 ein Stabilisierungspaket für weitere Banken zu 100 Mrd. Kronen (13 Mrd. €) auflegen. Die Zinsen betragen für Banken mit unvorsichtiger Geschäftspolitik 11,25 % und für gesunde Banken 9 %. Das Finanzministerium verlangt halbjährliche Rechenschaftsberichte.

Die größten Pakete sind die der USA und der EU. In bewährter Tradition dienen sie erneut der Umverteilung von unten nach oben. Die solventen kommerziellen Banken werden kaum dafür herangezogen, es bleibt eine Leistung der Steuerzahler. Die Krankheit des gesellschaftlichen Distributionssystems wird mit dem gleichen Virus bekämpft, der sie hervorgebracht hat. Die politische Reaktion auf die Menetekel der Megakrise sind also bisher eine Art von „Weiter so!“ oder das neue Buch eines bekannten Politikers mit dem Titel „Mehr Kapitalismus wagen“. Die Konjunkturdeckel wirken nicht oder nur unvoll-

kommen, wenn sie nach dem Gießkannenprinzip verteilt werden auf Bereiche, die über keine aktuellen Projekte verfügen, nur die erneute Überproduktion erzeugen und keine Multiplikatoreffekte auslösen. Sie wirken auch dort nicht, wo sie Basisinnovationen fördern, die auf kurze Zeit noch keinen Gewinn versprechen.

Die Summe der weltweiten Rettungspakete zur Verhinderung einer Depression betrug im Dezember 2008 mehr als zehn Billionen. Sie umfassen Liquiditätsspritzen, Kauf fauler Bankaktiva und Garantieschirme über die Interbankenmärkte. Die FED hat wie die britische Zentralbank begonnen, zusätzlich zu ihrer radikalen Zinssenkung ihre zweite Stellgröße zu manipulieren, nämlich Geld am Computer zu kreieren und ohne den Umweg über die Privatbanken in die Realwirtschaft zu pumpen. Das kommt ganz simpel daher als „quantitative easing“, etwa als nominale Erleichterung zu übersetzen. Die FED kauft den Unternehmen Wertpapiere ab und stärkt damit unmittelbar ihre Liquidität. Sie muss auch Staatsanleihen der Regierung aufkaufen, wenn diese keine ausländischen Investoren mehr findet. Bei den Bürgern ist ohnehin kaum etwas abzusetzen, da sie schwer verschuldet sind und die Sparquote bei Null liegt. Die riesige Geldschwemme wird den Wert der Greenbacks weiter reduzieren. Es ist zu vermuten, dass die US-Regierung irgendwann im Jahr 2009 den Dollar drastisch abwertet wie weiland Präsident *Nixon* 1971, um auf einen Schlag die enormen Zahlungsverpflichtungen gegenüber ausländischen Gläubigern weitgehend zu annullieren. Die Bilanzsumme der FED betrug im September 874 Mrd. \$ und erreichte im Dezember 2219 Mrd. \$ oder 20 Prozent des BIP pro Jahr. Im Februar 2009 wurde das FED-Kreditprogramm Term Asset-Backed Securities Loan Facility TALF von 200 auf 1000 Mrd. \$ erhöht, davon stammen 100 Mrd. \$ vom Finanzministerium. Die Kredite sollen refinanziert werden durch Verbriefung. Die Geschäftsbanken bündeln Darlehen zu größeren Paketen, verkaufen sie an Investoren weiter und haben damit wieder Eigenkapital frei, um neue Kredite zu vergeben. Dieser Kreislauf ist aber jetzt durchbrochen und Verbriefungen sind nahezu unmöglich, weil kein Investor sie haben will. Man versucht es mit den Zweitmärkten, den Mittelständlern, Studenten oder Autokäufern. Unter dem Präsidenten *Obama* wird ein Rettungspaket von 275 Mrd. \$ geschnürt, von denen 200 Mrd. \$ an die halbstaatlichen Hypothekenfinanzierer Fannie Mae und Freddie Mac gehen und 75 Mrd. \$ an bis zu neun Millionen Hausbesitzer, die von Zwangsversteigerungen bedroht sind. Aber das wird jenen weiteren 13,6 Millionen Haushalten nicht nutzen, die auf Hypotheken sitzen, die höher sind als der Marktwert ihrer Gebäude.

Keynes, dessen Rezepte gegen die Krise in der Ära *Thatcher-Reagan* von den Politikern zum alten Eisen geworfen wurden, weil sie nicht voll geeignet waren für den scharfen Kurswechsel zur Deregulierung, wird mit seinem Deficit Spending wohl oder übel wieder gebraucht, wenn die Krise die Realwirtschaft erfasst. Die Botschaft seines Hauptwerks ist ohnehin an die Geldeliten gerichtet. Ganz ungeniert schreibt er, dass die Beschäftigung (bezeichnenderweise erste Kategorie im Titel seines Buches) nur steigen kann, wenn die Reallöhne fallen. (S. 14) Er meint dort auch, dass die Gewerkschaften nicht streiken werden, wenn die Lebenshaltungskosten durch Inflation steigen und nur etwas Widerstand leisten bei Einbußen des Nominallohns. *Keynes* empfiehlt ferner die Regulierung der Geldmenge, die angeblich auf die Zinsrate wirkt. Die FED hat dieses Rezept allerdings ohne Erfolg ausprobiert. In der wissenschaftlichen Gemeinschaft der USA gab es übrigens auch in der Epoche der Deregulierung noch Anhänger von *Keynes*, die ihre Ansichten publizierten. Ganz anders in der BRD, wo der Mainstream der Wirtschaftswissenschaft der Politik predigte, sich aus der Wirtschaft zurückzuziehen, um den Markt besser wirken zu lassen. Durch die ideologisch konditionierte Phalanx der Kollegen wurden die Keynesianer entschieden an den Rand gedrängt oder besser gesagt kaltgestellt.

Am Beispiel von *Keynes* kann man sehen, dass die wirtschaftliche Regulierungsweise einer Gesellschaft als Instrumentarium der Wirtschaftspolitik stets im Hinblick auf die so-

zialen Folgen beurteilt werden muss. Sie ist im besten Fall ein Kompromiss zwischen den Interessen einer Minderheit, der herrschenden Eliten und der Mehrheit der Bevölkerung. Die „New-Labour“-Regierung Englands hat sich neuerdings auf die Interessen ihrer Klientel besonnen und eine Reihe von sozialen Maßnahmen wie Hilfen für kinderreiche Familien, Rentner und hilfsbedürftige Kleinbetriebe und Senkung der Mehrwertsteuer auf 15 Prozent. Als erste Regierung hat sie sich auf die Wiederbelebung eines Stücks Staatskapitalismus besonnen, so erhielt die Royal Bank of Scotland RBS eine Staatsbeteiligung von 57,6 Prozent. Die RBS hat mit 28 Mrd. £ den größten Verlust eines Unternehmens in der britischen Geschichte bekanntgegeben. In den USA war schon im Mai 2008 ein Konjunkturprogramm für Haushalte mit Steuerschecks von 100 Mrd. \$ gestartet worden.

Bisher hat die demokratische Öffentlichkeit wenig über das „Wer erhält was, warum und wie, in welchem Maßstab“ erfahren. Viele Finanztransaktionen der sogenannten Rettung werden wie eh und je geheimgehalten. Der Staat ist nicht in der Lage und auch nicht willens, das finanzkapitalistische Regime zu kontrollieren. Es ist auch in den angepassten Medien nicht die Rede von notwendigen Maßnahmen der institutionellen Veränderung. Der G-20-Gipfel Mitte November war nicht in der Lage, ein solides Programm der nachhaltigen Finanzreform zu verabschieden.

Es geht vor allem um demokratische Kontrolle der Finanzmärkte und ihrer Akteure, die Besteuerung aller Arten von Finanztransaktionen und insbesondere der grenzüberschreitenden, den Stopp für alle Formen der Privatisierung des Sozialsystems, der öffentlichen Infrastruktur. Die Regulierungen sollten international abgestimmt werden. 34 Steueroasen weltweit und Offshore-Zentren des Finanzmarkts müssen abgeschafft werden. So haben auf den Cayman Islands südlich von Kuba etwa 9 000, also rund zwei Drittel aller weltweit aktiven Hedgefonds ihren Sitz und es gibt kaum Regulierungen. Die Kapitaleinkommen müssen grundsätzlich progressiv besteuert werden, um das natur- und menschenfeindliche hyperbolische Wachstum an der Quelle abzuschalten. Außerbilanzielle Geschäfte und Leerverkäufe sollten grundsätzlich verboten werden. Das Verursacherprinzip für alle Formen der Umweltbelastung und direkten Zerstörung ist endlich durch eine entsprechende Gesetzgebung konsequent durchzusetzen. Die privaten Investoren müssen für Verluste selbst haften. Die Hedgefonds sind abzuschaffen. Das Bankengesetz muss festlegen, dass die Menge des ausgeliehenen Geldes je nach Risikostufe einen bestimmten Wert im Verhältnis zum Eigenkapital nicht überschreiten darf. Notwendig wäre die Bindung des Stimmrechts von Finanzinvestoren an eine bestimmte Haltedauer ihrer Kapitalanteile. Man darf Banken nur retten, wenn sie im Gegenzug ihre Gesellschaften in den Steueroasen aufgeben. Nach dem Ende einer Schonzeit sollten die Banken ihre an den Staat verkauften Schrottpapiere wieder zurückkaufen mit einem Aufschlag. Die Verluste müssen die Banken tragen, potenzielle Gewinne gehören dem Steuerzahler. Es sind Vetorechte bei Übernahmen festzulegen. Anstelle der abhängigen Rating-Agenturen sind unabhängige Bewertungsgremien einzuführen. Es sind Gesetze zu schaffen, die die Banken in bestimmten Maße von dem Wechselkursrisiko schützen. Auch Höchstgrenzen für den Kapitalverkehr ins Ausland und zeitlich begrenzte Rückführungssperren sind zweckmäßig. Vor allem müssen Banker mit einem Malussystem auch für Verluste haften. Die Regelsätze der Bezieher von Sozialeinkommen sollten angehoben werden. Überhaupt gilt es, das Primat der Politik und der demokratischen Institutionen gegenüber dem Markt durchzusetzen, die Renaissance regionaler und lokaler Kreisläufe zu organisieren und die Steuergelder mehr zur Förderung des gemeinwohlorientierten Wirtschaftsbereiches als zur Sicherung des existierenden Bankensystems einzusetzen.

Dringend notwendig ist die Durchsetzung von Wirtschaftsdemokratie, die tatsächliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer. Im Dezember 2004 wurde die Rechtsform Societas Europaea SE in der BRD für Unternehmen eingeführt, die es ermöglicht, betriebliche Mit-

bestimmung auszuhebeln. Das Totschlagargument gegen demokratische Mitbestimmung war die Wettbewerbsfähigkeit, eine für viele marktfundamentalistische Attacken verwendete Keule. In Deutschland gibt es kein Konzept der Veränderung der neoliberalen Wirtschaftspolitik, man hörte dagegen zum Ende des Jahres der Ruf nach Steuersenkungen nicht auf. Es ist ein politischer Zyklus des durchsichtigen Wählerbetrugs, denn nach den Wahlen folgen der Steuersenkung soziale Abstriche wegen des Haushaltsloches so sicher wie das Amen in der Kirche.

Insgesamt muss man feststellen, dass die deutsche Bundesregierung kein grundlegendes Konzept der Umgestaltung des marode gewordenen Wirtschaftsystems hat. Zu lange hat man sich ausgeruht auf den Lorbeeren des „Exportweltmeisters“ und im Zuge der auch sozialen Deregulierung seit der rot-grünen Koalition die Sicherung der notwendigen Inlandsnachfrage sträflich vernachlässigt. So hätte die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens viel mehr bewirkt als die stümperhaften ad-hoc-Maßnahmen der letzten Monate. Der Exportboom war das Ergebnis der aggressiven Verkaufsstärke, die durch sinkende Lohnzuwächse im Verhältnis zur steigenden Arbeitsproduktivität erreicht wurde. Seine Kehrseite ist nun der abrupte Einbruch des Exports.

Was kommt danach ?

Die bisherigen Nachrichten über die Reaktion der Regierungen und herrschenden Eliten auf die Megakrise zeugen davon, dass es nur um Palliative zur Minderung der Folgen und nicht um ein Konzept für eine Umorganisation sozial relevanter Institutionen geht. Sie wollen dem Wesen nach so weitermachen wie bisher und verstehen nicht, dass diese Wirtschaftskrise eine gesellschaftspolitische Herausforderung von historischer Dimension ist. Es handelt sich um eine Krise der kapitalistischen Produktionsweise und Gesellschaftsordnung. Ihre fatale lebensbedrohliche Eigenschaft ist die Grenzenlosigkeit des Naturressourcenverbrauchs durch Massenproduktion, unablässige Steigerung der Arbeitsproduktivität und des Profits sowie des Massenkonsums. Das System kennt keinen Limes für die angebliche Allmacht des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, der seine Funktionsweise füttert. Sein absolutes Gesetz ist die Produktion von Mehrwert oder die Plusmacherei. Der Zusammenbruch des Weltklimas, das Schwinden der Biodiversität, die Verarmung nicht nur in Entwicklungs- und Schwellenländern signalisieren die dringende Wende der Wirtschaftspolitik auf globaler, nationaler, regionaler und kommunaler Ebene in Richtung auf die Einheit von ökologischer und sozialer Verantwortung. Dabei sind drei verhängnisvolle Wertorientierungen in den Köpfen und in der Realität zu überwinden. Erstens die Vorstellung, dass Wirtschaftswachstum automatisch die Grundprobleme löst. Zweitens die trügerische Hoffnung, dass technische Innovationen als Wundermittel zusammen mit ihrer angeblich „kreativen Zerstörung“ des Alten die ökologische Modernisierung und den sozialen Ausgleich garantieren. Drittens die Globalisierungseuphorie, die uns sinnlose ressourcenvergeudende Transportströme und weiteres Ansteigen der Weltarmut bescherte.

Es ist schwierig, heute etwas auszusagen über die weitere Entwicklung und die Folgen der Megakrise im 21. Jahrhundert. Wir wissen allerdings, dass unsere Gegenwart grundsätzlich wie stets schon durch Prozesse beeinflusst wird, die einmal die Zukunft gestalten werden. Eine erste Frage ist, ob es überhaupt möglich ist, das gigantische Finanzmarktkapital zu bändigen oder besser als Privatkapital abzuschaffen. Haben die Institutionen der parlamentarischen Demokratie und der Zivilgesellschaft den Willen, das Niveau, die Ausbreitung und die Kraft, die sie zur Lösung der großen Menschheitsprobleme benötigen. Wie lang ist die Geduld der vom totalitären Regime des Kapitals Beherrschten. Warum sind die kritisch und weiter denkenden Kräfte so wenig aktiv und so wenig einig im Ver-

gleich zum Unisono der kapitalbeherrschten Medien. Es ist doch klar, dass der Abbau des Sozialstaats in den letzten beiden Jahrzehnten ermöglicht und verstärkt wurde durch den Zusammenbruch des europäischen Sozialismus, der großen Gegenkraft.

Es wird oft die Frage gestellt, warum die Menschen sich nicht aktiver wehren gegen eine Politik, die weder den Frieden noch das soziale Gleichgewicht, Bildung und Kultur nachhaltig sichert. Es gibt dafür mehrere Gründe. Erstens die Rolle der Massenmedien, die de facto zum größten Teil ökonomisch und ideologisch viel mehr mit dem mainstream gleichgeschaltet sind als das je im Staatssozialismus mit seinen administrativen Verfahren möglich war. Zweitens die Tatsache, dass Mehrheiten in der Bevölkerung gegen politische Entscheidungen von Bundestag und Regierung chancenlos sind, weil Volksentscheide auf Bundesebene verfassungsrechtlich nicht vorgesehen sind. Drittens ist im System der Kapitalwirtschaft der Existenzdruck auf die Menschen umso stärker, je tiefer man nach unten in die zahlreicheren ärmeren Schichten der Gesellschaft schaut. Viertens sind die tausendfachen Ablenkungen und Verlockungen der Spaßgesellschaft nicht geeignet, selbständiges Denken und Handeln zu fördern. Fünftens ist die menschliche Kommunikation in diesem System so vom Tunnelblick des Geldes vergiftet, dass man sich unwillkürlich an die anders gepolten menschlichen Beziehungen in der kleinen DDR erinnert.

Heute sehen wir uns einem Knäuel von lebensbedrohenden Perspektiven auf unserem Planeten gegenüber, die von Krieg und Gewalt, Arbeitslosigkeit plus Armut, Umweltzerstörung bis zum Verfall der menschlichen Kultur reicht. Der Global Report der Weltbank 2008 weist bei 42 von 59 untersuchten Ländern nach, dass sich die Kluft zwischen Arm und Reich weiter vergrößert hat. Nach dem Weltbevölkerungsbericht leiden 939 Millionen Menschen unter chronischem Hunger und ebensoviele haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Berechnungen von Fachleuten der FAO zufolge würden 14 Mrd. \$ pro Jahr ausreichen, um ein signifikantes landwirtschaftliches Wachstum zu erreichen und den Hunger in der Welt zu halbieren. Der finanzdominierte Kapitalismus forcierte dagegen das Wachstum der Arbeitslosigkeit und der Weltarmut. Nach groben Schätzungen in dem Buch von *E. Benjamin Skinner* leben heute etwa 27 Millionen Menschen im Zustand der Sklaverei, besonders in Indien und im Sudan. Nach Daten der UNICEF gibt es in Haiti 300000 Kindersklaven. Das sind Schritte auf dem Weg in die Barbarei. Die Menetekel einer weltweiten Gesellschaftskrise mit ihrer Quelle in der Ökonomie sind längst nicht mehr zu übersehen. Die Wirtschaft sitzt gewissermaßen in der Mitte und konzentriert sich auf ihre eigenen Sorgen, wenn es nach ihren Beherrschern geht. Neben Friedenssicherung, gesellschaftlicher Arbeitsreform, Armutsbekämpfung, Umweltschutz ist die Erhaltung der überlieferten menschlichen Kultur die fünfte und in ihrer Bedeutung nicht weniger wichtige Herausforderung. Die Geschichte der Menschheit hält genügend Lehrbeispiele bereit, wo, wie und warum die Lunte der sozialen, ökonomischen, ökologischen und kulturellen Konflikte brannte und zur explosiven Lösung führte. Das sollte eine Warnung sein.

Jetzt, in der Zeit der Megakrise, ist der von Arbeitsminister *Norbert Blüm* kraft seines Amtes vor 19 Jahren triumphierend totgesagte *Karl Marx* als Kritiker der Politischen Ökonomie wieder en vogue. *Marx* hat den historischen Materialismus auf die evolutorischen Zusammenhänge des Kapitalismus in der Gesellschaft des 19. Jahrhunderts angewandt. Seine politische Zukunftshoffnung war mit der damals aufkommenden neuen Klasse der Industriearbeiterschaft verbunden, die 1850 noch einen Anteil von nur vier Prozent an der Gesamtbeschäftigung in Deutschland hatte, der bis 1870 absolut um das Dreieinhalbfache wuchs. Als das 20. Jahrhundert begann, haben *Rudolf Hilferding*, *Rosa Luxemburg*, *Karl Kautsky* und *Wladimir Iljitsch Lenin* die Marxsche Methode genutzt, um die neuen Verhältnisse in der veränderten Gesellschaft zu analysieren. Das hat zweifellos dazu beigetragen, den gesellschaftlichen Kräften für sozialistische Umgestaltungen Orientierungen zu geben.

Betrachten wir den in Europa nach dem zweiten Weltkrieg entstandenen und 1989 /90 zusammengebrochenen Sozialismus, so war es eine Zeit der Kanonisierung und Dogmenbildung mit Hilfe des staatsoffiziellen Marxismus-Leninismus ML, weit entfernt von der kreativen Anwendung der Marxschen Methode auf die neuen Phänomene. Die ML-Verwalter waren die Hüter der Dogmen. *John E. Roemer* gehört zu einer Gruppe von an *Marx* interessierten amerikanischen Wirtschaftswissenschaftlern. Er schrieb 1981 in seinem bemerkenswerten ökonomisch-mathematischen Werk ohne abstrakte Gleichgewichtsmodelle „Analytical foundations of Marxian economic theory“, dass die Marxsche Theorie, wie sie betrieben wird in den Ländern der Planwirtschaft „... aus der Sicht des 20. Jahrhunderts in einer Ptolemäischen Krise ist, einer Krise, in der manche glauben, dass es mit wenigen Veränderungen der alten Ansätze möglich ist, das Neue zu verstehen. Von allen Methodologien müsste der Marxismus mit seinem Bestehen auf Nichtuniversalität und Vergänglichkeit der entsprechenden historischen Kategorien die letzte sein, die in diese Falle tappt.“ (S. 209 f, Übersetzung HDH). Wie wahr, wie wahr, sagt man, wenn man seine Botschaft am Ende des Buches liest, man müsse den historisch-materialistischen Kern der Theorie von *Marx* auf die neuen Bedingungen von heute anwenden.

Die fünf genannten heutigen globalen Herausforderungen sind miteinander aufs engste verbunden. Bei der Friedenssicherung geht es um die Beendigung der ideologisch kassierten imperialen Abenteuer in Afghanistan und im Irak sowie der immer wieder aufflackernden Bürgerkriege. Allein im Irak gab es bis Ende 2007 in der Zivilbevölkerung 654 965 Tote, wie das New England Journal of Medicine berichtete. Auch der individuelle Terror mit seinen Selbstmordattentaten, Kommandoaktionen, Piratenüberfällen und immer neuen Variationen ist globalisierter Bürgerkrieg, ausgelöst durch soziale Konflikte und Perspektivlosigkeit für junge Menschen. Er wird heute beantwortet mit dem High-Tech-Krieg militärisch überlegener hochgerüsteter Staaten, der wiederum in einer Endlosschleife den Bürgerkrieg anheizt. Waffenhandel und Krieg sind Vorzugsgebiete der Profitquellen des Kapitals, den Begriff militärisch-industrieller Komplex hat schon Präsident *Dwight D. Eisenhower* (1890-1969) geprägt. Deutschland ist drittgrößter Rüstungsexporteur nach den USA und Russland. Es erteilte 2007 Ausfuhrgenehmigungen für Rüstungsgüter im Wert von 8,7 Mrd. € auch für Länder, die in schwere Gewaltkonflikte verwickelt sind. Die Friedenssicherung ist mit der notwendigen gesellschaftlichen Arbeitsreform der Schlüssel für die Bekämpfung der Weltarmut.

In der langen historischen Periode der Industrialisierung vor der informationstechnischen Umwälzung war die Arbeitsproduktivität die Schlüsselgröße für den wirtschaftlichen Fortschritt. Nach den Berechnungen von *Jürgen Kuczynski* (1904-1997) wuchs sie in den Industrieländern von 1840 bis 1900 im Jahresdurchschnitt um 1,5 Prozent, von 1900 bis 1943 um 2,2 Prozent und von 1946 bis 1964 um 3,5 Prozent. Von den vier technischen Funktionen der menschlichen Arbeit wurde zuerst die energetische Funktion durch mechanischen Antrieb ersetzt, dann die ausführende Funktion durch Arbeitsmaschinen und im zwanzigsten Jahrhundert zunächst Teile der Kontrollfunktion. Das führte zum langfristigen Trend steigender Wachstumsraten der Produktivität. Mit der Informationstechnologie kam es in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts zur Ersetzung der Kontrollfunktion und ersten Teilen der vierten, logischen Funktion mit Hilfe der Computer und der Digitaltechnik, die ein noch höheres Tempo des Produktivitätswachstums ermöglichten. 1960 waren 64,5 % und 2000 nur noch 45 % der Erwerbstätigen der BRD der Gruppe der technischen Funktionen zuzuordnen.

Die Arbeitseinsparung als Paradigma des Industrialismus begann an die sozialen Grenzen zu stoßen, der Überfluss der Warenwelt erreichte den Menschen selbst. *Wassily Leontjew*, russisch-amerikanischer Nobelpreisträger der Wirtschaftswissenschaften 1973, hat schon vor einigen Jahren festgestellt, dass der Stand der Automatisierung in der Produktion

um 1990 etwa dem Stand der Mechanisierung von 1820 entspricht. Es ist also jedesmal ein Anfangszustand. Was wird erst passieren, wenn die logische technische Arbeitsfunktion des Menschen in Zukunft massenhaft ersetzt wird. Damit wird die klassische Industriearbeiterschaft mitsamt einer Mehrzahl von Angestellten immer schneller überflüssig gemacht. Bereits von 1995 bis 2002 gingen laut *Jeremy Rifkin* über 31 Mio. Industriearbeitsplätze in den 20 größten Volkswirtschaften verloren, während die globale Industrieproduktion um 30 Prozent wuchs. Das zeugt von einem rasanten Wachstum der Arbeitsproduktivität. Die neue Berufsgruppe der Informatiker kann eine solche sich ergebende strukturelle Arbeitslosigkeit nicht kompensieren. Es kommt zur Veränderung der gesellschaftlichen Betriebsweise, zum Druck auf veraltete Institutionen, die durch neue ersetzt werden müssen.

Die klassische Lohnarbeit des Kapitalismus muss durch neue Formen der Arbeit ersetzt werden. Den historischen Begriff Arbeit unbedingt durch „Tätigkeit“ zu ersetzen ist falsch, man tut dann so, als ob Arbeit immer Lohnarbeit ist. Die Proklamation vom Ende der Arbeitsgesellschaft in den 90er Jahren war inakzeptabel, weil eine Gesellschaft ohne kapitalistische Lohnarbeit denkbar ist, aber keine Gesellschaft ohne menschliche Arbeit. Arbeit ist Teil der Menschwerdung, der Selbstverwirklichung und der Gemeinschaftlichkeit. Ihre historischen Formen waren Sklavenarbeit, Fronarbeit, Zwangsarbeit, kapitalistische Lohnarbeit, Eigenarbeit, öffentliche Arbeit und andere. Sie ist Stoffwechsel des Menschen mit der Natur und zugleich Aktion im gesellschaftlichen Leben, die *Hannah Arendt* als Handeln bezeichnete. Handeln ist in diesem Zusammenhang sprechen, entscheiden, durchführen oder aus eigener Initiative etwas Neues anfangen. Im Kapitalismus wird die Entfremdung des Menschen von der Arbeit deshalb auf den Gipfel des Irrsinns getrieben, weil viel mehr produziert als gebraucht wird und die Arbeit dann immer mehr zur Zerstörung intakter Gebrauchswerte und zur Katastrophenbewältigung notwendig wird. Hinzu kommt der Marsch in moderne Sklaverei in der Leih- oder Zeitarbeit mit 800 000 Beschäftigten 2007 in der BRD. Durch die Leiharbeit wird die Warenförmigkeit der Arbeitskraft auf die Spitze getrieben. Mit dem Begriff Flexibilisierung wird das verschleiert. Leiharbeiter wurden von wesentlichen sozialen Schutzrechten des Staates ausgeschlossen. Die Leiharbeiter sind nicht organisiert, können als Streikbrecher eingesetzt und bei sinkenden Umsätzen problemlos entlassen werden. Das erste Land der Welt, das die im 20. Jahrhundert entstandene und rasch gewachsene Leiharbeit 2009 verbietet ist Namibia mit 16 000 Leiharbeitern. Das neue Gesetz stellt unter Strafe, dass jemand gegen Entgelt eine Person anstellt in der Absicht, sie einer dritten Person als Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen.

Es gibt neben der erwähnten ersten Gruppe der vier technischen Funktionen der menschlichen Arbeit in Industrie, Handwerk, Transport und Handel zwei weitere Gruppen, die wissenverarbeitenden, wissenvermittelnden und wissengenerierenden Funktionen in Bildungswesen, Publikation, Forschung und Entwicklung sowie in der Kunst (1960 18 % und 2000 32,2 % der Erwerbstätigen) und die sozialen Funktionen in der Rechtspflege, dem Gesundheitswesen, dem Sicherheitswesen, der Betreuung, Beratung und Unterhaltung. (1960 17,5 % und 2000 22,8 %) Ferner gibt es Eigenarbeit, Nachbarschaftsarbeit und die Arbeit in den wenigen auf dem Globus verbliebenen Subsistenzwirtschaften. Dies alles sind die in Zukunft erschließbaren Quellen der menschlichen Arbeit unter der Bedingung, dass das derzeitige System der kapitalistischen Lohnarbeit abgeschafft wird.

Es ist eine neue gesellschaftliche Betriebs- und Lebensweise mit sozial relevanten Institutionen zu schaffen, die eine gesellschaftlich oder genossenschaftlich bezahlte Beschäftigung garantieren. Große Teile der zweiten und dritten Gruppe von Arbeitsfunktionen gehören zur wertverbrauchenden Arbeit wie die Arbeit eines Lehrers, eines Arztes, Trainers oder Richters. Wertschöpfende Arbeit wird es immer geben, auch in einer möglichen künftigen solidarischen oder kollektivistischen Marktwirtschaft ohne Dominanz des Finanzka-

pitals. Das derzeitige Gesellschaftssystem verzeichnet riesige Massen kapitalistisch unproduktiver Arbeit, zu denen Wissenschafts- und Ausbildungsarbeit, soziale Arbeit und Arbeitsinhalt von mit Finanzblasengeld gekauften Überproduktionserzeugnissen gehören. Die Arbeiten der zweiten und dritten Gruppe zu privatisieren ist keine Lösung, weil die entstehenden Profite aus der gesellschaftlichen Mehrwertmasse der realen Produktion alimentiert werden müssen. Die Balance von wertschöpfender und wertverbrauchender Arbeit einzuhalten ist eine volkswirtschaftliche Aufgabe der gerechten Verteilung des gesellschaftlichen Gesamteinkommens. Darum ging es in allen sozialen Kämpfen seit der Zeit der frühen Hochkulturen.

Wettbewerb und Technologie führen die Menschheit zur Grenzüberziehung und letztlich zum Kollaps, wenn sie nicht eingebunden werden durch überwachende Institutionen, die soziale Gerechtigkeit und ökologisches Gleichgewicht im demokratischen Konsens der Gesellschaft anstreben. Die globalen Grenzen menschlicher Zivilisation hängen zusammen mit der Klimaerwärmung, der Endlichkeit nichtregenerierbarer Ressourcen an Roh- und Brennstoffen und der Belastbarkeit des Menschen. Ein allgemeines Maß für den stofflich-energetischen Kreislauf der Wirtschaft ist der Stoffstrominput an Primärmaterialien in Tonnen, zu dem mineralische und nichtmineralische Roh- und Brennstoffe, Baustoffe, Wasser, Luft, Erdmassen und biotische Rohstoffe gehören. Das ist die gesamte Masse an Naturstoff, die der Mensch jährlich der Erde entreißt und in den wirtschaftlichen Kreislauf einspeist. Für dieses Kalkül wird auch der Primärenergieaufwand in Tonnen umgerechnet. Bezogen auf die Produkte werden die im ganzen Lebenszyklus von der Rohstoffgewinnung und Herstellung bis zur Nutzung und Entsorgung anfallenden Stoffströme berechnet. So hat zum Beispiel eine Tonne Zement einen „Stoffstromrucksack“ von sieben Tonnen. Wenn wir den Lichtschalter betätigen, lösen wir einen technischen Prozess aus, dem ein Stoffstromäquivalent entspricht. Auch jeder wirtschaftlichen Transaktion entspricht die direkte oder indirekte Auslösung eines stofflich-energetischen Aufwands. 1000 US-Dollar Bruttoprodukt entsprechen annähernd 32 Tonnen Stoffstrom aus der Natur. Während in den ärmeren Entwicklungsländern der jährliche Stoffstromverbrauch pro Kopf 10-40 Tonnen beträgt, liegt er in den OECD-Ländern bei 800 Tonnen, darunter in den USA bei mehr als 1100 Tonnen. Der schnell steigende Verbrauch an Naturressourcen ist verbunden mit der Freisetzung von Schadstoffen wie Kohlendioxid, der Dissipation wertvoller Stoffe und der Erzeugung von Müllbergen. Die Werbebranche ist ein Beispiel für die extreme Naturressourcenverschwendung. Die weltweiten Werbeausgaben stiegen von 1950 bis 2007 um das 11fache und erreichten 637 Mrd. \$. Sie wachsen schneller als das BIP und übertreffen schon lange die Bildungsausgaben in den führenden Industrieländern. Durch die Ressourcenverschwendung werden Naturkreisläufe in einer Weise gestört, dass nun die Anzahl und die Schwere regionaler Katastrophen ansteigen. Nach Angabe der Münchner Rück hat sich ihre Anzahl seit 1980 verdreifacht und 2008 betrug der wirtschaftliche Schaden 140 Mrd. € bei 220 000 Toten. Auch die Versprechungen der Protagonisten der Informations- und Kommunikationstechnologie IKT auf die positiven ökologischen Wirkungen haben sich nicht erfüllt. So schluckt die IKT in Deutschland mehr als zehn Prozent des Stromverbrauchs und erzeugt pro Jahr 33 Millionen Tonnen CO₂, das heißt soviel wie der gesamte innerdeutsche Flugverkehr.

In der Carnoules Deklaration von sechzehn internationalen Umweltexperten des Factor 10 Club im Jahre 1994 wurde angesichts der drohenden Zerstörung des Gleichgewichts der Naturkreisläufe gefordert, bis zum Jahre 2045, also in fünfzig Jahren den globalen Stoffstrominput des Wirtschaftssystems zu halbieren. Im Jahre 1990 betrug der globale Stoffstrominput 2512,5 Billionen Tonnen, pro Kopf der Weltbevölkerung 776 Tonnen. Der Primärenergieverbrauch lag bei 321,1 Exajoule EJ und pro Kopf 60,7 Gigajoule GJ. Das Verhältnis des Stoffstroms zum Primärenergieverbrauch betrug 7,82 kg / MJ. Im Jahre

2000 betragen diese Werte 423,5 Exajoule EJ und 70,3 Gigajoule GJ. Es ist erschreckend, wenn die OECD in ihrem World Energy Outlook einen Anstieg des Primärenergieverbrauchs von 45 Prozent voraussagt.

Die Kehrseite des schnellen Wachstums der Arbeitsproduktivität ist in den letzten Jahrzehnten die Stagnation der Ressourcenproduktivität, des Verhältnisses des Bruttoproduktionswerts in konstanten Preisen zum gesamten Stoffstrominput in Tonnen pro Jahr. Gleichzeitig sinkt die Arbeitshaltigkeit des Stoffstroms, die Anzahl der Erwerbsarbeitsstunden je Tonne Stoffstrominput. Von 1960 bis 1990 war in der Bundesrepublik jährlich die Arbeitsproduktivität um 3,6 Prozent und die Ressourcenproduktivität nur um 0,3 Prozent gewachsen, während die Arbeitshaltigkeit um – 3,1 Prozent p. a. reduziert wurde. Bereiche hoher Arbeitshaltigkeit sind dagegen die Formen der Subsistenzwirtschaft, des ökologischen Landbaus, der kommunalen Verkehrssanierung, der Katastropheneinsätze und der besonders stoffsparenden Technologien, wie zum Beispiel der Mehrwegverpackung. Nachhaltigkeit heißt höhere Arbeitshaltigkeit des Stoffstroms, die ein soziales mit einem technisch-naturbezogenen Maß verknüpft. Diese Erkenntnis findet sich leider in keiner Publikation der Umweltexperten, auch nicht bei *Donella* und *Dennis Meadows*.

Nur bei wachsender Arbeitshaltigkeit kann die Ressourcenproduktivität, wie es notwendig ist, schneller wachsen als die Arbeitsproduktivität und vice versa! Geht man von einem künftigen Wachstum der Weltproduktion in konstanten Preisen von 3,2 % p. a. und einer notwendigen Halbierung des Stoffstrominputs aus, so kommt man zu einem erforderlichen Anstieg der Ressourcenproduktivität von 4,7 % p. a. Das entspricht dem Faktor 10 der Carnoules Deklaration, das heißt der zehnfachen Erhöhung der Ressourcenproduktivität in fünf Jahrzehnten. Im Jahre 2050 muss nach den Berechnungen des Carnoules-Instituts ein Mensch höchstens 5-6 Tonnen Naturressourcen pro Jahr verbrauchen und die Emission von Treibhausgasen muss auf ein CO₂- Äquivalent von 2 t reduziert werden. Bei einem Wachstum der Erwerbsarbeitszeit um 0,5 % p. a. wächst die Arbeitsproduktivität um 2,7 % p.a. und die Arbeitshaltigkeit steigt um 1,9 % p. a. Wenn es gelänge, dieses Programm zu realisieren, wäre es eine grundlegende Umsteuerung des globalen wirtschaftlichen Kreislaufs.

Stofflich-energetischer Kreislauf und Wertschöpfungskreislauf werden heute angetrieben durch die globale Maschine des Finanzkapitals, die auch zunehmend den Kreislauf des Realkapitals steuert. Genau dieser Kern der globalen Umweltproblematik wird bisher kaum thematisiert. Die beiden *Meadows* schreiben in ihrem Weltmodell von 1992 sogar: „Armut schafft Bevölkerung – Bevölkerung schafft Armut. Wenn das Kapital schneller wächst als die Bevölkerung, steigt der Lebensstandard der Menschen“ (Meadows 1992 S. 61). Das ist die verquere Logik des sogenannten grünen Kapitalismus, *Malthus* lässt grüßen. Bestenfalls wurden im vergangenen Jahrzehnt Steuerkonzepte diskutiert und versucht, die nur ein Palliativ sind, das für sich genommen nicht der Dimension des notwendigen sozialökonomischen Phasensprungs entspricht.

Ein Muster für die Anbetung des Götzen Markt anstelle von mittel- und langfristiger Planung ist die Ignoranz gegenüber negativen ökonomischen und ökologischen Neben- und Fernwirkungen neuer technischer Modetrends. Es gibt fatale wirtschaftliche Rückkopplungsschleifen, in denen der Finanzmarkt mitgemischt und die schädlichen Wirkungen verstärkt hat. Ein Beispiel ist der Biokraftstoff-Trend. Die Nutzung der nachwachsenden Rohstoffe der Nahrungsmittelkette für Biokraftstoffe wurde mit Subventionen gefördert. Sie führt zur Verringerung der Anbauflächen für den menschlichen Lebensmittelbedarf, zur Erhöhung der Nahrungsmittelpreise und spekulativen Wellen an der Rohstoffbörse. Verknappung und hohe Preise vermehren die Zahl der Hungernden in der Welt.

Der Weg zu einer Wende im Verhältnis von Natur und Arbeit führt über die Entkopplung von Profitstreben und Naturressourcenverbrauch durch eine Reform der gesamten

Regulierungsweise, über den sozialen Ausgleich, das Umsteuern der technischen Entwicklung, die Verabschiedung von der Wachstumsideologie und eine andere Lebensweise. Die Kernbewegungsgröße des Kapitalismus, die kapitalbezogene Profitrate hielt *Marx* für tendenziell fallend, in dem neuen Jahrhundert wird sie durch Überproduktion, Klimawandel, Vervielfachung regionaler und lokaler Naturkatastrophen, Versiegen natürlicher Vorräte, Vermüllung und Zunahme sozialer Katastrophen mit großer Wahrscheinlichkeit eindeutig fallend. Eigentlich ist sie es formal heute schon, wenn in dem Quotienten der Rate nur der Realprofit im Zähler und das Gesamtkapital, das heißt Eigen- und Fremdkapital im Nenner eingesetzt wird.

Fakten über den künftigen Klimawandel zeigen, dass das Umweltproblem viel drohender ist, als es zur Zeit rezipiert wird. Der Zusammenhang zwischen Naturressourcenkreislauf und Wirtschaftskreislauf ist eindeutig, aber die Frage nach der Art der Steuerung dieser Kopplung wird verschieden beantwortet. Handelbare Lizenzen für Emissionen mit schrittweiser Einschränkung des Gesamtvolumens, Steuerformen oder Ökoprise werden angeboten. Das sind aber im Grunde Palliative nach der Devise „Der Markt wird es schon richten“. Sie greifen nicht dort ein, wo der eigentliche Ansatzpunkt für die Unterbindung der Überakkumulation und Überproduktion auf Kosten der Umwelt ist. Folgt man dem MIPS-Konzept von *Friedrich Schmidt-Bleek*, so ist die Ressourcenproduktivität bzw. ihre Wachstumsrate eine universelle Messgröße des Naturressourcenverbrauchs der Produktion, denn sie ist auch korreliert mit den Emissionen. Die empfindlichsten und universellen Messgrößen des wirtschaftlichen Kreislaufs und seiner Veränderung aus der Sicht der Unternehmen sind die Rendite auf das Gesamtkapital des Unternehmens und die Zinsrate i für das aufgenommene Fremdkapital.

Die Bewegungsrichtung von Geld und Kapital geht immer in Richtung des größten Haufens, dafür sorgt schon der Zinsmechanismus. Das ist auch die Ursache der Bevorzugung der Ersten anstelle der Dritten Welt. In der lebenden Natur dominieren ausgleichende Prozesse mit Sättigungsgrenzen, die *Aristoteles* in Analogie zu seiner Humanethik „kosmische Gerechtigkeit“ nannte. Auch die Menschheitsgeschichte begann mit Gegenseitigkeit und Kompensation. Das ist aber nicht das Prinzip der Geldgesellschaft, die den Menschen nicht als Einheit von Leib, Kopf und Seele, sondern als bezifferbares „Humankapital“ betrachtet. Die Entmachtung der heutigen Form der Zinswirkungen des Geldes ist die Grundaufgabe der Menschheit, wenn sie eine Zukunft haben will.

Für jede Branche könnte der Zins als ökologische Stellgröße $i(U)$ staatlich ermittelt und jährlich festgelegt werden. Die ökologische Zinsrate müsste am höchsten sein bei negativem oder Nullwachstum der Ressourcenproduktivität, mindestens so hoch wie die Durchschnittsrendite der Branche und am geringsten oder negativ bei überdurchschnittlichen Wachstum der Ressourcenproduktivität des Unternehmens. Das bedeutet, dass die Banken ihr Leihkapital nur mit dem Ökozins versehen dürfen. Die Einnahmen aus dem Ökozins werden ausschließlich für ökologische und soziale Zwecke verwendet. Firmen bekommen nur dann Fremdkapital und können damit expandieren, wenn sie ihr Wachstum der Ressourcenproduktivität erhöhen. Die konkrete Ökozinsrate einer Branche wird auf der Grundlage sorgfältiger Untersuchungen aller umweltrelevanter Bedingungen ihrer Produktion und ihrer Marktaktivitäten festgelegt. Sie ist die Kerngröße einer strengen staatlichen Umweltregulierung, die das schwelende Feuer der stetigen die Nachhaltigkeit zerstörenden Aktivitäten löscht, bevor es zur weltweiten Flammenkatastrophe wird.

Wie wird es nun mit der Megakrise weitergehen? Rezessionen, die es in der Wirtschaftsgeschichte der BRD mehrfach gab, wurden abgelöst durch Erholungs-, Stabilisierungs- oder Aufschwungphasen, die mit dem Abschwung einen V-förmigen Verlauf bildeten. Dabei gingen die durchschnittlichen Wachstumsraten der Produktion dieser Zyklen seit 1986 immer weiter zurück. Manche Ökonomen verbreiten Optimismus, indem sie vor-

aussagen, dass der kommende Aufschwung umso größer sei, je tiefer der jetzige Einbruch wird. Die „Mutter der Krisen“ in den 30er Jahren in den USA hatte dagegen einen L-förmigen Verlauf, eine lange Depression folgte dem Einbruch. Wenn man versucht, auch mittelfristig etwas über die heutige Megakrise auszusagen, muss man die längere Vergangenheit mit ihren evolutorischen Mustern befragen. Seit Beginn der Industrialisierung gibt es neben der Abfolge von Handels-, Produktions- und Finanzkrisenzyklen die sogenannten Langen Wellen oder „Kondratjews“ nach dem Namen ihres Entdeckers in historischen Preisreihen, dem russischen Ökonomen *Nikolai Kondratjew* (1892-1938). Es sind die jeweils etwa 40 bis 60 Jahre umfassenden Bewegungen der Wirtschaftsleistung auf dem Hintergrund des Gesamttrends, die in Wechselwirkung mit neuen Basisinnovationen und allgemeinen Wirkfaktoren, technologisch-organisatorischen Veränderungen und Wertrevolutionen sowie vor allem mit gesellschaftlich-institutionellen Wechseln stehen. Sie begannen mit dem 1. Kondratjew der Mechanisierung um 1790-1840, dem 2. Kondratjew des Eisenbahnbaus um 1840-1890, dem 3. Kondratjew der Elektrifizierung um 1890-1940, dem 4. Kondratjew der Automatisierung um 1940-1990 und dem 5. Kondratjew der Information und Kommunikation von 1990 bis 20???. Jeder Kondratjew kann grob in die Phasen der Prosperität, Rezession, Depression und Erholung unterteilt werden.

Der absehbare und notwendige 6. Kondratjew der Umwelttechnik, Solarenergie und Biotechnologie ist noch in den Startlöchern, er baut vorerst keine durchgreifende neue Wachstumsphase auf. Die Finanzkrise macht um Nachhaltigkeit, Klimapolitik und erneuerbare Energien keinen Bogen. So hat das deutsche Solarunternehmen Q-Cells 2008 drei Viertel seines Marktwerts verloren. Es ist eine blanke Illusion, wenn die Grünen einen „Green New Deal“ als Mittel zur Überwindung der Krise vorschlagen. Die erneuerbaren Energien Solarstrom, Windstrom, Bioenergie, Wasserkraft, Erdwärme, Gezeitenenergie oder Kernenergie sind keine reale Alternative zu den fossilen Energieträgern, weil ihre Herstellung, Ausrüstung und Nutzung selbst so viel Naturressourcen bzw. Energie verbraucht, dass der Saldo wenig Nutzen für die Menschheit bringt. Auch die Effizienzsteigerung der Verbrauchsprozesse wird durch die weitere Ausdehnung des Verbrauchs im Wirtschaftswachstum mehr als kompensiert. So ging weltweit von 1990 bis 2004 der Energieverbrauch pro Flugkilometer um 29 % zurück. Der gesamte Verbrauch von Treibstoff erhöhte sich in der gleichen Zeit von 3,8 auf 5 Mio. Barrel pro Tag.

Wenn die Abfolge sich wie bisher wiederholt, nähern wir uns mit der gegenwärtigen Megakrise einer Depression im heutigen 5. Kondratjew. Ein Merkmal dafür ist der Rückgang des Anteils der Informations- und Kommunikationswirtschaft am absoluten Zuwachs des Brutto Produkts in führenden Industrieländern. Der IT-Sektor wird von der Krise gebeutelt. Die Wachstumsphase des neuen Handy-Markts seit 1994 geht zuende. Chipgeschäft und PC-Markt brechen ein. Der Elektronikkonzern Sony hat erstmals seit 1994 einen voraussichtlichen Verlust im ersten Quartal 2009 von 100 bis 200 Mrd. Yen. Hintergrund der Verluste ist auch der starke Yen. Das Unternehmen wird 16 000 Arbeitsplätze abbauen und Investitionen kürzen. Der Softwarekonzern Microsoft streicht weltweit bis zu 5000 Arbeitsplätze und SAP 3300 im Jahr 2008. Einige selbsternannte Analytiker behaupten nun, dass die moderne Informationstechnologie an der Megakrise schuld sei, weil sie erst die komplexen Spekulationsmodelle konstruieren konnte. Das ist die altbekannte Masche, die Technik und nicht das Wirtschaftssystem für die Malaise verantwortlich zu machen.

Die Charakteristik des Übergangs von Rezession zu Depression zwischen 1968 und 1978 im 4. Kondratjew war die Stagnation oder der tendenzielle Rückgang der Rendite des Realkapitals durch das schon erwähnte productivity gap. Ob wir nun im 5. Kondratjew einen solchen Übergang in den Jahren 2009 bis 20?? erleben wird sich herausstellen. Absehbar sind heute Massenentlassungen, die positiv auf die Rendite wirken, zugleich aber

immer stärkere negative Wirkungen des entropischen Faktors der modernen Wirtschaft durch mehr regionale Naturkatastrophen, Vergeudung von Ressourcen durch Überproduktion, Arbeitslosigkeit, zunehmende Gewaltexzesse, Kriege und Bürgerkriege, Umweltzerstörung, Vermüllung, vom Menschen verursachte Katastrophen, Emission von Schadstoffen, Vernichtung überflüssigen Sachkapitals, Anwachsen psychischer Schäden und Krankheiten. Das Ergebnis auf der Ebene der Unternehmen der Realwirtschaft ist Kapitalentwertung und Gewinnverminderung durch höhere Kosten aus Abschreibungen und Wertberichtigungen. Hinzu kommt der volkswirtschaftliche Schaden, für den der Steuerzahler aufkommen muss und der die Mittel für öffentliche Investitionen im sozialen und Bildungsbe-
reich reduziert. Seit Februar 2009 taucht nun weltweit das gefürchtete Wort Depression im wirtschaftlichen Dialog auf. *Dominique Strauss-Kahn*, Chef des IWF erwartet eine Depression, die extremer und folgenschwerer als die Große Depression der 30er Jahre wird. Er hatte schon im September erkennen müssen, dass es sich um eine Krise des Systems handelt. Wie im vorigen Jahrhundert oder auch im Sommer 2008 gibt es aber auch im Februar 2009 viele optimismusverbreitende Experten oder solche, die sich dafür halten, die eine längere Schwächeperiode strikt verneinen. Kleinreden der Krise ist zu einem neuen weitverbreiteten Gesellschaftsspiel geworden.

Noch sind beschäftigungswirksame Investitionen in neue Tätigkeitsfelder der Umwelttechnologie auf breiter Front nicht absehbar. Die krisengeschüttelte Autoindustrie, eine tragende Industrie mit hundertjähriger Tradition und Triebkraft des vierten Kondratjew, schreit nach Staatshilfe, sie hat die rechtzeitige Wende zur Vorbereitung wirklicher Basisinnovationen mit forcierter Forschung und Entwicklung anstelle vieler Verbesserungs- und Rationalisierungsinnovationen in den letzten 15 Jahren praktisch verschlafen, nicht zuletzt, weil sie nachweislich lieber mit Milliarden am Finanzmarkt zockte. Die bisherigen Langen Wellen haben ein weiteres Merkmal in der Depressions- und Übergangszeit. Die gesellschaftlichen Institutionen und sozialökonomischen Rahmenordnungen des jeweiligen Kondratjew besitzen einen Trägheitsfaktor, der den Wechsel zu einem qualitativ neuen Zustand erschwert. Es entstehen Massenarbeitslosigkeit, radikale Entwertung vorhandener Qualifikationen und bewährter Routinen, erzwungener Ortswechsel, Verarmungsprozesse und Mafiosierung des Kapitals. Der evolutorische Widerspruch zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen wird auf die Spitze getrieben.

Ohne Verbindung einer solidarischen Ökonomie mit der Schonung unseres irdischen natürlichen Habitats und einem neuen Humanismus hat die Menschheit keine Chance. Merkmale der solidarischen und kollektivistischen Ökonomie sind: Soziales Grundeinkommen, basisdemokratische Mitbestimmung, wachsende Ressourcenproduktivität, Reduzierung der Jahresarbeitszeit pro Kopf, selbstverwaltete Unternehmen, schrittweise Reduzierung und Begrenzung des Finanzkapitals und der Konzentration des Realkapitals, ökologisch und sozial orientiertes Zins- und Börsensystem, alternative Banken im lokalen und regionalen Umfeld, genossenschaftliches, kommunales und staatliches Eigentum an den Produktionsmitteln als vorrangige Eigentumsformen neben klein- und mittelgewerblichem Privateigentum, sozial ausgewogenes Steuersystem, strenge Regulierung des Wettbewerbs, Einführung von Formen des Lokalgeldes usw. Die Menschen, die sich für einen Sozialismus des 21. Jahrhunderts einsetzen, haben einen großen Vorteil, sie kennen die Erfahrungen des nach sieben Jahrzehnten gescheiterten europäischen Staatssozialismus des 20. Jahrhunderts, der sich, wohl einzigartig, von der Bühne der Weltgeschichte friedlich verabschiedet hat.

Literatur

- Arendt, Hannah: Vita Activa oder Vom tätigen Leben. (The Human Condition 1958)
Piper München Zürich 1992
- Ball, Philip: critical mass, how one thing leads to another. arrow books. The Random House Group. London 2004
- Benjamin, Walter: Über den Begriff der Geschichte. In: Walter Benjamin: Gesammelte Schriften, Bd. 1, 2. Suhrkamp Frankfurt am Main 1974
- Bischoff, Joachim: Globale Finanzkrise. Über Vermögensblasen, Realökonomie und die „neue Fesselung“ des Kapitals. VSA: Verlag Hamburg in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Hamburg 2008
- Brecht, Bertolt: Werke in fünf Bänden. Band 5 Schriften. Aufbau Verlag. Berlin und Weimar 1973
- Claussen, Carsten P.; Hübl, Lothar; Schneider, Hans-Peter (Hrsg.): Zweihundert Jahre Geld und Brief. Fritz Knapp Verlag Frankfurt a. M. 1987
- Fleissner, Peter: Kommodifizierung, Information und Wirtschaftswachstum.
Online verfügbar [http:// igw.tuwien.ac.at/peterf](http://igw.tuwien.ac.at/peterf) 2008
- Greider, William: Annals of Finance. The Price of Money.
The New Yorker 9., 16., 23. November 1987
- Degler, Carl N.: The Age of the Economic Revolution 1876-1900
Scott, Foresman and Company. Glenview Illinois o. J.
- Haustein, Heinz-Dieter: Weltchronik des Messens. Universalgeschichte von Maß und Zahl, Geld und Gewicht. Walter de Gruyter Berlin New York 2001
- Haustein, Heinz-Dieter; Neuwirth, Erich: Long Waves in industrial production, energy consumption, innovations, inventions, patents and their identification by spectral analysis.
Technological Forecasting and Social Change 22, 1982
- Haustein, Heinz-Dieter; Maier, Harry; Uhlmann, Luitpold: Innovation and Efficiency
Research Report 81/7 International Institute for Applied Systems Analysis
Laxenburg Austria 1981
- Haustein, Heinz-Dieter: Karl Marx und evolutorische Ökonomik. In: Warnke, Camilla; Huber, Gerhard (Hrsg.): Die ökonomische Theorie von Marx – was bleibt?
Metropolis Verlag Marburg 1998
- Haustein, Heinz-Dieter: Vier Kreisläufe, Ressourcenproduktivität, Kilopreis und Ökopreis.
Ökonomische Bewertung des MIPS-Konzepts des Wuppertalinstituts. Werkbericht 10.08.1990/2000
Wuppertal 1995
- Hilferding, Rudolf: Das Finanzkapital. Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus. (1909).
Dietz Verlag Berlin 1955
- Keynes, John Maynard: The General Theory of Employment, Interest and Money. (1936)
Macmillan Cambridge University Press. 1981
- Kuczynski, Jürgen: Propheten der Wirtschaft. Studien zum Problem der Wirtschaftsprognose im Kapitalismus. Dietz Verlag Berlin 1970
- Kuczynski, Jürgen: Vom Zickzack der Geschichte. Letzte Gedanken zu Wirtschaft und Kultur seit der Antike. PapyRossa Verlag Köln 1996
- Lehner, Peter Ulrich: Eine kleine Geschichte des Geldes. 18 Fortsetzungsartikel in:
mitbestimmung, zeitschrift für demokratisierung der arbeitswelt. Wien 2002-2005
- Luxemburg, Rosa: Gesammelte Werke Bd. V. Die Akkumulation des Kapitals (1913).
Dietz Verlag Berlin 1975
- Marx, Karl: Das Kapital. Kritik der Politischen Ökonomie. Band I-III.
Dietz Verlag Berlin 1951
- Marx, Karl: Die Wirtschaftskrise in Europa. In Marx-Engels-Werke MEW Bd. 12
Dietz Verlag Berlin 1963
- Meadows, Donella H.; Meadows, Dennis L.; Randers, Jørgen: Die neuen Grenzen des Wachstums.
Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart 1992
- Mottek, Hans: Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Band II. Deutscher Verlag der Wissenschaften.
Berlin 1969

- Mottek, Hans: Die Krisen und die Entwicklung des Kapitalismus.
Akademie-Verlag Berlin 1982
- North, Douglass C.: Theorie des institutionellen Wandels. Eine neue Sicht der Wirtschaftsgeschichte.
Tübingen 1988
- Reheis, Fritz: Entschleunigung. Abschied vom Turbokapitalismus.
Riemann Verlag in der Verlagsgruppe Random House GmbH München 2003
- Rifkin, Jeremy: Access. Das Verschwinden des Eigentums. Warum wir weniger besitzen, aber mehr
ausgeben werden. Campus Verlag Frankfurt / New York 2000
- Rügemer, Werner: Privatisierung in Deutschland. Eine Bilanz
Münster 2008
- Schmidt-Bleek, Friedrich: Wieviel Umwelt braucht der Mensch? MIPS – Das Maß für ökologisches
Wirtschaften. Mitarbeiter Rainer Klütting. Birkhäuser Verlag. Berlin Basel Boston 1993
- Schumpeter, Joseph A.: Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung.
Berlin 1964
- Seligman, Ben B.: Main Currents in Modern Economics. Economic Thought since 1870.
The Free Press of Glencoe 1963
- Stiglitz, Joseph: Die Schatten der Globalisierung. Aus dem Englischen von Thorsten Schmidt.
Siedler Verlag Berlin 2002
- Twain, Mark: Querkopf Wilsons Neuer Kalender in: Reise um die Welt. (Following the Equator 1897)
Aufbau Verlag Berlin und Weimar 1984
- Veblen, Thorstein: Theorie der feinen Leute. Eine ökonomische Untersuchung der Institutionen. (1899)
Fischer Taschenbuch Verlag Frankfurt am Main 1993
- Yergin, Daniel: Der Preis. Die Jagd nach Öl, Geld und Macht. (1991)
Fischer Taschenbuch Verlag GmbH. Frankfurt am Main 1993